

Gemeinde Kirchheim b. München

Sitzungsniederschrift

Gremium:

Gemeinderat

Sitzung am:

05.11.2024

Sitzungsort:

**Mensa der Grund- und
Mittelschule Kirchheim**

Sitzungsdauer: (von/bis)

19:00 Uhr / 20:39 Uhr

☒ **X**

Öffentliche
Sitzung

☒ **X**

Es folgt eine nichtöffentliche
Sitzung

☐

Nichtöffentliche
Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Seiten 228 bis 260,
die Bestandteil dieses Protokolls sind.



Stephan Keck
Erster Bürgermeister



Anita Immler
Schriftführer

Die Sitzungsteilnehmer sind aus der beiliegenden Anwesenheitsliste (**ANLAGE 1**)
ersichtlich.

Genehmigt:

TOP	Thema
1.	Genehmigung der Niederschriften
1.1.	09. Gemeinderatssitzung vom 10.09.2024 - öffentlich
1.2.	10. Gemeinderatssitzung vom 01.10.2024 - öffentlich
2.	Ausschuss des Gemeinderats; Benennung der Nachfolgerin/des Nachfolgers von Herrn Ewald Matjeka
3.	Erlass einer Hebesatz-Satzung
4.	Nachtragshaushalt 2024
5.	Information zur Finanzsituation: Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung und weiteren Vorgehensweise - Beschlussfassung
6.	Nachprüfungsantrag über den "Antrag auf Baumfällung LGS 2024"; TOP 2.1 Bauausschuss vom 24.09.2024
7.	EU-Ausschreibung Sammlung und Transport von Papier, Pappe und Kartonagen (PPK): Erteilung des Zuschlags
8.	Abfallgebühren: Erlass einer neuen Gebührensatzung für die öffentliche Abfallentsorgung
9.	Verlängerung der Verfahrensgrundsätze zur sozialgerechten Bodennutzung (SoBoN); "Kirchheimer Modell"
10.	Beschluss über die Verlängerung einer Veränderungssperre gemäß § 14 BauGB für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 104/H - "Campus Heimstetten - Quartier A"
11.	Beschluss über die Verlängerung einer Veränderungssperre gemäß § 14 BauGB für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 105/H - "Campus Heimstetten - Quartier B"
12.	Beschluss über die Verlängerung einer Veränderungssperre gemäß § 14 BauGB für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 106/H - "Campus Heimstetten - Quartier C"
13.	Mitteilungen aus der Verwaltung
13.1.	Eingegangene Anträge
13.2.	Antworten zu Anfragen
13.3.	Sonstiges
14.	Verschiedenes
15.	Bekanntgabe nicht-öffentlich gefasster Beschlüsse

16. Anfragen aus dem Gremium

Der Erste Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Entschuldigt abwesend:

Gemeinderätin	Mayr Petra
Gemeinderätin	Zenner Lea

Frau Dr. Friemert zum Magerrasenbiotop:

Am 16.10.2024 erfolgte die Sodenübertragung, am 26.10.2024 die Mahdgutübertragung vom Biotop auf dem ehemaligen LGS-Gelände zum Ersatzbiotop. Die Mahdgutübertragung ist nicht vollständig durchgeführt worden. Die vollständige Umsiedlung der vor Ort befindlichen Population des Idas-Bläulings in das Ersatzbiotop war nicht erfolgreich. Wenn der Ersatzbiotop seinen Zweck nicht erfüllt, besteht ein Verstoß gegen artenschutzrechtliche Bestimmungen.

Antwort Erster Bürgermeister Stephan Keck:

Die Stellungnahme der unteren und oberen Naturschutzbehörde liegt als Tischvorlage vor, aus der eindeutig hervorgeht, dass die Ausgleichsmaßnahme erfolgt und abgeschlossen ist. Die Beurteilung obliegt der Fachbehörde.

1. Genehmigung der Niederschriften

1.1. 09. Gemeinderatssitzung vom 10.09.2024 - öffentlich

Beschluss:

Gegen diese Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben. Sie gilt somit gemäß Art. 54 Abs. 2 GO als genehmigt.

Abstimmung:

Anwesende:	22	Ja:	22	Nein:	0
------------	----	-----	----	-------	---

Anmerkung:

GRM Dr. Hausladen nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

1.2. 10. Gemeinderatssitzung vom 01.10.2024 - öffentlich

Beschluss:

Gegen diese Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben. Sie gilt somit gemäß Art. 54 Abs. 2 GO als genehmigt.

Abstimmung:

Anwesende: 22 Ja: 22 Nein: 0

Anmerkung:

GRM Dr. Hausladen nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

2. Ausschuss des Gemeinderats; Benennung der Nachfolgerin/des Nachfolgers von Herrn Ewald Matjeka

Sachverhalt:

Aufgrund des Ablebens von Herrn Ewald Matejka erübrigt sich seine bisherige Delegation im folgenden Ausschuss:

- Bauausschuss: Zweiter Stellvertreter von Herrn Marcel Prohaska

Die SPD-Fraktion besitzt in diesem Kontext das Vorschlagsrecht zur Nachbesetzung.

Beschluss:

Der Gemeinderat bestellt in den Bauausschuss entsprechend dem Vorschlag der SPD-Fraktion Herrn Rolf Siegel zum zweiten Stellvertreter von Herrn Marcel Prohaska.

Abstimmung:

Anwesende: 22 Ja: 22 Nein: 0

Anmerkung:

GRM Dr. Hausladen nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

3. Erlass einer Hebesatz-Satzung

Beratungsfolge:		Sitzungstermin:	TOP-Nr.:	Abstimmung g Ja Nein	
Sitzung des Gemeinderates	beschließend	03.12.2024	8.		

Sachverhalt:

Das Bundesverfassungsgericht hat am 10. April 2018 das Bundesgrundsteuergesetz für verfassungswidrig erklärt, sodass Grundstücke in Deutschland neu bewertet werden müssen. Am 01.01.2022 trat das Bayerische Grundsteuergesetz in Kraft. Bayern entschied sich für das Flächenmodell. Das bedeutet, dass in erster Linie die Größe eines Grundstücks besteuert wird und weniger die Lage. Grundstückswert und Gebäudezustand spielen in Bayern keine Rolle mehr.

Das sog. „Versprechen der Aufkommensneutralität“ der Bundes- und Landespolitik beinhaltet NICHT, dass die individuelle Grundsteuer des jeweiligen Grundstückseigentümers gleich bleibt und auch NICHT, dass die Gemeinde ihr Grundsteueraufkommen insgesamt stabil halten kann. Die Finanzhoheit im Rahmen des Selbstverwaltungsrechts bleibt Sache der Gemeinden.

Der Erlass einer separaten Hebesatz-Satzung für die Realsteuerhebesätze ist noch im Jahr 2024 erforderlich, da die Haushaltssatzung für das Jahr 2025 voraussichtlich erst im kommenden Jahr rückwirkend zum 01. Januar in Kraft treten wird.

Nähere Ausführungen sind der beiliegenden Präsentation vom Bayerischen Gemeindetag zu entnehmen.

Die gemeindlichen Hebesätze für Grundsteuer A und B sind seit dem Jahr 2011 unverändert bei 280 v.H., eine Erhöhung wäre unabhängig von der Grundsteuerreform ab dem Jahr 2025 unumgänglich gewesen. **Im Hinblick auf die mittlerweile sehr angespannte Finanzsituation und unter Beachtung der rechtsaufsichtlichen Auflagen zur Haushaltsgenehmigung 2024 ist eine Erhöhung der Einnahmen zwingend erforderlich.** Daher hat bereits der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 17.09.2024 eine Erhöhung des Hebesatzes für Grundsteuer A und B von derzeit 280 v.H. befürwortet - mit Mehreinnahmen in Höhe von ca. 800.000 € als Zielvorgabe - und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung empfohlen.

Eine exakte Berechnung ist nach wie vor nicht möglich, da noch nicht alle Bescheide vom Finanzamt vorhanden sind bzw. teilweise fehlerhaft oder mit Schätzungen verbunden sind.

Daher wird voraussichtlich eine Nachjustierung der Gemeinden in den nächsten Jahren erforderlich sein, da mit Schwankungen bei den Grundsteuermessbeträgen zu rechnen ist.

Tendenziell wird für größere Grundstücke mit älteren Gebäuden künftig mehr und für kleinere Einheiten und Eigentumswohnungen weniger gezahlt werden müssen.

Eine grobe Beispielberechnung, nicht allgemeingültig stellvertretend für ähnlich gelagerte Objekte:

	Messbetrag aktuell	Hebesatz aktuell	Steuerbetrag aktuell	Messbetrag neu	Hebesatz neu	Steuerbetrag neu	
ETW	31,14 €	280	87,19 €	22,54 €	385	86,78 €	- 0,5 %
RH	59,91 €	280	167,75 €	49,61 €	385	191,00 €	+ 14 %
EFH	54,69 €	280	153,13 €	69,59 €	385	267,92 €	+ 75 %

Bei Beibehaltung des bisherigen Hebesatzes von jeweils 280 v.H. würden Einnahmen in Höhe von ca. 2,02 Mio. Euro bei der Grundsteuer B und ca. 13.000,- Euro bei der Grundsteuer A erwartet.

Für ein gleichbleibendes Aufkommen müsste der Hebesatz für die Grundsteuer B mit 240 v.H. und für die Grundsteuer A mit 450 v.H. festgelegt werden.

Bei Erhöhung des Hebesatzes auf jeweils 385 v.H. würden Einnahmen in Höhe von ca. 2,78 Mio. Euro bei der Grundsteuer B und ca. 17.700,- Euro bei der Grundsteuer A erwartet.

Um bei zu erwartenden Widersprüchen einen Puffer zu haben, empfiehlt der Bayer. Gemeindetag den Kommunen sogar, zehn bis 15 Prozent über die neu kalkulierten Werte zu gehen.

Zur Verbesserung der dauernden Leistungsfähigkeit, um anstehende Pflichtaufgaben erfüllen zu können, zur zumindest teilweisen Kompensation von Mehrausgaben wegen des voraussichtlich steigenden Kreisumlagen-Hebesatzes sowie aus Gründen der Haushaltskonsolidierung empfiehlt die Verwaltung daher folgende Erhöhung des Hebesatzes ab dem 01.01.2025

- ☐ für die Grundsteuer B von bisher 280 v.H. auf 385 v.H.
- ☐ für die Grundsteuer A von bisher 280 v.H. auf 385 v.H.

s. beiliegende Hebesatz-Satzung

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt den Erlass der beiliegenden Hebesatz-Satzung mit Wirkung zum 01.01.2025.

Beschluss 1:

Der Gemeinderat beschließt den Erlass der beiliegenden Hebesatz-Satzung mit Wirkung zum 01.01.2025.

Abstimmung:

Anwesende: 22 Ja: 21 Nein: 1

Anmerkung:

GRM Dr. Hausladen nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Beschluss 2:

Der Gemeinderat beschließt einen Ergänzungsantrag auf Wiedervorlage der Hebesatz-Satzung in Mai oder Juni 2025.

Abstimmung:

Anwesende: 22 Ja: 21 Nein: 1

Anmerkung:

GRM Dr. Hausladen nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Aktuelles zur Grundsteuerreform

insb. für Gemeinderatsmitglieder

Hans-Peter Mayer
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Bayerischer Gemeindetag

Juni 2024

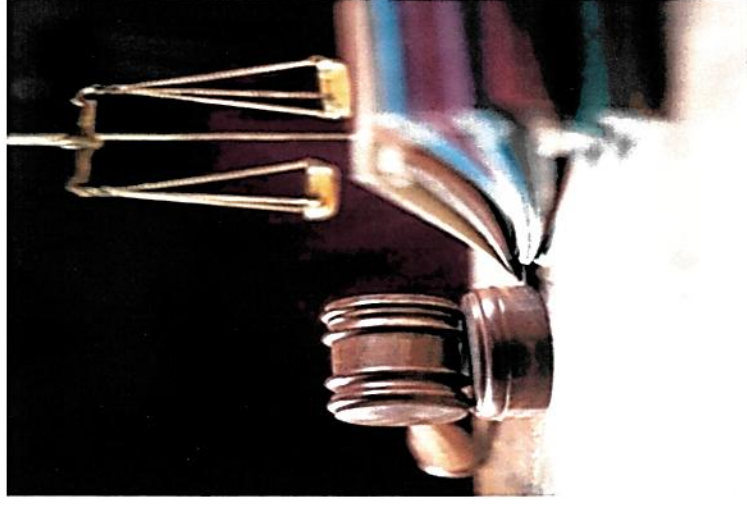
BAYERISCHER
GEMEINDETAG



Inhalt

- Warum wird die Grundsteuer reformiert?
- Wie läuft die Reform ab?
- Welche Folgen hat die Reform für den einzelnen Steuerzahler?
- Was ist bei der Festlegung der Hebesätze zu berücksichtigen?
- Was ist noch nach der Festlegung der Hebesätze zu tun?

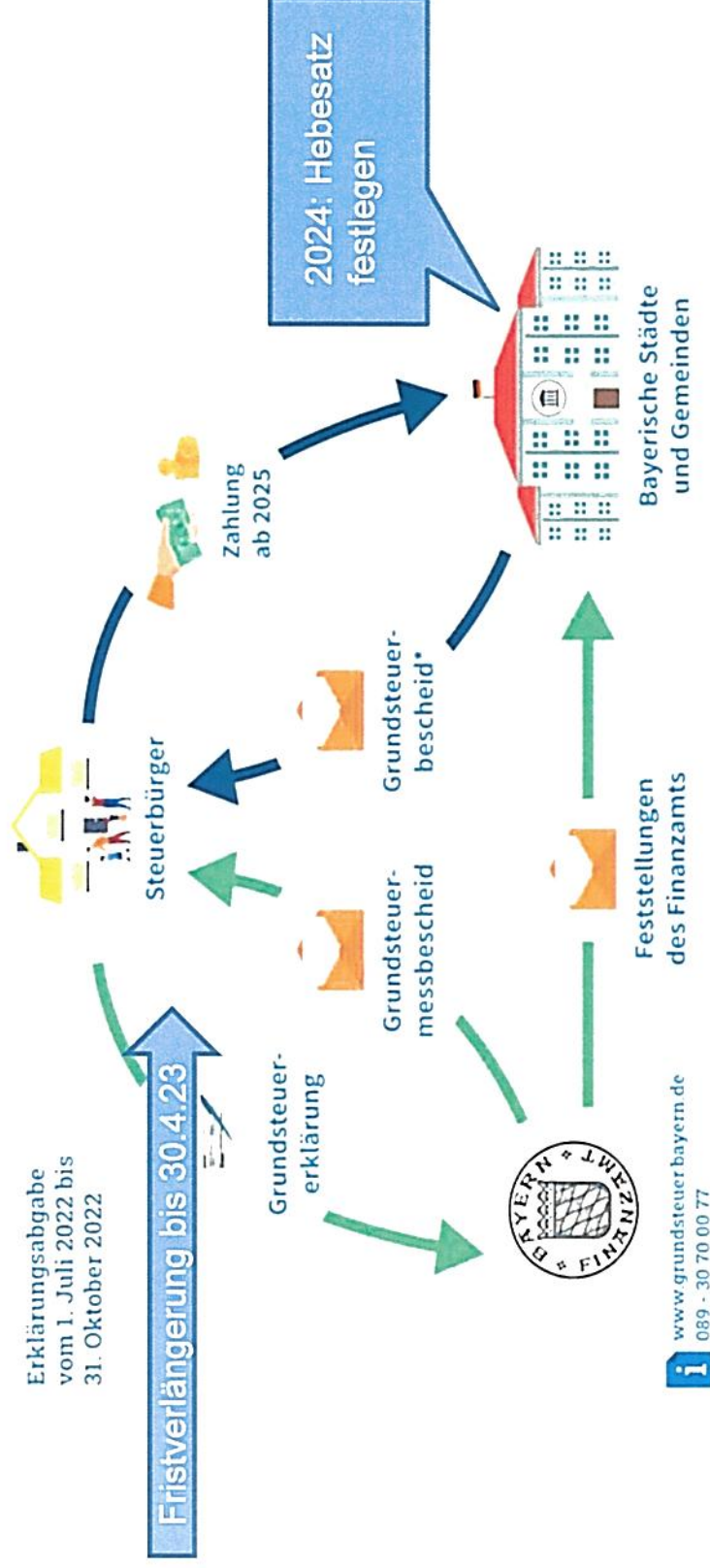
Warum wird die Grundsteuer reformiert?



- Bundesverfassungsgericht vom 10. April 2018: Bundesgrundsteuergesetz ist verfassungswidrig → Gesetzgeber ist zur Neuregelung bis zum 31.12.2019 aufgerufen
- Bundestag beschließt Öffnungsklausel
- 1.1.2022: Bayerisches Grundsteuergesetz tritt in Kraft

→ Ab dem 1.1.2025 muss die Grundsteuer nach dem neuen Gesetz erhoben werden

Wie läuft die Reform ab?



Was ist bei der Festlegung der Hebesätze zu berücksichtigen?

! „Versprechen der Aufkommensneutralität“ der Bundes- und Landespolitik:

- ! Aufkommensneutralität bedeutet NICHT, dass die individuelle Grundsteuer des jeweiligen Grundstückseigentümers gleich bleibt.
- ! Aufkommensneutralität bedeutet, dass die Gemeinde nach Umsetzung der Reform ihr **Grundsteueraufkommen insgesamt stabil** halten kann – also im Jahr 2025 ähnlich viel an Aufkommen aus der Grundsteuer hat wie in den Jahren vor der Reform.
- ! Hebesatzveränderungen werden zumeist unumgänglich sein!

Was ist bei der Festlegung der Hebesätze zu berücksichtigen?

/ Haushalte sind auszugleichen

- /** Gemeinden müssen auf wegbrechende Einnahmen und Einnahmemöglichkeiten auch durch Erhöhung der Grundsteuerhebesätze für das Jahr 2025 bei Bedarf reagieren können!

/ Ermäßigte Hebesätze nach Art. 5 BayGrStG

- /** Bergen Gefahr nicht enden wollender politischer Diskussionen ohne Aussicht auf Befriedung aller Beteiligten
- /** Schwierige Signalwirkung für umliegende Kommunen

Was ist noch nach der Festlegung der Hebesätze zu tun?

/ Grundsteuerbescheide versenden

/ Ggf. Erlassanträge bearbeiten

- /** = endgültiger Einnahmeverzicht
- /** mit Blick auf die Steuergerechtigkeit und den Grundsatz der Einnahmenbeschaffung wirklich nur im absoluten Ausnahmefall, sprich bei Vorliegen einer sog. unbilligen Härte, zu rechtfertigen

/ In vielen Fällen wohl Nachjustieren bei den Hebesätzen in den nächsten Jahren erforderlich!

**Vielen Dank für Ihr Engagement
zum Wohle unserer Kommunen!**

Satzung über Festsetzung der Realsteuerhebesätze der Gemeinde Kirchheim b. München (Hebesatzsatzung)

Aufgrund des Art. 22 Abs. 2, Art. 23 ff. der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.08.1998 (GVBl. S. 796), zuletzt geändert durch § 1 Abs. 6 der Verordnung vom 04.06.2024 (GVBl. S. 98) und Art. 18 des Bayerischen Kommunalabgabengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 04.04.1993 (GVBl. S. 264), zuletzt geändert durch § 1 Abs. 10 der Verordnung vom 4.06.2024 (GVBl. S. 98)) in Verbindung mit § 25 Abs. 1 und 2 des Grundsteuergesetzes (GrStG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.08.1973 ((BGBl. I S. 965), zuletzt geändert durch Artikel 21 des Gesetzes vom 16.12.2022 (BGBl. I S. 2294)) und Art. 5 des Bayerischen Grundsteuergesetzes vom 10.12.2021 (GVBl. S. 638), zuletzt geändert durch Art. 9 des Gesetzes vom 21.04.2023 (GVBl. S. 128) und mit § 16 des Gewerbesteuergesetzes (GewStG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.10.2002 (BGBl. I S. 4167), zuletzt geändert durch Artikel 19 des Gesetzes vom 27.03.2024 (BGBl. 2024 I S. 108)

erlässt die Gemeinde Kirchheim b. München folgende Satzung:

§ 1 Hebesätze

Die Steuersätze (Hebesätze) für nachstehende Gemeindesteuern werden wie folgt für das Jahr 2025 und Folgejahre festgesetzt:

- | | |
|---|----------|
| 1. Grundsteuer A für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe | 385 v.H. |
| 2. Grundsteuer B für die Grundstücke | 385 v.H. |
| 3. Gewerbesteuer | 360 v.H. |

§ 2 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit dem 01.01.2025 in Kraft.

Kirchheim b. München, den xxx

Stephan Keck
Erster Bürgermeister

4. Nachtragshaushalt 2024

Sachverhalt:

Aufgrund der aktuellen Finanzsituation ist es erforderlich geworden, eine Nachtragshaushalts-satzung zu erlassen, da bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche Ausgaben in einem im Verhältnis zu den Gesamtausgaben **erheblichen** Umfang (entspricht ca. 1% der Gesamtausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes) geleistet werden müssen.

Hierbei handelt es sich um entsprechend hohe Ausgaben, welche über eine zusätzliche Rücklagenentnahme finanziert werden müssen. Insgesamt erhöht sich das Volumen des Verwaltungshaushaltes um 770.000 Euro auf nunmehr 55.765.600 Euro (Deckung über Mehreinnahmen) und das Volumen des Vermögenshaushaltes um 1.500.000 Euro auf nunmehr 56.631.100 Euro (Deckung über eine zusätzliche Rücklagenentnahme). Der Gesamthaushalt schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 112.396.700 Euro (bisher: 110.126.700 Euro).

Zur Sicherung der Liquidität soll der **Höchstbetrag der Kassenkredite** gem. Art. 73 der Gemeindeordnung (GO) i.V.m. Art. 68 GO zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben erhöht werden. Bisher sind in § 5 der Haushaltssatzung 3,0 Mio. Euro festgesetzt, eine Aufstockung auf 7,0 Mio. Euro erscheint empfehlenswert, da weitere vertraglich begründete Verpflichtungen und Investitionsausgaben im laufenden wie im kommenden Jahr zu erwarten sind. Zudem muss berücksichtigt werden, dass Investitionsförderungen und Einnahmen aus städtebaulichen Verträgen zum Teil noch später als erwartet fließen.

Eine detaillierte Aufstellung ist dem beiliegenden Vorbericht zu entnehmen.

Haushaltrechtliche Auswirkungen (Stellungnahme der Kämmerei):

Erhöhung Gesamtvolumen Haushalt 2024 um 2.270.000 Euro, Erhöhung Rücklagenentnahmen, Erhöhung Höchstbetrag Kassenkredite

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Nachtragshaushaltssatzung 2024 mit ihren Anlagen.

Abstimmung:

Anwesende: 22 Ja: 20 Nein: 2

Anmerkung:

GRM Dr. Hausladen nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Nachtragshaushaltssatzung

der Gemeinde Kirchheim b. München, Landkreis München für das

Haushaltsjahr 2024

Aufgrund des Art. 68 Abs. 1 i.V.m. Art. 63 ff. der Gemeindeordnung erlässt die Gemeinde Kirchheim b. München folgende Nachtragshaushaltssatzung:

§ 1

Der als Anlage beigefügte Nachtragshaushaltsplan wird hiermit festgesetzt; dadurch werden

	erhöht um Euro	vermindert um Euro	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplans einschl. der Nachträge gegenüber bisher Euro	auf nunmehr Euro verändert
a) im Verwaltungshaushalt			54.995.600	55.765.600
die Einnahmen	770.000			
die Ausgaben	770.000			
b) im Vermögenshaushalt			55.131.100	56.631.100
die Einnahmen	1.500.000			
die Ausgaben	1.500.000			

§ 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird von bisher 3.000.000 Euro um 4.000.000 Euro erhöht - und damit auf 7.000.000 Euro neu festgesetzt.

§ 3

Die Angaben und Ansätze der Haushaltssatzung zu Kreditaufnahmen, Verpflichtungsermächtigungen und Hebesätzen bleiben unverändert.

§ 4

Diese Nachtragshaushaltssatzung tritt mit dem 01. Januar 2024 in Kraft.

Kirchheim b. München, den

Stephan Keck
Erster Bürgermeister

Vorbericht zum Nachtragshaushaltsplan 2024

I. Rechtliche Grundlagen

Gemäß Art. 68 Abs. 2 Nr. 2 Gemeindeordnung (GO) hat die Gemeinde eine Nachtragshaushaltssatzung zu erlassen, wenn bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche Ausgaben bei einzelnen Haushaltsstellen in einem im Verhältnis zu den Gesamtausgaben erheblichen Umfang (entspricht ca. 1% der Gesamtausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes) geleistet werden müssen. Eine Nachtragshaushaltssatzung ist gem. Art. 68 Abs. 2 Nr. 3 GO auch erforderlich bei Ausgaben des Vermögenshaushalts für bisher nicht veranschlagte Investitionen (u.a. Grunderwerb) oder Investitionsförderungsmaßnahmen. Eine Ausnahme kann gem. Art. 68 Abs. 3 Nr. 1 GO beim Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens und bei Baumaßnahmen gemacht werden, soweit die Ausgaben nicht erheblich und unabweisbar sind.

Auch ist gemäß § 34 Abs. 1 KommHV zu beachten, dass der Nachtragshaushaltsplan alle erheblichen Änderungen der Einnahmen und Ausgaben, die im Zeitpunkt seiner Aufstellung übersehbar sind, enthalten muss.

Gemäß Art. 66 Abs. 1 GO sind überplanmäßige (= den festgesetzten Haushaltsansatz überschreitende) und außerplanmäßige (= es ist kein Haushaltsansatz vorhanden) Ausgaben nur zulässig, wenn sie unabweisbar sind **und** die Deckung gewährleistet ist. Sind sie erheblich, sind sie vom Gemeinderat zu beschließen. Art. 68 Abs. 2 GO bleibt gemäß Art. 66 Abs. 3 GO unberührt.

Das Gesetz stellt somit jeweils auf die Erheblichkeit der Haushaltsüberschreitung ab. Als gängiger Richtwert für die Erheblichkeit im Verhältnis zum Gesamthaushalt gilt ein Betrag von 1%. Demnach ist bei einem Gesamtvolumen des Kirchheimer Haushaltes von rund 110 Mio. Euro eine Überschreitung bei einer einzelnen Haushaltsstelle um mehr als 1.100.000,00 Euro erheblich. Ausnahmen gelten, wie oben dargestellt, bei Baumaßnahmen, soweit die Ausgaben auch hier nicht erheblich sind. Unter Baumaßnahmen sind Neu-, Erweiterungs- und Umbauten sowie die Instandsetzung von Bauten, soweit sie nicht der Unterhaltung baulicher Anlagen dienen, zu verstehen. Die Erheblichkeit ist im Verhältnis zum Einzelansatz dieser Maßnahme zu beurteilen.

Für die Gemeinde Kirchheim war sowohl hinsichtlich der Gesamtausgaben des Haushalts 2024 (Überschreitung um mehr als 1%) als auch hinsichtlich des Einzelansatzes (Überschreitung um mehr als 100%) die Alternative, im Wege der flexiblen Haushaltsführung diese und andere Haushaltsüberschreitungen auszugleichen, nicht mehr vorhanden. Hier kommt vielmehr eine zwingende, gesetzliche Verpflichtung zum Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung zum Tragen (siehe o.g. Ausführungen).

Die Veränderung eines einzelnen Ausgabeansatzes in einem im Verhältnis zu den Gesamtausgaben erheblichen Umfang bedeutet eine erhebliche Verschiebung der Relation der Ausgabenansätze untereinander. Dies kann zu einer Verlagerung der Aufgabenschwerpunkte im Rahmen des jährlichen Haushalts führen. Wegen der Tragweite dieser Entscheidung und wegen der wünschenswerten Publikation einer solchen Veränderung, die durch die öffentliche Auslegung und die amtliche Bekanntmachung der neuen Satzung erreicht wird, erscheint es wünschenswert und notwendig, solche Änderungen den Formvorschriften über den Erlass der Haushaltssatzung zu unterwerfen (s. Kommentar zu Art. 68 GO).

II. Derzeitige Haushaltssituation der Gemeinde Kirchheim

Auslösendes Moment für die Erforderlichkeit einer Nachtragshaushaltssatzung in Kirchheim ist bei dem beschlossenen Erwerb eines Mehrfamilienhauses die Fälligkeit der Abschlagszahlungen, welche von den bereitgestellten finanziellen Mitteln im VmH 2024 nicht ausreichend abgedeckt sind (HHSt. 8800.9328).

Mehrere Haushaltsüberschreitungen der Ansätze des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes wurden in dem Zuge auch angepasst.

Die Deckung im Vermögenshaushalt erfolgt über eine Erhöhung der Rücklagenentnahme (HHSt. 9101.3100).

Zusätzlich soll zur Sicherung der Liquidität der Höchstbetrag der Kassenkredite gem. Art. 73 der Gemeindeordnung (GO) zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben erhöht werden. Bisher sind in § 5 der Haushaltssatzung 3,0 Mio. Euro festgesetzt, eine Aufstockung auf 7,0 Mio. Euro erscheint erforderlich, da weitere vertraglich begründete Verpflichtungen sowie Investitionsausgaben im laufenden wie im kommenden Jahr zu erwarten sind. Zudem muss berücksichtigt werden, dass Investitionsförderungen und Einnahmen aus städtebaulichen Verträgen zum Teil noch später als erwartet fließen.

Im **Verwaltungshaushalt 2024** sind Überschreitungen bei einzelnen Haushaltsstellen zu verzeichnen. Ein Nachtragshaushalt wäre hier nicht zwingend erforderlich. Die aufgelisteten über- bzw. außerplanmäßigen Ausgaben mit der Folge von Haushaltsüberschreitungen sollen in diesem Zuge aber mitberücksichtigt werden. Aus Vereinfachungsgründen müssten diese jedoch nicht einzeln aufgeführt werden. § 34 Abs. 2 KommHV (Kommunalhaushaltsverordnung) bietet nämlich hierzu die Möglichkeit, anstelle der Veränderung der Haushaltsansätze bei den verschiedensten Ausgabe-Haushaltsstellen des Verwaltungshaushalts nur summarische Ansätze bei den Haushaltsstellen 91.471 für Personalmehrausgaben („unechte Deckungsreserve für den Nachtragshaushalt“) bzw. HHSt. 91.851 für alle anderen Ausgaben zu veranschlagen. Diese beinhalten die geschätzten Mehrausgaben. Da es sich aber um über eine überschaubare Anzahl an Überschreitungen handelt, sind diese nachfolgend aufgeführt, ebenso wie die Mehreinnahmen.

Die Deckung der Mehrausgaben erfolgt über die Mehreinnahmen bei verschiedenen Einnahme-Haushaltsstellen.

Im **Vermögenshaushalt 2024** soll die Finanzierung der vorgezogenen Abschlagszahlung über eine zusätzliche Rücklagenentnahme erfolgen, wobei sich die Gesamtinvestitionssumme nicht verändert; es beinhaltet lediglich eine Änderung im Ablauf der zeitlichen Schiene. Außerdem wird davon ausgegangen, dass der Ankauf des Mehrfamilienhauses insgesamt nach dem Kommunalen Wohnraumförderungsprogramm (KommWFP) gefördert werden könnte. Die für das Jahr 2024 eingeplante Förderung wird voraussichtlich erst nächstes Jahr erfolgen.

Fazit:

Die **Mehrausgaben im Verwaltungshaushalt** mit einer Gesamtsumme von 770.000 Euro können lt. nachfolgender Übersicht durch **Mehreinnahmen im Verwaltungshaushalt** in Höhe von insgesamt 770.000 Euro ausgeglichen werden.

Die **Mehrausgabe im Vermögenshaushalt** in Höhe von 1.500.000 Euro soll durch eine zusätzliche **Rücklagenentnahme im Vermögenshaushalt** in Höhe von 1.500.000 Euro finanziert werden – mit folgender Konsequenz:

Es wird eine **Entnahme aus der allgemeinen Rücklage** im Gegensatz zu dem ursprünglichen Ansatz von 3,0 Mio. Euro in Höhe von max. **4.500.000 Euro** erforderlich.

Es ist allerdings durchaus möglich, dass im Zuge der Jahresrechnung 2024 ein geringerer Betrag an Rücklagenentnahme erforderlich werden könnte, falls bisher noch nicht erhaltene Einnahmen und Förderungen tatsächlich realisiert werden.

Zur Beachtung: s. Anlagen zum Nachtragshaushaltsplan gem. § 34 KommHV

Bei folgenden Haushaltsstellen des **Verwaltungshaushaltes** wurden bzw. werden **über- und außerplanmäßige Ausgaben** durch Erhöhung der Ansätze ausgeglichen (Begründungen für die Überschreitungen sind jeweils angeführt):

<i>HHSSt.</i>	<i>Bezeichnung</i>	<i>Überschreitung Euro</i>	<i>bei einem ursprüngl. Ansatz von Euro</i>	<i>Begründung</i>	<i>Erhöhung des Ansatzes um Euro</i>
0341.8410	Erstattungszinsen Gewerbesteuer	64.418,65	5.000,00	schwer vorhersehbar	75.000,00
0600.6550	Sachverständigen-, Gerichts- und ähnl. Kosten	18.749,19	15.000,00	erhöhte Kosten für Stellenbewertungen, arbeitsrechtliche Problemfälle	30.000,00
0600.6589	Sonstige Ausgaben für Bauamt	99.160,12	0,00	Kosten für nicht vorhersehbaren Umzug Bau- und Umweltamt wegen Kündigung Geschäftsräume	105.000,00
2000.7130	Verbandsumlage an Zweckverband Staatl. weiterführende Schulen	37.231,00	180.000,00	höhere Ausgaben als eingeplant	38.000,00
3210.6300	Gemeindeausstellung bei LGS	37.614,20	130.000,00	exakte Ausgaben schwer planbar	38.000,00
6100.6550	Sachverständigenkosten Orts- und Regionalplanung	61.390,07	300.000,00	hohe RA-Kosten für Campus Heimstetten und Kirchheim - im Gegenzug hohe Einnahmen bei Erstattung 6100.1680	80.000,00
8420.6781	Kostenerstattung Küchenzelt	401.007,09	0,00	nicht eingeplante Kosten aufgrund Verzögerung Fertigstellung Bürgersaal, im Gegenzug auch Einnahmen aus Verpachtung, s. 8420.1400	404.000,00
	Summe	719.570,32			770.000,00

Bei folgenden Haushaltsstellen des **Verwaltungshaushaltes** können folgende **Mehreinnahmen** erzielt werden:

<i>HHSt.</i>	<i>Bezeichnung</i>	<i>Mehreinnahmen Euro</i>	<i>bei einem ursprüngl. Ansatz von Euro</i>	<i>Begründung</i>	<i>Erhöhung des Ansatzes um Euro</i>
0341.2614	Nachzahlungszinsen Gewerbesteuer	171.325,65	5.000,00	schwer vorhersehbar	170.000,00
6100.1680	Erstattung Planungs- Gutachterkosten	496.572,38	10.000,00	abhängig von Ausgaben, schwer vorhersehbar	490.000,00
7201.1121	Gebühren f. Abfallbeseitigung, etc.	29.887,84	1.170.000,00	Einnahmen schwer kalkulierbar	25.000,00
8240.1400	Einnahmen aus Verpachtung Gastronomie im Bürgersaal	85.516,27	0,00	Einnahmen schwer kalkulierbar	85.000,00
	Summe	783.302,14			770.000,00

Bei folgenden Haushaltsstellen des **Vermögenshaushaltes** wurden bzw. werden **überplanmäßige Ausgaben** durch Erhöhung der Ansätze ausgeglichen (Begründungen für die Überschreitungen sind jeweils angeführt):

<i>HHSt.</i>	<i>Bezeichnung</i>	<i>Überschrei- tung Euro</i>	<i>bei einem ursprüngl. Ansatz von Euro</i>	<i>Begründung</i>	<i>Erhöhung des Ansatzes um Euro</i>
8800.9328	Erwerb eines Mehrfamilienhauses	1.503.805,19	4.250.000,00	nicht eingeplante Abschlagszahlung für Vermögenserwerb, dafür weniger Ausgaben im Jahr 2025	1.500.000,00
	Summe	1.503.805,19			1.500.000,00

Bei folgenden Haushaltsstellen des **Vermögenshaushaltes** konnten folgende **Mehreinnahmen** erzielt werden:

<i>HHSt.</i>	<i>Bezeichnung</i>	<i>Mehreinnahmen Euro</i>	<i>bei einem ursprüngl. Ansatz von Euro</i>	<i>Begründung</i>	<i>Erhöhung des Ansatzes um Euro</i>
9101.3100	Rücklagenentnahme	1.500.000,00	3.000.000,00	erforderlich für zusätzliche Abschlagszahlung für Vermögenserwerb	1.500.000,00
	Summe	1.500.000,00			1.500.000,00

Gesamtplan für das Haushaltsjahr 2024

1. Nachtragsplan

3. Gruppierungsübersicht

- in EUR -

Gemeinde Kirchheim b. München

Einwohner: 12.780

Stand: 30.06.2023

Gruppierungsübersicht 1. Nachtragsplan

Seite 2

Gemeinde 0 Gemeinde Kirchheim b. München

Grupp.-Nr.	Bezeichnung der Hauptgruppen, Gruppen und Untergruppen	Ansatz	je	Mehr
		2024	Einwohner in	Weniger
		EUR	EUR	EUR
Einnahmen				
	E I N N A H M E N D E S V E R W A L T U N G S H A U S H A L T E S			
0	Steuern, Allgemeine Zuweisungen			
00	Realsteuern			
000	Grundsteuer A	21.000	1,64	0
001	Grundsteuer B	1.900.000	148,67	0
003	Gewerbesteuer (brutto)	19.500.000	1.525,82	0
00	ZWISCHENSUMME	21.421.000	1.676,13	0
01	Gemeindeanteile an Gemeinschaftssteuern			
010	Einkommensteuer	14.000.000	1.095,46	0
012	Umsatzsteuer	2.400.000	187,79	0
01	ZWISCHENSUMME	16.400.000	1.283,26	0
02	Andere Steuern			
022	Hundesteuer	52.000	4,07	0
027	Zweitwohnungssteuer	0	0,00	0
029	Sonstige örtliche Steuern	0	0,00	0
02	ZWISCHENSUMME	52.000	4,07	0
03	Steuerähnliche Einnahmen			
032	Sonstige steuerähnliche Einnahmen	0	0,00	0
04	Schlüsselzuweisungen			
041	vom Land	0	0,00	0
05	Bedarfszuweisungen (einschl. Stabilisierungshilfen)			
051	vom Land	0	0,00	0
06	Sonstige allgemeine Zuweisungen			
060	vom Bund	0	0,00	0
061	vom Land	2.600.000	203,44	0
062	von Gemeinden/Gv	0	0,00	0
063	von Verwaltungsgemeinschaften	0	0,00	0
06	ZWISCHENSUMME	2.600.000	203,44	0
07	Allgemeine Umlagen			
072	von Gemeinden/Gv	0	0,00	0
08	Allg.Zuweisungen aus bes. Abrechnungsverfahren			
081	Überlassung des Aufkommens an Verwarnungs- geldern und Geldbußen	80.000	6,26	0
092	Leistungen des Landes aus der Umsetzung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt	0	0,00	0
081,092	ZWISCHENSUMME	80.000	6,26	0
0	Z W I S C H E N S U M M E	40.553.000	3.173,15	0
	STEUERN, ALLGEMEINE ZUWEISUNGEN			
1	Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb			
10	Verwaltungsgebühren	174.400	13,65	0
11	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	1.670.400	130,70	25.000
12	Zweckgebundene Abgaben	0	0,00	0
13	Einnahmen aus Verkauf	78.000	6,10	0
14	Mieten und Pachten	879.600	68,83	85.000
15	sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen	351.100	27,47	0
10-15	ZWISCHENSUMME	3.153.500	246,75	110.000
16	Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungs- haushaltes			

Gruppierungsübersicht 1. Nachtragsplan

Seite 3

Gemeinde 0 Gemeinde Kirchheim b. München

Grupp.-Nr.	Bezeichnung der Hauptgruppen, Gruppen und Untergruppen	Ansatz	je	Mehr
		2024	Einwohner in	Weniger
		EUR	EUR	EUR
Einnahmen				
160	vom Bund, ERP-Sondervermögen	23.000	1,80	0
161	vom Land	34.000	2,66	0
162	von Gemeinden/Gv	40.700	3,18	0
163	von Zweckverbänden u. dgl.	446.300	34,92	0
164	von Trägern der gesetzlichen Sozialversicherung	0	0,00	0
165	von kommunalen Sonderrechnungen	0	0,00	0
166	von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	5.735.000	448,75	0
167	von privaten Unternehmen	250.000	19,56	0
168	von übrigen Bereichen	509.200	39,84	490.000
169	Innere Verrechnungen	13.000	1,02	0
16	ZWISCHENSUMME	7.051.200	551,74	490.000
17	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke			
170	vom Bund, ERP-Sondervermögen	232.000	18,15	0
171	vom Land	3.283.300	256,91	0
172	von Gemeinden/Gv	122.000	9,55	0
173	von Zweckverbänden u. dgl.	0	0,00	0
174	von Trägern der gesetzlichen Sozialversicherung	0	0,00	0
175	von kommunalen Sonderrechnungen	0	0,00	0
176	von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	0	0,00	0
177	von privaten Unternehmen	1.500	0,12	0
178	von übrigen Bereichen	95.000	7,43	0
17	ZWISCHENSUMME	3.733.800	292,16	0
19	Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung des Bundes			
191	Leistungsbeteiligung bei Leistungen für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende	0	0,00	0
192	Leistungsbeteiligung bei Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach SGB II (ohne Leistungen für Unterkunft und Heizung)	0	0,00	0
193	Leistungsbeteiligung bei der Eingliederung von Arbeitssuchenden nach SGB II	0	0,00	0
19	ZWISCHENSUMME	0	0,00	0
1	Z W I S C H E N S U M M E	13.938.500	1.090,64	600.000
	EINNAHMEN AUS VERWALTUNG UND BETRIEB			
	ERSTATTUNGEN UND ZUWEISUNGEN			
2	Sonstige Finanzeinnahmen			
20	Zinseinnahmen			
202	von Gemeinden/Gv	0	0,00	0
203	von Zweckverbänden u. dgl.	0	0,00	0
204	von Trägern der gesetzlichen Sozialversicherung	0	0,00	0
205	von kommunalen Sonderrechnungen	0	0,00	0
206	von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	0	0,00	0
207	von privaten Unternehmen sowie von Kreditinstituten (einschl. Sparkassen)	100.000	7,82	0
208	von übrigen Bereichen	0	0,00	0
209	Innere Darlehen	0	0,00	0
20	ZWISCHENSUMME	100.000	7,82	0
21	Gewinnanteile von wirtschaftlichen Unternehmen und aus Beteiligungen	0	0,00	0
22	Konzessionsabgaben	410.000	32,08	0
23	Schuldendiensthilfen			
230	vom Bund, ERP-Sondervermögen	0	0,00	0

Gruppierungsübersicht 1. Nachtragsplan

Seite 4

Gemeinde 0 Gemeinde Kirchheim b. München

Grupp.-Nr.	Bezeichnung der Hauptgruppen, Gruppen und Untergruppen	Ansatz	je	Mehr
		2024	Einwohner in	Weniger
		EUR	EUR	EUR
Einnahmen				
231	vom Land	0	0,00	0
232	von Gemeinden/Gv	0	0,00	0
233	von Zweckverbänden u. dgl.	0	0,00	0
234	von Trägern der gesetzlichen Sozialversicherung	0	0,00	0
235	von kommunalen Sonderrechnungen	0	0,00	0
236	von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	0	0,00	0
237	von privaten Unternehmen	0	0,00	0
238	von übrigen Bereichen	0	0,00	0
23	ZWISCHENSUMME	0	0,00	0
24	Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen sowie Ersatz von Eingliederungshilfe			
240	Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz, Kostenersatz - überörtliche Träger - sowie für Eingliederungshilfe	0	0,00	0
241	Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz, Kostenersatz - örtlicher Träger	0	0,00	0
242	Übergeleitete Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich- rechtlich Unterhaltsverpflichtete - überörtlicher Träger - sowie für Eingliederungshilfe	0	0,00	0
243	Übergeleitete Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtl.Unterhaltsverpflichtete - örtlicher Träger	0	0,00	0
244	Leistungen von Sozialleistungsträgern - überörtlicher Träger - sowie für Eingliederungshilfe	0	0,00	0
245	Leistungen von Sozialleistungsträgern - örtlicher Träger	0	0,00	0
246	Sonstige Ersatzleistungen - überörtlicher Träger - sowie für Eingliederungshilfe	0	0,00	0
247	Sonstige Ersatzleistungen - örtlicher Träger	0	0,00	0
248	Rückzahlung gewährter Hilfen (einschließlich Tilgung und Zinsen von Darlehen) - überörtlicher Träger - und gewährter Eingliederungshilfe	0	0,00	0
249	Rückzahlung gewährter Hilfen (Tilgung und Zinsen von Darlehen) - örtlicher Träger	0	0,00	0
24	ZWISCHENSUMME	0	0,00	0
25	Ersatz von sozialen Leistungen in Einrichtungen			
250	Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz; Kostenersatz - überörtlicher Träger	0	0,00	0
251	Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz; Kostenersatz - örtlicher Träger	0	0,00	0
252	Übergeleitete Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete - überörtlicher Träger	0	0,00	0
253	Übergeleitete Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete - örtlicher Träger	0	0,00	0
254	Leistungen von Sozialleistungsträgern - überörtlicher Träger	0	0,00	0
255	Leistungen von Sozialleistungsträgern - örtlicher Träger	0	0,00	0
256	Sonstige Ersatzleistungen - überörtlicher Träger	0	0,00	0
257	Sonstige Ersatzleistungen - örtlicher Träger	0	0,00	0
258	Rückzahlung gewährter Hilfen (einschließlich Tilgung und Zinsen von Darlehen) - überörtlicher Träger	0	0,00	0

Gruppierungsübersicht 1. Nachtragsplan

Seite 5

Gemeinde 0 Gemeinde Kirchheim b. München

Grupp.-Nr.	Bezeichnung der Hauptgruppen, Gruppen und Untergruppen	Ansatz	je	Mehr
		2024	Einwohner in	Weniger
		EUR	EUR	EUR
Einnahmen				
259	Rückzahlung gewährter Hilfen (einschl. Tilgung und Zinsen von Darlehen) - örtlicher Träger	0	0,00	0
25	ZWISCHENSUMME	0	0,00	0
26	Weitere Finanzeinnahmen	537.100	42,03	170.000
27	Kalkulatorische Einnahmen			
270	Abschreibungen auf Anschaffungs- und Herstellungskosten	115.000	9,00	0
271	Abschreibungen auf zuwendungsfinanziertes Vermögen	0	0,00	0
272	Abschreibungen auf Wiederbeschaffungszeitwerte	0	0,00	0
275	Verzinsung des Anlagekapitals	112.000	8,76	0
27	ZWISCHENSUMME	227.000	17,76	0
28	Zuführung vom Vermögenshaushalt			
280	Zuführung vom Vermögenshaushalt (ohne Sonderrücklagen)	0	0,00	0
281	Zuführung vom Vermögenshaushalt (Sonderrücklagen für Abschreibungserlöse aus zuwendungsfinanziertem Vermögen)	0	0,00	0
282	Zuführung vom Vermögenshaushalt (Sonderrücklagen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfallentsorgungsanlagen)	0	0,00	0
283	Zuführung vom Vermögenshaushalt (Sonderrücklagen zum Ausgleich von Gebührenschwankungen)	0	0,00	0
284	Zuführung vom Vermögenshaushalt (Sonderrücklagen für Abschreibungserlöse aus Wiederbeschaffungszeitwerten)	0	0,00	0
285	Zuführung vom Vermögenshaushalt (Sonderrücklagen gemäß Art. 13 Abs. 4 BayVersRückIG)	0	0,00	0
286-289	Zuführung vom Vermögenshaushalt (sonstige Sonderrücklagen)	0	0,00	0
28	ZWISCHENSUMME	0	0,00	0
29	Übertragungs- und Abschlussbuchungen			
295	Abschlusstechnische Vorgänge (Ist-Überschuss des Verwaltungshaushalts)	0	0,00	0
2	Z W I S C H E N S U M M E SONSTIGE FINANZEINNAHMEN	1.274.100	99,69	170.000
0-2999	G E S A M T E I N N A H M E N DES VERWALTUNGSHAUSHALTES	55.765.600	4.363,48	770.000
3	E I N N A H M E N D E S V E R M Ö G E N S H A U S H A L T E S			
30	Zuführung vom Verwaltungshaushalt			
300	Zuführung vom Verwaltungshaushalt (ohne Sonderrücklagen)	1.139.300	89,15	0
301	Zuführung vom Verwaltungshaushalt (Sonderrücklagen für Abschreibungserlöse aus zuwendungsfinanziertem Vermögen)	0	0,00	0
302	Zuführung vom Verwaltungshaushalt (Sonderrücklagen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfall- entsorgungsanlagen)	0	0,00	0
303	Zuführung vom Verwaltungshaushalt (Sonderrücklagen zum Ausgleich von Gebührenschwankungen)	0	0,00	0
304	Zuführung vom Verwaltungshaushalt (Sonderrücklagen für Abschreibungserlöse aus Wiederbeschaffungszeit-	0	0,00	0

Gruppierungsübersicht 1. Nachtragsplan

Seite 6

Gemeinde 0 Gemeinde Kirchheim b. München

Grupp.-Nr.	Bezeichnung der Hauptgruppen, Gruppen und Untergruppen	Ansatz	Je	Mehr
		2024	Einwohner in	Weniger
		EUR	EUR	EUR
Einnahmen				
	werten)			
305 - 309	Zuführung vom Verwaltungshaushalt (sonstige Sonderrücklagen)	0	0,00	0
30	ZWISCHENSUMME	1.139.300	89,15	0
31	Entnahmen aus Rücklagen			
310	Entnahme aus Rücklagen (ohne Sonderrücklagen)	4.500.000	352,11	1.500.000
311	Entnahme aus Rücklagen (Sonderrücklagen für Abschreibungserlöse aus zuwendungsfinanziertem Vermögen)	0	0,00	0
312	Entnahme aus Rücklagen (Sonderrücklagen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfallentsorgungs- anlagen)	0	0,00	0
313	Entnahme aus Rücklagen (Sonderrücklagen zum Ausgleich von Gebührenschwankungen)	0	0,00	0
314	Entnahme aus Rücklagen (Sonderrücklagen für Abschreibungserlöse aus Wiederbeschaffungszeitwerten)	0	0,00	0
315	Entnahme aus Rücklagen (Sonderrücklagen gemäß Art. 13 Abs. 4 BayVersRückIG)	0	0,00	0
316-319	Entnahme aus Rücklagen (sonstige Sonderrücklagen)	0	0,00	0
31	ZWISCHENSUMME	4.500.000	352,11	1.500.000
32	Rückflüsse von Darlehen			
322	von Gemeinden/Gv	0	0,00	0
323	von Zweckverbänden u. dgl.	0	0,00	0
324	von Trägern der gesetzlichen Sozialversicherung	0	0,00	0
325	von kommunalen Sonderrechnungen	0	0,00	0
326	von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	0	0,00	0
327	von privaten Unternehmen	0	0,00	0
328	von übrigen Bereichen	0	0,00	0
32	ZWISCHENSUMME	0	0,00	0
33	Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen und Rückflüsse von Kapitaleinlagen			
331	Wertpapiere ohne Anteilsrechte	0	0,00	0
332	Anteilsrechte	0	0,00	0
333	Investmentzertifikate	0	0,00	0
334	Veräußerung von Finanzderivaten	0	0,00	0
338	Rückflüsse von Kapitaleinlagen	0	0,00	0
339	sonstige Einnahmen	2.200	0,17	0
33	ZWISCHENSUMME	2.200	0,17	0
34	Einnahmen aus der Veräußerung von Sachen des Anlagevermögens			
340	Grundstücke, bauliche Anlagen, grundstücksgleiche Rechte	0	0,00	0
344	Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,00	0
345	Bewegliche Sachen	25.000	1,96	0
34	ZWISCHENSUMME	25.000	1,96	0
35	Beiträge und ähnlichen Entgelte	7.452.300	583,12	0
36	Zuwelsungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			
360	vom Bund, ERP-Sondervermögen	3.566.500	279,07	0
361	vom Land	14.024.300	1.097,36	0
362	von Gemeinden/Gv	1.000.000	78,25	0
363	von Zweckverbänden u. dgl.	0	0,00	0
364	von Trägern der gesetzlichen Sozialversicherung	0	0,00	0
365	von kommunalen Sonderrechnungen	0	0,00	0
366	von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	0	0,00	0
367	von privaten Unternehmen	0	0,00	0

Gruppierungsübersicht 1. Nachtragsplan

Seite 7

Gemeinde 0 Gemeinde Kirchheim b. München

Grupp.-Nr.	Bezeichnung der Hauptgruppen, Gruppen und Untergruppen	Ansatz	Je	Mehr
		2024	Einwohner in	Weniger
		EUR	EUR	EUR
Einnahmen				
368	von übrigen Bereichen	0	0,00	0
36	ZWISCHENSUMME	18.590.800	1.454,68	0
37	Einnahmen aus Krediten und inneren Darlehen			
370	vom Bund, ERP-Sondervermögen	0	0,00	0
371	vom Land	0	0,00	0
372	von Gemeinden/Gv	0	0,00	0
373	von Zweckverbänden u. dgl.	0	0,00	0
374	von Trägern der gesetzlichen Sozialversicherung	0	0,00	0
375	von kommunalen Sonderrechnungen	0	0,00	0
376	von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	0	0,00	0
377	von Kreditinstituten (einschl. Sparkassen)	24.921.500	1.950,04	0
378	von übrigen Bereichen	0	0,00	0
379	Innere Darlehen	0	0,00	0
37	ZWISCHENSUMME	24.921.500	1.950,04	0
38	Schuldendiensthilfen (Tilgungshilfen)			
381	vom Land	0	0,00	0
39	Übertragungs- und Abschlussbuchungen			
392	Durchbuchung von Soll-Fehlbeträgen	0	0,00	0
395	Abschlusstechnische Vorgänge (Ist-Überschuss des Vermögenshaushalts)	0	0,00	0
39	ZWISCHENSUMME	0	0,00	0
3	GESAMTEINNAHMEN DES VERMÖGENSHAUSHALTES	56.631.100	4.431,23	1.500.000
	GESAMTEINNAHMEN DES VWHH UND VMHH	112.396.700	8.794,71	2.270.000

Gruppierungsübersicht 1. Nachtragsplan

Seite 8

Gemeinde 0 Gemeinde Kirchheim b. München

Grupp.-Nr.	Bezeichnung der Hauptgruppen, Gruppen und Untergruppen	Ansatz	je	Mehr
		2024	Einwohner in	Weniger
		EUR	EUR	EUR
Ausgaben				
A U S G A B E N DES VERWALTUNGSHAUSHALTES				
4	Personalausgaben			
40	Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit	152.500	11,93	0
41	Dienstbezüge u. dgl.			
410	Beamte	228.000	17,84	0
411	Versorgungsrücklage für aktive Beamte	0	0,00	0
414	Tariflich Beschäftigte	7.238.000	566,35	0
416	Beschäftigungsentgelte u. dgl.	500	0,04	0
42	Versorgungsbezüge u. dgl.			
420	Beamte	0	0,00	0
421	Versorgungsrücklage für Versorgungsempfänger	0	0,00	0
424	Tariflich Beschäftigte	0	0,00	0
428	Sonstige	0	0,00	0
43	Beiträge zu Versorgungskassen			
430	Beamte	332.000	25,98	0
434	Tariflich Beschäftigte	578.300	45,25	0
438	Sonstige	0	0,00	0
44	Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung			
440	Beamte	0	0,00	0
444	Tariflich Beschäftigte	1.448.500	113,34	0
448	Sonstige	5.400	0,42	0
45	Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	185.600	14,52	0
46	Personal-Nebenausgaben	1.000	0,08	0
47	Deckungsreserve für Personalausgaben			
470	Deckungsreserve gemäß § 11 KommHV-Kameralistik	0	0,00	0
471	Summarischer Ansatz gemäß § 34 Abs. 2 KommHV-Kameralistik	0	0,00	0
4	SUMME DER PERSONALAUSGABEN	10.169.800	795,75	0
5/6	Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand			
50	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	762.100	59,63	0
51	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	756.500	59,19	0
52	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	77.900	6,10	0
53	Mieten und Pachten	625.800	48,97	0
54	Bewirtschaftung der Grundstücke, baulichen An- lagen usw.	1.839.100	143,90	0
55	Haltung von Fahrzeugen	263.500	20,62	0
56	Besondere Aufwendungen für Bedienstete	200.500	15,69	0
57-63	Weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben			
638	statistische Zusammenfassung der Gruppen 57 bis 63 ohne die Untergruppe 639	2.168.400	169,67	38.000
639	Kosten der notwendigen Schülerbeförderung durch andere Verkehrsträger	0	0,00	0
64	Steuern, Versicherungen, Schadensfälle	400.300	31,32	0
65	Geschäftsausgaben	1.415.300	110,74	215.000
66	Weitere allgemeine sächliche Ausgaben			
660	Verfügungsmittel	7.000	0,55	0
661	Mitgliedsbeiträge	33.900	2,65	0
662	Vermischte Ausgaben	1.600	0,13	0

Gruppierungsübersicht 1. Nachtragsplan

Seite 9

Gemeinde 0 Gemeinde Kirchheim b. München

Grupp.-Nr.	Bezeichnung der Hauptgruppen, Gruppen und Untergruppen	Ansatz	je	Mehr
		2024	Einwohner in	Weniger
		EUR	EUR	EUR
Ausgaben				
5-66	ZWISCHENSUMME	8.551.900	669,16	253.000
67	Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushalts			
670	an Bund, ERP-Sondervermögen	22.000	1,72	0
671	an Land	0	0,00	0
672	an Gemeinden/Gv	46.200	3,62	0
673	an Zweckverbände u. dgl.	0	0,00	0
674	an Träger der gesetzlichen Sozialversicherung	0	0,00	0
675	an kommunale Sonderrechnungen	0	0,00	0
676	an sonstige öffentliche Sonderrechnungen	270.000	21,13	0
677	an private Unternehmen	0	0,00	0
678	an übrige Bereiche	749.200	58,62	404.000
679	Innere Verrechnungen	13.000	1,02	0
67	ZWISCHENSUMME	1.100.400	86,10	404.000
68	Kalkulatorische Kosten			
680	Abschreibungen auf Anschaffungs- und Herstellungskosten	115.000	9,00	0
681	Abschreibungen aus zuwendungsfinanzierten Investitionsaufwand	0	0,00	0
682	Abschreibungen auf Wiederbeschaffungszeitwerte	0	0,00	0
685	Verzinsung des Anlagekapitals	112.000	8,76	0
68	ZWISCHENSUMME	227.000	17,76	0
69	Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen			
690	Leistungsbeteiligung bei Leistungen für Unterkunft und Heizung (ohne Wohnungsbeschaffungs- und Umzugskosten) nach SGB II	0	0,00	0
691	Leistungsbeteiligung bei Leistungen für Unterkunft und Heizung (für Wohnungsbeschaffungs- und Umzugskosten) nach SGB II	0	0,00	0
692	Leistungsbeteiligung bei Leistungen zur Eingliederung von Arbeitsuchenden nach SGB II	0	0,00	0
693	Leistungsbeteiligung bei einmaligen Leistungen an Arbeitsuchende nach SGB II	0	0,00	0
694	Leistungsbeteiligung beim Arbeitslosengeld II nach SGB II (ohne Leistungen für Unterkunft und Heizung)	0	0,00	0
695	Leistungsbeteiligung bei der Eingliederung Arbeitsuchender nach SGB II	0	0,00	0
696	Leistungen für Bildung und Teilhabe nach SGB II im Rahmen einer gemeinsamen Einrichtung	0	0,00	0
69	ZWISCHENSUMME	0	0,00	0
5-6	Z W I S C H E N S U M M E	9.879.300	773,03	657.000
	SÄCHLICHER VERWALTUNGS- U. BETRIEBSAUFWAND			
7	Zuweisungen und Zuschüsse (nicht für Investitionen)			
70	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	7.807.500	610,92	0
71	Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke			
710	an Bund, ERP-Sondervermögen	0	0,00	0
711	an Land	18.500	1,45	0
712	an Gemeinden/Gv	165.700	12,97	0
713	an Zweckverbände u. dgl.	822.000	64,32	38.000
714	an Träger der gesetzlichen Sozialversicherung	0	0,00	0
715	an kommunale Sonderrechnungen	50.000	3,91	0
716	an sonstige öffentliche Sonderrechnungen	0	0,00	0

Gruppierungsübersicht 1. Nachtragsplan

Seite 10

Gemeinde 0 Gemeinde Kirchheim b. München

Grupp.-Nr.	Bezeichnung der Hauptgruppen, Gruppen und Untergruppen	Ansatz	je	Mehr
		2024	Einwohner in	Weniger
		EUR	EUR	EUR
Ausgaben				
717	an private Unternehmen	2.400	0,19	0
718	an übrige Bereiche	5.120.100	400,63	0
71	ZWISCHENSUMME	6.178.700	483,47	38.000
72	Schuldendiensthilfen			
722	an Gemeinden/Gv	0	0,00	0
723	an Zweckverbände u. dgl.	1.305.400	102,14	0
724	an Träger der gesetzlichen Sozialversicherung	0	0,00	0
725	an kommunale Sonderrechnungen	60.000	4,69	0
726	an sonstige öffentliche Sonderrechnungen	0	0,00	0
727	an private Unternehmen	0	0,00	0
728	an übrige Bereiche	0	0,00	0
72	ZWISCHENSUMME	1.365.400	106,84	0
73	Leistungen der Sozialhilfe einschl. Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen			
730	überörtlicher Träger	0	0,00	0
735	örtlicher Träger	0	0,00	0
739	Leistungen für Bildung und Teilhabe an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen	0	0,00	0
74	Leistungen der Sozialhilfe einschl. Grundsicherung im Alter an natürliche Personen in Einrichtungen			
740	überörtlicher Träger	0	0,00	0
745	örtlicher Träger	0	0,00	0
749	Leistungen für Bildung und Teilhabe an natürliche Personen in Einrichtungen	0	0,00	0
75	Leistungen an Kriegssopfer und ähnliche Berechtigte	0	0,00	0
76	Leistungen der Jugendhilfe an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen	0	0,00	0
77	Leistungen der Jugendhilfe an natürliche Personen in Einrichtungen	0	0,00	0
78	Sonstige soziale Leistungen			
781	Bildung und Teilhabe nach Bundeskindergeldgesetz	0	0,00	0
782	Originäre Leistungen für Bildung und Teilhabe nach SGB II	0	0,00	0
783	Leistungen für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende nach SGB II	0	0,00	0
784	Leistungen zur Eingliederung Arbeitsuchender nach SGB II	0	0,00	0
785	Einmalige Leistungen an Arbeitsuchende nach SGB II	0	0,00	0
786	Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts, Arbeitslosengeld II nach SGB II (ohne Leistungen für Unterkunft und Heizung)	0	0,00	0
787	Leistungen zur Eingliederung von Arbeitsuchenden nach SGB II	0	0,00	0
788	Weitere soziale Leistungen	106.500	8,33	0
789	Eingliederungshilfe nach dem SGB IX	0	0,00	0
78	ZWISCHENSUMME	106.500	8,33	0
79	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz			
791	außerhalb von Einrichtungen	0	0,00	0
792	in Einrichtungen	0	0,00	0
79	ZWISCHENSUMME	0	0,00	0
7	Z W I S C H E N S U M M E	15.458.100	1.209,55	38.000
	ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE DES VWHH			
8	Sonstige Finanzausgaben			
80	Zinsausgaben			

Gruppierungsübersicht 1. Nachtragsplan

Seite 11

Gemeinde 0 Gemeinde Kirchheim b. München

Grupp.-Nr.	Bezeichnung der Hauptgruppen, Gruppen und Untergruppen	Ansatz	je	Mehr
		2024	Einwohner in	Weniger
		EUR	EUR	EUR
Ausgaben				
800	an Bund	0	0,00	0
801	an Land	0	0,00	0
802	an Gemeinden/Gv	0	0,00	0
803	an Zweckverbände u.dgl.	0	0,00	0
804	an Träger der gesetzlichen Sozialversicherung	0	0,00	0
805	an kommunale Sonderrechnungen	0	0,00	0
806	an sonstige öffentliche Sonderrechnungen	0	0,00	0
807	an Kreditinstitute (einschl. Sparkassen)	1.500.000	117,37	0
808	an übrige Bereiche	0	0,00	0
809	Innere Verrechnungen	0	0,00	0
80	ZWISCHENSUMME	1.500.000	117,37	0
81	Steuerbeteiligungen			
810	Gewerbesteuerumlage	3.300.000	258,22	0
82	Allgemeine Zuweisungen			
821	an Land	0	0,00	0
822	an Gemeinden/GV	0	0,00	0
82	ZWISCHENSUMME	0	0,00	0
83	Allgemeine Umlagen			
831	an Land	0	0,00	0
832	an Gemeinden/Gv	14.239.100	1.114,17	0
833	an Verwaltungsgemeinschaften	0	0,00	0
83	ZWISCHENSUMME	14.239.100	1.114,17	0
84	Weitere Finanzausgaben	80.000	6,26	75.000
85	Deckungsreserve			
850	Deckungsreserve gemäß § 11 KommHV-Kameralistik	0	0,00	0
851	Summarischer Ansatz gemäß § 34 Abs. 2 KommHV-Kameralistik	0	0,00	0
86	Zuführung zum Vermögenshaushalt			
860	Zuführung zum Vermögenshaushalt (ohne Sonderrücklagen)	1.139.300	89,15	0
861	Zuführung zum Vermögenshaushalt (Sonderrücklagen für Abschreibungserlöse aus zuwendungsfinanziertem Vermögen)	0	0,00	0
862	Zuführungen zum Vermögenshaushalt (Sonderrücklagen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfallentsorgungsanlagen)	0	0,00	0
863	Zuführungen zum Vermögenshaushalt (Sonderrücklagen zum Ausgleich von Gebührenschwankungen)	0	0,00	0
864	Zuführung zum Vermögenshaushalt (Sonderrücklagen für Abschreibungserlöse aus Wiederbeschaffungszeitwerten)	0	0,00	0
866-869	Zuführung zum Vermögenshaushalt (sonstige Sonderrücklagen)	0	0,00	0
86	ZWISCHENSUMME	1.139.300	89,15	0
89	Übertragungs- und Abschlussbuchungen			
895	Abschlusstechnische Vorgänge (Ist-Fehlbetrag des Verwaltungshaushalts)	0	0,00	0
8	Z W I S C H E N S U M M E SONSTIGE FINANZAUSGABEN	20.258.400	1.585,17	75.000
4-8999	G E S A M T A U S G A B E N DES VERWALTUNGSHAUSHALTES	55.765.600	4.363,50	770.000

Gruppierungsübersicht 1. Nachtragsplan

Seite 12

Gemeinde 0 Gemeinde Kirchheim b. München

Grupp.-Nr.	Bezeichnung der Hauptgruppen, Gruppen und Untergruppen	Ansatz	je	Mehr
		2024	Einwohner in	Weniger
		EUR	EUR	EUR
Ausgaben				
9	AUSGABEN DES VERMÖGENSHAUSHALTES			
90	Zuführung zum Verwaltungshaushalt			
900	Zuführung zum Verwaltungshaushalt (ohne Sonderrücklagen)	0	0,00	0
901	Zuführung zum Verwaltungshaushalt (Sonderrücklagen für Abschreibungserlöse aus zuwendungsfinanziertem Vermögen)	0	0,00	0
902	Zuführung zum Verwaltungshaushalt (Sonderrücklagen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfall- entsorgungsanlagen)	0	0,00	0
903	Zuführung zum Verwaltungshaushalt (Sonderrücklagen zum Ausgleich von Gebührenschwankungen)	0	0,00	0
904	Zuführung zum Verwaltungshaushalt (Sonderrücklagen für Abschreibungsmehrerlöse aus Wiederbeschaffungs- zeitwerten)	0	0,00	0
905	Zuführung zum Verwaltungshaushalt (Sonderrücklagen gemäß Art. 13 Abs. 4 BayVersRückIG)	0	0,00	0
906-909	Zuführung zum Verwaltungshaushalt (sonstige Sonderrücklagen)	0	0,00	0
90	ZWISCHENSUMME	0	0,00	0
91	Zuführung an Rücklagen			
910	Zuführung an Rücklagen (ohne Sonderrücklagen)	0	0,00	0
911	Zuführung an Rücklagen (Sonderrücklagen für Abschreibungserlöse aus zuwendungsfinanziertem Vermögen)	0	0,00	0
912	Zuführung an Rücklagen (Sonderrücklagen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfallentsorgungs- anlagen)	0	0,00	0
913	Zuführung an Rücklagen (Sonderrücklagen zum Ausgleich von Gebührenschwankungen)	0	0,00	0
914	Zuführung an Rücklagen (Sonderrücklagen für Abschreibungserlöse aus Wiederbeschaffungszeitwerten)	0	0,00	0
916-919	Zuführung an Rücklagen (sonstige Sonderrücklagen)	0	0,00	0
91	ZWISCHENSUMME	0	0,00	0
92	Gewährung von Darlehen			
922	an Gemeinden/Gv	0	0,00	0
923	an Zweckverbänden u. dgl.	0	0,00	0
924	an Träger der gesetzlichen Sozialversicherung	0	0,00	0
925	an kommunale Sonderrechnungen	0	0,00	0
926	an sonstige öffentliche Sonderrechnungen	4.899.800	383,40	0
927	an private Unternehmen	0	0,00	0
928	an übrige Bereiche	0	0,00	0
92	ZWISCHENSUMME	4.899.800	383,40	0
93	Ausgaben für den Erwerb von Sachen des Anlagevermögens (ohne Baumaßnahmen)			
931	Wertpapiere ohne Anteilsrechte	0	0,00	0
932	Erwerb von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und baulichen Anlagen	6.035.000	472,22	1.500.000
934	Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens	0	0,00	0
935	Erwerb von beweglichen Sachen des Anlage- vermögens	1.332.800	104,29	0

Gruppierungsübersicht 1. Nachtragsplan

Seite 13

Gemeinde 0 Gemeinde Kirchheim b. München

Grupp.-Nr.	Bezeichnung der Hauptgruppen, Gruppen und Untergruppen	Ansatz	je	Mehr
		2024	Einwohner in	Weniger
		EUR	EUR	EUR
Ausgaben				
936	Anteilsrechte	350.000	27,39	0
937	Investmentzertifikate	0	0,00	0
938	Kauf von Finanzderivaten	0	0,00	0
939	sonstige Ausgaben	0	0,00	0
93	ZWISCHENSUMME	7.717.800	603,90	1.500.000
94,95,96	Baumaßnahmen	37.288.800	2.917,75	0
97	Tilgung von Krediten, Rückzahlung von inneren Darlehen			
970	an Bund	0	0,00	0
971	an Land	0	0,00	0
972	an Gemeinden/Gv	0	0,00	0
973	an Zweckverbände u.dgl.	0	0,00	0
974	an Träger der gesetzlichen Sozialversicherung	0	0,00	0
975	an kommunale Sonderrechnungen	0	0,00	0
976	an sonstige öffentliche Sonderrechnungen	0	0,00	0
977	an Kreditinstitute (einschl. Sparkassen)	2.115.700	165,55	0
978	an übrige Bereiche	0	0,00	0
979	Innere Verrechnungen	0	0,00	0
97	ZWISCHENSUMME	2.115.700	165,55	0
98	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen			
980	an Bund	0	0,00	0
981	an Land	0	0,00	0
982	an Gemeinden/Gv	0	0,00	0
983	an Zweckverbänden u.dgl.	2.401.000	187,87	0
984	an Träger der gesetzlichen Sozialversicherung	0	0,00	0
985	an kommunale Sonderrechnungen	0	0,00	0
986	an sonstige öffentliche Sonderrechnungen	10.000	0,78	0
987	an private Unternehmen	0	0,00	0
988	an übrige Bereiche	148.000	11,58	0
98	ZWISCHENSUMME	2.559.000	200,23	0
99	Sonstiges			
990	Kreditbeschaffungskosten, Disagio	0	0,00	0
991	Ablösung von Dauerlasten	2.050.000	160,41	0
992	Deckung von Fehlbeträgen (Soll-Fehlbeträgen)	0	0,00	0
995	Abschlusstechnische Vorgänge (Ist-Fehlbetrag des Vermögenshaushalts)	0	0,00	0
99	ZWISCHENSUMME	2.050.000	160,41	0
9	GESAMTAUSGABEN DES VERMÖGENSHAUSHALTES	56.631.100	4.431,24	1.500.000
	GESAMTAUSGABEN DES VWHH UND VMHH	112.396.700	8.794,74	2.270.000

G e s a m t p l a n

1. Zusammenfassung der Einnahmen,
Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen

Verwaltungshaushalt

Vermögenshaushalt

Einnahmen		Einnahmen		Ausgaben		Ausgaben	
neu	bisher	Mehr	Weniger	neu	bisher	Mehr	Weniger
Verwaltungshaushalt							
0	Allgemeine Verwaltung	873.600	703.600	170.000	5.188.300	4.978.300	210.000
1	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	222.300	222.300	0	1.675.400	1.675.400	0
2	Schulen	292.600	292.600	0	3.974.200	3.936.200	38.000
3	Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	58.800	58.800	0	1.106.600	1.068.600	38.000
4	Soziale Sicherung	3.473.500	3.473.500	0	9.546.800	9.546.800	0
5	Gesundheit, Sport, Erholung	6.062.900	6.062.900	0	6.390.300	6.390.300	0
6	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	1.138.400	648.400	490.000	3.363.200	3.283.200	80.000
7	Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	1.818.400	1.793.400	25.000	3.574.600	3.574.600	0
8	Wirtschaftl. Unternehmen, Allgem. Grund- und Sondervermögen	945.100	860.100	85.000	767.800	363.800	404.000
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	40.880.000	40.880.000	0	20.178.400	20.178.400	0
0 - 9	zusammen	55.765.600	54.995.600	770.000	55.765.600	54.995.600	770.000

Gesamtplan 1. Zusammenfassung der Einnahmen / Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen

EP	Einnahmen		Ausgaben		Verpfl.-Erm.		Mehr	
	neu	bisher	neu	bisher	neu	neu	Weniger	Weniger
Vermögenshaushalt								
0	Allgemeine Verwaltung							
	3.123.100	3.123.100	0	12.534.000	12.534.000	0	0	0
1	Öffentliche Sicherheit und Ordnung							
	117.600	117.600	0	1.834.900	1.834.900	0	0	0
2	Schulen							
	474.800	474.800	0	3.718.800	3.718.800	0	0	0
3	Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege							
	0	0	0	61.000	61.000	0	0	0
4	Soziale Sicherung							
	3.198.800	3.198.800	0	11.079.800	11.079.800	0	0	0
5	Gesundheit, Sport, Erholung							
	10.038.700	10.038.700	0	7.204.800	7.204.800	0	0	0
6	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr							
	7.482.300	7.482.300	0	10.741.100	10.741.100	0	0	0
7	Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung							
	485.000	485.000	0	1.576.000	1.576.000	0	0	0
8	Wirtschaftl. Unternehmen, Allgem. Grund- und Sondervermögen							
	1.000.000	1.000.000	0	5.765.000	4.265.000	1.500.000	7.010.000	0
9	Allgemeine Finanzwirtschaft							
	30.710.800	29.210.800	1.500.000	2.115.700	2.115.700	0	0	0
0 - 9 zusammen	56.631.100	55.131.100	1.500.000	56.631.100	55.131.100	1.500.000	7.010.000	0
Gesamthaushalt	112.396.700	110.126.700	2.270.000	112.396.700	110.126.700	2.270.000	7.010.000	0

Gesamtplan für das Haushaltsjahr 2024

1. Nachtragsplan

2. Haushaltsquerschnitt – Einzelpläne 0–8

– in EUR –

Gemeinde : Gemeinde Kirchheim b. München
Einwohner: 12.780
Stand : 30.06.2023

Haushaltsquerschnitt 1. Nachtragsplan – Einzelpläne 0-8

Gemeinde 0 Gemeinde Kirchheim b. München

Gld. Nr.	Aufgabenbereich	Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	Sonstige Finanzeinnahmen	Personalausgaben	Sächlicher Verw.- und Betriebsaufwand, weitere Finanzausgaben	Zuweisungen und Zuschüsse	Zuschußbedarf (Sp.3 und 4 /,5 bis 7)	Objektbezogene Einnahmen des Verm.-HH	Baumaßnahmen	Sonstige Investitionsausgaben	Verpflichtungsermächtigungen
		10 - 17	20-22, 24-26	40 - 46	50-68 84	70 - 78	8	32 - 36	94 - 96	92.93.98.99	
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
00	Gemeindeorgane	2.500	0	332.700	115.000	0	-446.200	0	0	0	0
	Je EW.	0	0	26	9	0	-35	0	0	0	0
02	Hauptverwaltung	508.500	0	1.593.000	377.400	0	-1.461.900	0	0	0	0
	Je EW.	40	0	125	30	0	-114	0	0	0	0
03	Finanzverwaltung	24.300	210.000	817.300	244.500	0	-827.500	0	0	0	0
	Je EW.	2	16	64	19	0	-65	0	0	0	0
05	Besondere Dienststellen der allgemeinen Verwaltung	31.000	0	121.400	39.700	0	-130.100	0	0	0	0
	Je EW.	2	0	9	3	0	-10	0	0	0	0
06	Einrichtungen für die gesamte Verwaltung	96.000	0	573.500	855.100	0	-1.332.600	3.123.100	12.525.000	9.000	0
	Je EW.	8	0	45	67	0	-104	244	980	1	0
08	Einrichtungen und Maßnahmen für Verwaltungsangehörige	1.300	0	33.900	83.800	0	-116.400	0	0	0	0
	Je EW.	0	0	3	7	0	-9	0	0	0	0
0	Allgemeine Verwaltung	663.600	210.000	3.471.800	1.716.500	0	-4.314.700	3.123.100	12.525.000	9.000	0
	Je EW.	52	16	3	135	0	-337	244	980	1	0
11	Öffentliche Ordnung	170.800	600	818.000	213.000	64.500	-924.100	0	0	0	0
	Je EW.	13	0	64	17	5	-72	0	0	0	0
13	Brandschutz	50.900	0	183.000	359.700	32.200	-524.000	39.600	940.000	574.000	0
	Je EW.	4	0	14	28	3	-41	3	74	45	0
14	Katastrophenschutz, Zivilschutz	0	0	0	100	0	-100	78.000	140.000	80.000	0
	Je EW.	0	0	0	0	0	0	6	11	6	0
16	Rettungsdienst	0	0	0	4.100	800	-4.900	0	0	100.900	0
	Je EW.	0	0	0	0	0	0	0	0	8	0
1	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	221.700	600	1.001.000	576.900	97.500	-1.453.100	117.600	1.080.000	754.900	0
	Je EW.	17	0	0	45	8	-113	9	85	59	0
20	Schulverwaltung	0	0	0	0	218.000	-218.000	0	0	784.000	0
	Je EW.	0	0	0	0	17	-17	0	0	61	0

Gemeinde 0 Gemeinde Kirchheim b. München

Gld. Nr.	Aufgabenbereich	Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	Sonstige Finanzeinnahmen	Personalausgaben	Sächlicher Verw.- und Betriebsaufwand, weitere Finanzausgaben	Zuweisungen und Zuschüsse	Zuschussbedarf (Sp.3 und 4 / 5 bis 7)	Objektbezogene Einnahmen des Verm.-HH	Baumaßnahmen	Sonstige Investitionsausgaben	Verpflichtungsmäch- tigungen
		10 - 17 EUR	20-22, 24-26 EUR	40 - 46 EUR	50-68,84 EUR	70 - 78 EUR	8 EUR	32 - 36 EUR	94 - 96 EUR	92,93,98,99 EUR	EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
21	Grund- und Mittelschulen	292.600 23	0	396.200 31	1.009.200 79	845.700 66	-1.958.500 -153	474.800 37	1.220.700 96	559.100 44	0
22	Realschulen	0	0	0	0	300.200 23	-300.200 -23	0	0	0	0
23	Gymnasien	0	0	0	0	1.128.800 88	-1.128.800 -88	0	0	0	0
29	Übrige schulische Aufgaben	0	0	0	75.200 6	900 0	-76.100 -6	0	0	1.155.000 90	0
2	Schulen	292.600 23	0	396.200 0	1.084.400 85	2.493.600 194	-3.681.600 -287	474.800 37	1.220.700 96	2.498.100 195	0
32	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	0	0	0	169.500 13	0	-169.500 -13	0	0	0	0
33	Theater und Musikpflege	36.000 3	0	177.800 14	25.000 2	18.000 1	-184.800 -14	0	0	0	0
34	Heimat- und sonstige Kulturpflege	14.000 1	0	74.100 6	138.700 11	7.500 1	-206.300 -16	0	28.000 2	0	0
35	Volksbildung	8.800 1	0	133.500 10	154.300 12	182.000 14	-461.000 -36	0	30.000 2	3.000	0
36	Naturschutz, Denkmalschutz und -pflege	0	0	0	6.000 0	18.500 1	-24.500 -2	0	0	0	0
37	Kirchliche Angelegenheiten	0	0	0	1.600 0	100 0	-1.700 0	0	0	0	0
3	Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	58.800 5	0	385.400 0	495.100 38	226.100 17	-1.047.800 -81	0	58.000 4	3.000	0
43	Eigene Einrichtungen der Sozialhilfe und der Kriegsopferfürsorge	30.800 2	16.400 1	236.000 18	50.200 4	93.600 7	-332.600 -26	0	0	350.000 27	0

Haushaltsquerschnitt 1. Nachtragsplan – Einzelpläne 0-8

Seite 4

Gemeinde 0 Gemeinde Kirchheim b. München

Gld. Nr.	Aufgabenbereich	Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	Sonstige Finanzeinnahmen	Personalausgaben	Sächlicher Verw.- und Betriebsaufwand, weitere Finanzausgaben	Zuweisungen und Zuschüsse	Zuschussbedarf (Sp.3 und 4 ./.5 bis 7)	Objektbezogene Einnahmen des Verm.-HH	Baumaßnahmen	Sonstige Investitionsausgaben	Verpflichtungsermächtigungen
		10 - 17 EUR	20-22, 24-26 EUR	40 - 46 EUR	50-68.84 EUR	70 - 78 EUR	8 EUR	32 - 36 EUR	94 - 96 EUR	92.93.99.99 EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
46	Einrichtungen der Jugendarbeit	3.320.700	0	811.700	942.500	7.275.300	-5.708.800	3.198.800	10.719.000	10.800	0
	Je EW.	260	0	64	74	569	-447	250	839	1	0
47	Förderung anderer Träger der Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe	0	0	0	0	32.000	-32.000	0	0	0	0
	Je EW.	0	0	0	0	3	-3	0	0	0	0
49	Sonstige soziale Angelegenheiten	105.600	0	0	0	105.500	100	0	0	0	0
	Je EW.	8	0	0	0	8	0	0	0	0	0
4	Soziale Sicherung	3.457.100	16.400	1.047.700	992.700	7.506.400	-6.073.300	3.198.800	10.719.000	360.800	0
	Je EW.	270	1	0	78	587	-476	250	839	28	0
54	Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen der Gesundheitspflege	0	0	0	0	2.000	-2.000	0	0	0	0
	Je EW.	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
55	Förderung des Sports	0	0	0	0	150.000	-150.000	0	440.000	0	0
	Je EW.	0	0	0	0	12	-12	0	34	0	0
56	Eigene Sportstätten	326.400	0	66.000	647.100	0	-386.700	137.200	1.345.000	50.000	0
	Je EW.	26	0	5	51	0	-30	11	105	4	0
58	Park- und Gartenanlagen	1.500	0	491.500	77.800	30.000	-597.800	1.832.800	450.000	0	0
	Je EW.	0	0	38	6	2	-47	143	35	0	0
59	Sonstige Erholungseinrichtungen	5.735.000	0	0	43.400	4.882.500	809.100	8.068.700	20.000	4.899.800	0
	Je EW.	449	0	0	3	382	63	631	2	383	0
5	Gesundheit, Sport, Erholung	6.062.900	0	557.500	768.300	5.064.500	-327.400	10.038.700	2.255.000	4.949.800	0
	Je EW.	475	0	0	60	396	-26	785	176	387	0
60	Bauverwaltung	150.000	0	1.601.000	75.400	0	-1.526.400	0	0	0	0
	Je EW.	12	0	125	6	0	-119	0	0	0	0
61	Städtebauliche Planung, Städtebauförderung, Vermessung, Bauordnung	503.500	250.000	0	643.800	0	109.700	317.800	50.000	10.000	0
	Je EW.	39	20	0	50	0	9	25	4	1	0
62	Wohnungsbauförderung und Wohnungsfürsorge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Je EW.	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Haushaltsquerschnitt 1. Nachtragsplan – Einzelpläne 0-8

Seite 5

Gemeinde 0 Gemeinde Kirchheim b. München

Gld. Nr.	Aufgabenbereich	Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	Sonstige Finanzeinnahmen	Personalausgaben	Sachlicher Ver- und Betriebsaufwand, weitere Finanzausgaben	Zuweisungen und Zuschüsse	Zuschußbedarf (Sp.3 und 4 / 5 bis 7)	Objektbezogene Einnahmen des Verm.-HH	Baumaßnahmen	Sonstige Investitionsausgaben	Verpflichtungsermächtigungen
		10 - 17 EUR	20-22, 24-26 EUR	40 - 46 EUR	50-68,84 EUR	70 - 78 EUR	8 EUR	32 - 36 EUR	94 - 96 EUR	92,93,98,99 EUR	12 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
63	Gemeindestraßen, Wege, Brücken, Allgemeiner Tiefbau Je EW.	234.900 18	0 0	378.000 30	358.000 28	0 0	-501.100 -39	7.144.500 559	7.381.100 578	2.300.000 180	0 0
67	Straßenbeleuchtung und -reinigung Je EW.	0 0	0 0	124.000 10	183.000 14	0 0	-307.000 -24	20.000 2	1.000.000 78	0 0	0 0
69	Wasserläufe, Wasserbau Je EW.	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0
6	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr Je EW.	888.400 69	250.000 20	2.103.000 0	1.260.200 98	0 0	-2.224.800 -173	7.482.300 586	8.431.100 660	2.310.000 181	0 0
70	Abwasserbeseitigung Je EW.	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	3.000 0	0 0	0 0
72	Abfallbeseitigung Je EW.	1.535.000 120	100 0	93.100 7	1.752.800 137	0 0	-310.800 -24	0 0	140.000 11	5.000 0	0 0
73	Märkte Je EW.	3.500 0	0 0	0 0	2.500 0	0 0	1.000 0	0 0	0 0	0 0	0 0
75	Bestattungswesen Je EW.	216.300 17	0 0	200.000 16	197.700 15	0 0	-181.400 -14	0 0	62.000 5	1.000 0	0 0
76	Sonstige öffentliche Einrichtungen Je EW.	63.000 5	0 0	0 0	47.000 4	0 0	16.000 1	0 0	35.000 3	0 0	0 0
77	Hilfsbetriebe der Verwaltung Je EW.	500 0	0 0	642.000 50	338.900 27	0 0	-980.400 -77	25.000 2	250.000 20	570.000 45	0 0
79	Fremdenverkehr, sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr Je EW.	0 0	0 0	272.100 21	18.500 1	10.000 1	-300.600 -24	460.000 36	510.000 40	0 0	0 0
7	Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung Je EW.	1.818.300 142	100 0	1.207.200 0	2.357.400 184	10.000 1	-1.756.200 -138	485.000 38	1.000.000 79	576.000 45	0 0
81	Versorgungsunternehmen Je EW.	0 0	470.000 37	0 0	0 0	0 0	470.000 37	0 0	0 0	0 0	0 0

Haushaltsquerschnitt 1. Nachtragsplan - Einzelpläne 0-8
Gemeinde 0 Gemeinde Kirchheim b. München

Gld. Nr.	Aufgabenbereich	Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	Sonstige Finanzeinnahmen	Personalausgaben	Sachlicher Verw.- und Betriebsaufwand, weitere Finanzausgaben	Zuweisungen und Zuschüsse	Zuschussbedarf (Sp.3 und 4 ./.5 bis 7)	Objektbezogene Einnahmen des Verm.-HH	Baumaßnahmen	Sonstige Investitionsausgaben	Verpflichtungsermächtigungen
		10 - 17	20-22, 24-26	40 - 46	50-68.84	70 - 78	8	32 - 36	94 - 96	92.93.98.99	
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
84	Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	85.000 7	0 0	0 0	404.000 32	0 0	-319.000 -25	0 0	0 0	0 0	0 0
85	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	2.000 0	0 0	0 0	8.000 1	0 0	-6.000 0	0 0	0 0	0 0	0 0
87	Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	8.900 1	0 0	0 0	50.900 4	60.000 5	-102.000 -8	0 0	0 0	0 0	0 0
88	Allgemeines Grundvermögen	379.200 30	0 0	0 0	244.900 19	0 0	134.300 11	1.000.000 78	0 0	5.765.000 451	7.010.000 549
8	Wirtschaftl. Unternehmen, Allgem. Grund- und Sondervermögen	475.100 38	470.000 37	0 0	707.800 56	60.000 5	177.300 15	1.000.000 78	0 0	5.765.000 451	7.010.000 549
	Gesamt	13.938.500 1091	947.100 74	10.169.800 795	9.959.300 779	15.458.100 1208	-20.701.600 -1616	25.920.300 2027	37.288.800 2919	17.226.600 1347	7.010.000 549
	davon Verw.-anteil an Pers.-kosten						0 0				

*** Ende der Liste "Haushaltsquerschnitt - Einzelpläne 0-8" ***

Gesamtplan für das Haushaltsjahr 2024

1. Nachtragsplan

2. Haushaltsquerschnitt - Einzelplan 9

- in EUR -

Gemeinde : Gemeinde Kirchheim b. München
Einwohner: 12.780
Stand : 30.06.2023

Haushaltsquerschnitt 1. Nachtragsplan - Einzelplan 9
Gemeinde 0 Gemeinde Kirchheim b. München

Gld. Nr.	Aufgabenbereich	Steuern und allgemeine Zuweisungen	Einnahmen aus Verw. u. Betrieb Sonstige Finanzz-einnahmen	Deckungs-reserve	Sonstige Finanz-ausgaben	Überschuss (Sp.3+4 -/5+6)	Sonstige Einnahmen des VMH	Sonstige Ausgaben des VMH
		00 - 08	158 20 21, 23 25 28	47, 85	80 84 86		30 31 37	90 91 97, 990 992
1	2	3	4	5	6	7	8	9
90	Steuern, Allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen	40.553.000 3173	0 0	0 0	17.539.100 1372	23.013.900 1801	150.000 12	0 0
91	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	0 0	327.000 26	0 0	2.639.300 207	-2.312.300 -181	30.560.800 2391	2.115.700 166
92	Abwicklung der Vorjahre	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	40.553.000 3173	327.000 26	0 0	20.178.400 1579	20.701.600 1620	30.710.800 2403	2.115.700 166
	Gesamt	40.553.000 3173	327.000 26	0 0	20.178.400 1579	20.701.600 1620	30.710.800 2403	2.115.700 166

*** Ende der Liste "Haushaltsquerschnitt - Einzelplan 9" ***

Übersicht
zur Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit
in 1000 EUR

zum Haushaltsplan 2024
1. Nachtragsplan

	Ergebnisse der letzten Jahresrechnung(Vorvorjahr)	Ansätze aus dem Haushaltsplan d. Vorjahres incl. Nachtrag 2023	Ansätze aus dem Haushaltsplan d. Haushaltsjahres 2024	Ansätze aus dem Finanzplan für die darauffolgenden Haushaltsjahre		
				2025	2026	2027
1. Zuführung zum Vermögenshaushalt (Gr. 86) abzüglich	4.881	300	1.139			
1.1 Zuführung zum Vermögenshaushalt-Sonderrücklagen						
1.2 Bedarfszuweisung (UGr. 051)						
1.3 Zuführung vom Vermögenshaushalt (Haushaltsstelle 91.280)						
1.4 Ordentliche Tilgung von Krediten zuzüglich						
1.5 Rückflüsse von Darlehen (Gr. 32)						
1.6 Investitionspauschalen nach Art. 12 FAG (Haushaltsstelle 90.361)	157	150	150	150	150	150
1.7 Jährliche pauschale, zweckgebundene Zuweisung aus der Feuerschutzsteuer nach Art. 3 BayFwG (UGr. 361)						
2. Bereinigtes Ergebnis	5.038	450	1.289	150	150	150
Ergänzende Angaben zum VWH						
3. Einmalige Einnahmen						
4. Einmalige Ausgaben						
Nachrichtliche Angaben						
5. Ausgaben für den Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens (UGr. 935)	218	787	1.333	1.245	1.505	183
6. Ausgaben für Baumaßnahmen an Straßen (Nr. 2.42 AllgZVKommGrPl; aus Gr. 94 - 96)	2.276	3.181	7.381	1.329	485	215
7. Außerordentliche Tilgung von Krediten	2.393		116			
8. Renten (Leibrenten) für die Abtretung von Grundstücken (aus UGr. 932)						
9. Leasingraten (soweit vermögenswirksam)						
10. Kalkulatorische Abschreibung kosten-rechnender Einrichtungen (UGr. 680)	104	115	115	115	115	115

BEMERKUNGEN:

*** Ende der Liste "Übersicht zur Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit" ***

5. Information zur Finanzsituation: Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung und weiteren Vorgehensweise - Beschlussfassung

Beratungsfolge:	Sitzungstermin:	TOP-Nr.:	Abstimmung Ja Nein
Hauptausschusssitzung	17.09.2024	2.	11 : 0

Sachverhalt:

Der Hauptausschuss hat am 17.09.24 über nachfolgende Informationen diskutiert und dem Gemeinderat die im Sachvortrag ausgeführten Maßnahmen zur Umsetzung empfohlen:

Grundsätzliches:

Die Gemeinde Kirchheim hat in den letzten Jahren viele Investitionen getätigt, die auch zum Teil noch nicht abgeschlossen sind. Dadurch sind umfangreiche Vermögenswerte geschaffen worden, allerdings konnte dies nur mit Hilfe von hohen Kreditaufnahmen erreicht werden. Verschärft wird die Situation durch die in ganz Bayern und Deutschland entstandenen extrem hohen Baukostensteigerungen. Die Fördergeldgeber von Bund und Land haben die Höhe der finanziellen Förderungen bis heute nicht angepasst, so dass die Kommunen hier alleine gelassen werden.

Die Gemeinde soll gemäß Art. 8 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) ihre Gebühren kostendeckend erheben. Dies wurde die letzten Jahre nicht konsequent genug verfolgt.

Durch die hohen Tarifaabschlüsse der letzten Jahre sind die Personalkosten der Gemeinde und die Unterhaltskosten der gemeindlichen Gebäude stark gestiegen.

Darüber hinaus wurden die freiwilligen Leistungen der Gemeinde immer weiter ausgebaut. Hierzu gehören beispielsweise die Übernahme der sehr hohen Defizite der Kindertagesstätten und die im Landkreisvergleich teilweise sehr hohen Vereinszuschüsse.

Zudem gibt es einen Sanierungsstau bei Pflichtaufgaben wie Baumpflege sowie Straßen- und Wegeunterhalt, die dringend angegangen werden müssen.

Die aktuelle Haushaltssituation wurde bereits in der Klausurtagung des Gemeinderates am 20.07.24 ausführlich behandelt. Hier erfolgte zudem eine Ideensammlung zur Entschärfung von künftigen Finanzengpässen.

Mit derselben Thematik hat sich auch die Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung - bestehend aus Gemeinderatsmitgliedern der verschiedenen Fraktionen - mehrmals befasst, beginnend mit der 1. Sitzung am 22.01.24.

Der Haushaltsplan 2024 wurde von der Rechtsaufsichtsbehörde geprüft und im April 2024 genehmigt, jedoch mit der Auflage, ein Konsolidierungskonzept vorzulegen, aus dem hervorgeht, dass die Zuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt ab dem Jahr 2025 mindestens so hoch ist, dass die ordentliche Tilgung von Krediten damit gedeckt werden kann.

Dies bedeutet, dass im Jahr 2025 mind. 1,5 Mio. Euro, im Jahr 2026 mind. 2 Mio. € und ab dem Jahr 2027 mind. 2,5 Mio. € mehr im Verwaltungshaushalt als Überschuss erzielt werden muss – ausgehend von der Haushalts- und Finanzplanung gemäß Haushaltsplan 2024.

Zudem sind entsprechende Maßnahmen einzuleiten, welche weiteren Kreditaufnahmen entgegenwirken.

Resultierend aus all diesen Vorgaben bzw. Vorgesprächen hat die Verwaltung nachfolgende Vorschläge gesammelt:

Einzelvorschläge der Verwaltung zur Haushaltskonsolidierung:

Einnahmeerhöhungen im Verwaltungshaushalt ab 2025:

Erhöhung Hebesatz Grundsteuer A und B von derzeit 280 v.H.: Mehreinnahmen von ca. 800.000 € als Zielvorgabe

Die letzte Erhöhung der Grundsteuer erfolgte im Jahr 2011.

Gemäß Art. 8 Kommunalabgabengesetz (KAG) verpflichtende Anpassung von Gebühren an die tatsächlichen Kosten:

Erhöhung/Anpassung der Abfallgebühren: Mehreinnahmen von ca. 370.000 €

Erhöhung Friedhofgebühren: Mehreinnahmen ca. ca. 60.000 €

→ Summe Einnahmeerhöhung: 1,23 Mio. €

Die Einführung einer Verpackungssteuer und einer Sondernutzungssatzung wäre möglich, jedoch sind Mehreinnahmen von ca. 100.000 € zusätzlichen Personalkosten gegenüberzustellen. Dies bedarf daher einer präzisen Überprüfung.

Ausgabenreduzierung im Verwaltungshaushalt ab 2025:

Erhöhung Kiga-Gebühren (Gebührenanpassung ab 01.09.24, bereits beschlossen), damit

Defizitreduzierung: Minderausgaben von ca. 280.000 €

Einsparungen Personalkosten Auszubildende: Minderausgaben von ca. 45.000 €

Reduzierung KiMi Auflagen: Minderausgaben von ca. 40.000 €

Umstellung Fachliteratur auf digital: Minderausgaben von ca. 15.000 €

Reduzierung der echten freiwilligen Zuschüsse von 10 % bis zu ca. 30 %

(ggfs. Einzelfallentscheidung): Minderausgaben von bis zu ca. 60.000 €

Reduzierung allg. Verwaltungsausgaben ca. 10 %: Minderausgaben von ca. 70.000 €

→ Summe Ausgabenreduzierung: 510 Tsd. €

→ **Die Gesamtsumme an Einnahmeerhöhung und Einsparungen im Verwaltungshaushalt wären somit rund 1,74 Mio. €**, wobei bei etlichen sonstigen Einzelpositionen zusätzlich sicherlich noch ein Spielraum besteht.

Ebenso sind Vermietungen und Verpachtung von gemeindlichen Liegenschaften neu zu kalkulieren.

Zusätzlich zur Konsolidierung im Verwaltungshaushalt ist auch der Vermögenshaushalt zu überarbeiten. Um die gemeindlichen Pflichtaufgaben erfüllen zu können, müssen Prioritäten gesetzt werden. Es dürfen keine weiteren Kreditaufnahmen in den Finanzplanjahren erforderlich werden.

Einnahmeerhöhungen im Vermögenshaushalt ab 2025:

Hier sind alle entbehrlichen, gemeindeeigenen Liegenschaften zu überprüfen und in der Finanzplanung des nächsten Haushalts zum möglichen Verkauf einzustellen. Hierbei sind umfangreiche Umorganisationen in den diversen Gebäudenutzungen (z.B. altes Rathaus sowie Anbau I und II altes Gymnasium) und damit verbundene Umbau- und Sanierungsmaßnahmen auch zeitlich zu berücksichtigen. Somit wird versucht, dass den Vereinen auch weiterhin die notwendigen Räumlichkeiten zur Verfügung stehen.

Jeder Verkauf oder jede Verpachtung einer gemeindeeigenen Immobilie benötigt einen konkreten Beschluss des Gemeinderates oder des zuständigen Ausschusses.

Wie aus der nö Übersicht (s. nö Anlage unter Top 7 nö) dargestellt, könnten hierdurch zusätzliche Einnahmen von ca. 7,9 Mio. € bzw. somit insgesamt bis ca. rund 68 Mio. € in den Folgejahren erzielt werden.

Ausgabenreduzierung im Vermögenshaushalt ab 2025:

Verschiebung Sanierung S-Bahn Vorplatz: vorläufige Einsparung von ca. 3,0 Mio. €

Verschiebung Entwässerung OMV-Tankstelle: vorläufige Einsparung von ca. 800.000 €

Verschiebung Dachsanierung GS II: vorläufige Einsparung von ca. 400.000 €

Verschiebung Sanierung/Pflasterarbeiten GS II: vorläufige Einsparung von ca. 600.000 € - aber: Sanierung Tartanflächen eigentlich erforderlich (400.000 €)

Verschiebung Sanierung Maria-Glasl-Straße: vorläufige Einsparung von ca. 300.000 €

→ Summe Ausgabenreduzierung: 5,1 Mio. €

→ **Die Gesamtsumme an Einnahmeerhöhung und Einsparungen im Vermögenshaushalt könnte somit bis rund 13 Mio. € betragen**, wobei zu beachten ist, dass noch nicht vorhersehbare Investitionen/Maßnahmen erforderlich werden können (z.B. evtl. Mehrkosten bei Sanierung GuM).

Fazit:

Zur künftigen Sicherung der dauernden Leistungsfähigkeit müssen sämtliche vorgeschlagene und ggfs. zusätzlich erforderliche Maßnahmen im Verwaltungshaushalt zur Einnahmensteigerung und Ausgabenreduzierung umgesetzt werden.

Weitere Kreditaufnahmen im Jahr 2025 sind voraussichtlich nicht zu vermeiden (wie bereits im Haushaltsplan 2024 für das Jahr 2025 veranschlagt), insbesondere aufgrund von hohen Mehrkosten für den Neubau Rathaus.

Ab dem Jahr 2026 dürfen keine neuen Kreditaufnahmen mehr erforderlich werden!

Investitionen müssen entsprechend priorisiert bzw. ggfs. verschoben werden, veranschlagte Einnahmen müssen realisiert werden (s. Klausurtagung und nö Übersicht).

Zur Reduzierung des mittlerweile sehr hohen Schuldenstandes sind bereits in der Finanzplanung Sondertilgungen eingeplant, welche auch umgesetzt werden sollten.

Zum aktuellen Zeitpunkt ist allerdings eine sichere und realistische Planung noch sehr schwierig, da viele Unwägbarkeiten vorherrschen (z.B. tatsächlicher Zeitpunkt Umzug Rathaus, tatsächliche Erfordernis verschiedener Sanierungen, tatsächliche Entwicklung Gewerbesteuererinnahmen, künftige Kreisumlage, Fortschritt und künftige Preisgestaltung begonnener Investitionen,...).

Es wird darauf hingewiesen, dass die im Zuge der jährlichen Haushaltsberatungen von der (Finanz-)Verwaltung wiederholt vorgebrachten Empfehlungen und möglichen Konsequenzen bei den Diskussionen berücksichtigt werden sollten – die Verwaltung kann lediglich die Vorgaben der politischen Entscheidungen umsetzen.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt den Empfehlungen des Hauptausschusses vom 17.09.2024 zu und beauftragt die Finanzverwaltung, diese im Zuge der Haushaltsplanaufstellung für das Jahr 2025 und die Finanzplanjahre einzuarbeiten.

Abstimmung:

Anwesende: 22

Ja:

19

Nein:

3

Anmerkung:

GRM Dr. Hausladen nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

6. Nachprüfungsantrag über den "Antrag auf Baumfällung LGS 2024"; TOP 2.1 Bauausschuss vom 24.09.2024

Sachverhalt:

Da der Beschlussvorschlag bis zum Druck der Sitzungsunterlagen bzw. zur Veröffentlichung im Ratsinformationssystem noch nicht fertig gestellt war, wird dieser Tagesordnungspunkt nachgereicht.

Beschluss 1:

Der Gemeinderat beschließt die namentliche Abstimmung.

Abstimmung:

Anwesende: 21 Ja: 19 Nein: 2

Anmerkung:

GRM Dr. Hausladen und Proffert nehmen nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Beschluss 2:

Der Antrag bezüglich der Fällung von Bäumen und Sträuchern auf den Flurnummern 1416 (WR 11(1)), 1413 (WR 11(2)), 1411 (WR 11 (3)) und 1348 (Tfl. WR 12) der Gemarkung Kirchheim wird genehmigt. Die gesetzlichen Regelungen, insb. § 39 Bundesnaturschutzgesetz sind zu beachten. Die Rodung ist unmittelbar vor sowie währenddessen ökologisch zu begleiten und zu protokollieren. Das Protokoll ist der Verwaltung unaufgefordert spätestens 7 Tage nach Abschluss der Maßnahme zur Verfügung zu stellen.

Abstimmung:

Anwesende: 21 Ja: 17 Nein: 4

Anmerkung:

GRM Dr. Hausladen und Proffert nehmen nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

ANWESENHEITSLISTE**- ANLAGE 1 -****11. Sitzung des Gemeinderates am Dienstag, den 05.11.2024,**

Ort: in der Mensa der Grund- und Mittelschule Kirchheim, Heimstettner Straße 12, 85551 Kirchheim b. München

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: _____ Uhr

Name	Funktion	Unterschrift
------	----------	--------------

Mitglieder:

Stephan Keck Erster Bürgermeister



Michael Dirl Gemeinderat



Franz, Josef Glasl Gemeinderat



Franz Graf Gemeinderat



Andrea Haas Gemeinderätin



Dr. Michaela Harlander Gemeinderätin



Dr. Johann Hausladen Gemeinderat



Marianne Hausladen Gemeinderätin



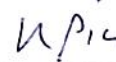
Tanja Heidacher Gemeinderätin



Dr. Thomas Heinik Gemeinderat



Wolfgang Heinz-Fischer Gemeinderat



Luis Huber Gemeinderat




Thomas Jännert Gemeinderat



Stefanie Jürgens Gemeinderätin



Gerd Kleiber Gemeinderat



ANWESENHEITSLISTE

- ANLAGE 1 -

Petra Mayr Gemeinderätin

/

Beate Neubauer Gemeinderätin

ja

Marcel Proffert Gemeinderat

abwesend

Marcel Prohaska Gemeinderat

ja

Rolf Siegel Gemeinderat

ja

Florian Sift Gemeinderat

ja

Berit Vogel Gemeinderätin

nein

Andreas Zenner Gemeinderat

nein

Dr. Christian Zenner Gemeinderat

nein

Lea Zenner Gemeinderätin

/

Johannes Pinzel

Angela Hartinger-Hirn

Christine Brunner-Ernst

Josef Hermann

Anita Immler

.....

.....

.....



Kirchheim.

11. Gemeinderatssitzung
Dienstag, den 05.11.2024

Tischvorlage

Öffentlich zu TOP 6

Geschäftsleitung
-Sitzungsdienst-

Sitzungsdienst

☎ 089/90 90 9 - 9202 Fax 089/90 90 9 - 9203 E-Mail Sitzungsdienst@kirchheim-heimstetten.de

Beschlussvorlage Gemeinde Kirchheim b. München

Nachprüfungsantrag über den "Antrag auf Baumfällung LGS 2024"; TOP 2.1 Bauausschuss vom 24.09.2024

Sachbearbeiter: Josef Hermann
Sitzungsbezeichnung: Gemeinderatssitzung
Sitzungsdatum: 05.11.2024
Sitzungsart: öffentlich
Gremiumsbezeichnung: Gemeinderat

Sachverhalt:

Der Bauausschuss hat in seiner öffentlichen Sitzung vom 24.09.2024 folgenden Beschluss über die Fällung der Bäume auf dem Gelände der LGS (TOP 2.1) gefasst:

„Der Antrag bezüglich der Fällung von Bäumen und Sträuchern auf den Flurnummern 1416 (WR 11(1)), 1413 (WR 11(2)), 1411 (WR 11 (3)) und 1348 (Tfl. WR 12) der Gemarkung Kirchheim wird genehmigt. Die gesetzlichen Regelungen, insb. § 39 Bundesnaturschutzgesetz sind zu beachten. Die Rodung ist unmittelbar vor sowie währenddessen ökologisch zu begleiten und zu protokollieren. Das Protokoll ist der Verwaltung unaufgefordert spätestens 7 Tage nach Abschluss der Maßnahme zur Verfügung zu stellen.“

Diesem Beschluss ging folgender Sachvortrag voraus:

„Beantragt wird die Fällung von Bäumen auf den Flurnummern 1416 (WR 11(1)), 1413 (WR 11(2)), 1411 (WR 11 (3)) und 1348 (Tfl. WR 12) der Gemarkung Kirchheim

Laut städtebaulichem Vertrag Kirchheim 2030 ist die Gemeinde verpflichtet, Flächen, welche der Gemeinde durch die Eigentümer zum Zwecke der Landesgartenschau überlassen wurden, nach Ende der Landesgartenschau zum 01.12.2024 in geräumtem Zustand (Fällung der Bäume und Sträucher ohne archäologische Untersuchung) zurückzugeben. Eine Aufstellung der zu räumenden Flächen befindet sich in der Anlage. Die Flächen befinden sich im Geltungsbereich des B-Plan Nr. 100. Die Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung im Rahmen des Aufstellungsverfahrens des Bebauungsplans beinhaltet auch die jetzt von der Räumung betroffenen Flächen (siehe Anlage „Kirchheim 2030 – Ortsentwicklung; Floristische Bestandserfassung“). Der erforderliche Ausgleich ist bereits hergestellt worden. Gemäß § 5 Abs. 1 der Baumschutzverordnung ist darüber hinaus die Genehmigung zu erteilen, wenn aufgrund anderer Rechtsvorschriften ein Anspruch auf Genehmigung eines Vorhabens besteht, dessen Verwirklichung ohne eine Entfernung oder Veränderung von Bäumen nicht möglich ist.“

Die Gemeinderatsmitglieder, Frau Lea Zenner, Herr Dr. Christian Zenner, Herr Andreas Zenner, Herr Marcel Proffert und Herr Wolfgang Heinz-Fischer, haben mit Schreiben vom 1. Oktober 2024 die Überprüfung des im Betreff genannten Beratungsgegenstands der Sitzung des Bauausschusses vom 24. September 2024 beantragt. Dieser Antrag wurde durch eine E-Mail von Frau Berit Vogel vom 1. Oktober 2024 unterstützt.

Zu prüfen ist nun, ob die Voraussetzungen des Art. 32 Abs. 3 GO gegeben sind.

Form- und fristgerechte Antragsstellung

1. Form

Die Gemeindeordnung selbst schreibt für den Antrag keine bestimmte Form vor (vgl. Wachsmuth in Kommunalverfassungsrecht Bayern, Erl. 4.2 zu Art. 32 GO). Gemäß § 8 Abs. 2 Satz 3 GeschO muss der Antrag schriftlich, auf dem Postwege, durch einfache E-Mail (ohne gescanntes Dokument in der Anlage) oder Telefax, spätestens am siebten Tag nach der Ausschusssitzung beim Ersten Bürgermeister eingehen.

2. Frist

Die Wochenfrist beginnt am Tag nach der Beschlussfassung (25.09.2024) und endet mit Ablauf des Tages, der nach seiner Benennung dem Tag des Fristbeginns vorausgeht (01.10.2024). Das Schreiben und die E-Mail sind am 01.10.2024 eingegangen und somit fristgerecht.

Zwischenergebnis

Der Antrag auf Nachprüfung wurde form- und fristgerecht an den Ersten Bürgermeister gerichtet.

Materielle Voraussetzungen des Art. 32 Abs. 3 GO

Ein Drittel der stimmberechtigten Ausschussmitglieder oder ein Viertel der ehrenamtlichen Gemeinderatsmitglieder müssen die Nachprüfung durch den Gemeinderat beantragen. Der Ausschussvorsitzende zählt bei dem Drittel bzw. Viertel nicht mit, da ihm ein eigenes Nachprüfungsrecht zusteht (vgl. Prandl/Büchner/Pahlke, Kommunalrecht in Bayern, Erl. 15 zu Art. 32 GO). Ein Viertel von 24 Gemeinderatsmitgliedern ergibt 6. Demnach muss der Antrag von sechs Gemeinderatsmitgliedern unterstützt werden, was vorliegend der Fall ist.

Ergebnis

Der Antrag wurde form- und fristgerecht gestellt.

Begründung des Antrags:

„Laut Sachvortrag sollen die vorgestellten Flächen in geräumtem Zustand (Fällung der Bäume und Sträucher ohne archäologische Untersuchung) zum 01.12.2024 an die Eigentümer zurückgegeben werden. Auf diesen Flächen befindet sich der Lebensraum des Idas-Bläulings, ein stark gefährdeter Tagfalter, der als Rote Liste Art Kategorie 2 geführt wird. Damit trotzdem gebaut werden kann und somit der Städtebauliche Vertrag Kirchheim 2030 erfüllt wird, wurden Grassoden an die Bürgermeister-Schuster-Straße verpflanzt. Ein anschließendes Monitoring sollte die Ansiedlung des Falters feststellen. Nach unserem Kenntnisstand wurde das letzte Monitoring am 19.03.2024 zusammen mit der UNB durchgeführt. Viel zu früh, um fliegende Falter nachzuweisen. Laut rechtsgültigem Bebauungsplan (Umweltbericht S. 59) darf mit Baumaßnahmen erst begonnen werden, wenn die Ausgleichsmaßnahmen abgeschlossen sind. Als Baumaßnahmen sind auch Rodungen von Sträuchern und Bäumen anzusehen.“

Ausführungen der Verwaltung:

Wie im Sachverhalt beschrieben, ist gemäß § 5 Abs. 1 der Baumschutzverordnung der Gemeinde Kirchheim die Genehmigung für die Baumfällungen zu erteilen, wenn aufgrund anderer Rechtsvorschriften ein Anspruch auf Genehmigung eines Vorhabens besteht, dessen Verwirklichung ohne eine Entfernung oder Veränderung von Bäumen nicht möglich ist. In vorliegendem Fall sind die Rechtsgrundlagen eindeutig:

1. Städtebaulicher Vertrag zu „Kirchheim 2030“:
In Teil H „Sonderregelungen zum Ortpark und zur Landesgartenschau 2024“ des Städtebaulichen Vertrags hat sich die Gemeinde unter § 2 Abs. 1a verpflichtet, die betreffenden Flächen nach Ende der Landesgartenschau zum 01.12.2024 in geräumtem Zustand (Fällung der Bäume und Sträucher ohne archäologische Untersuchung) zu übergeben.
2. Bebauungsplan
Im rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 100 „Kirchheim 2030“ sind die betreffenden Flächen als Baugebiet WR 11 bzw. WR 12 festgesetzt.

Im Nachprüfungsantrag wurde außerdem darum gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie viele Monitoring-Termine haben an der Bgm.-Schuster-Straße stattgefunden und wann hat der letzte stattgefunden?

Antwort Verwaltung:

Im Jahr 2024 haben insgesamt drei Monitoring-Termine stattgefunden (26.06.2024, 23.07.2024, 28.08.2024). Mit dem Monitoring ist Dipl.-Biol. Albert Lang beauftragt. Ergebnisse des Monitorings siehe Protokoll Nr. 63 vom 01.10.2024.

2. *Wurden bei den Monitoring-Maßnahmen Idas-Bläulinge nachgewiesen? Falls ja, handelt es sich um vereinzelte Sichtungen oder eine Vielzahl an Faltern?*

Antwort Verwaltung:

Es wird auf das Protokoll Nr. 63 vom 01.10.2024 von Dipl.-Biol. Albert Lang verwiesen, in welchem alle Monitoring-Termine und deren Ergebnisse zusammengefasst werden. Das Protokoll Nr. 63 befindet sich in der Anlage.

3. *Betrachtet die Verwaltung die Umsiedelung des Falters als erfolgreich und die Ausgleichsmaßnahme damit als abgeschlossen?*

Antwort Verwaltung:

Die Verwaltung sieht die Umsiedelung des Falters als erfolgreich und die Ausgleichsmaßnahme als abgeschlossen an. Es wird auf die Ausführungen im Protokoll Nr. 63 vom 01.10.2024 verwiesen, in welchem auf den für viele Tagfalter-Arten ungünstigen Witterungsverlauf eingegangen wird. Zwischenzeitlich wurden am Mittwoch, 16.10.2024 auf Vorschlag der ökol. Baubegleitung Herrn Dipl.-Biol. Albert Lang weitere Sodenübertragungen durchgeführt, um die Ausgleichsfläche in Bezug auf den Artenschutz noch hochwertiger zu gestalten. Außerdem erfolgte am 25.10.2024 eine weitere Mahdgut-Übertragung (siehe Protokoll Nr. 67 vom 27.10.2024). Ergänzend dazu gibt es eine Stellungnahme der höheren Naturschutzbehörde bei der Regierung von Oberbayern, welche die Ausgleichsfläche ebenfalls als hergestellt ansieht.

Die Protokolle Nr. 63 und 67 befinden sich in der Anlage. Die Stellungnahme der Regierung von Oberbayern wird als Tischvorlage nachgereicht.

Empfehlung:

Der Antrag bezüglich der Fällung von Bäumen und Sträuchern auf den Flurnummern 1416 (WR 11(1)), 1413 (WR 11(2)), 1411 (WR 11 (3)) und 1348 (Tfl. WR 12) der Gemarkung Kirchheim wird genehmigt. Die gesetzlichen Regelungen, insb. § 39 Bundesnaturschutzgesetz sind zu beachten. Die Rodung ist unmittelbar vor sowie währenddessen ökologisch zu begleiten und zu protokollieren. Das Protokoll ist der Verwaltung unaufgefordert spätestens 7 Tage nach Abschluss der Maßnahme zur Verfügung zu stellen.

Rechtslage:

Haushaltsrechtliche Auswirkungen:

Veröffentlichung:

Ö = ja, Nö = nein

Hermann Josef

Von: Zwicknagel, Marlene (Reg OB) <Marlene.Zwicknagel@reg-ob.bayern.de>
Gesendet: Mittwoch, 30. Oktober 2024 17:08
An: Hermann Josef
Cc: Maislinger, Michaela (Reg OB); naturschutz@lra-m.bayern.de;
Melanie.Miller@lra-m.bayern.de
Betreff: AW: Stellungnahme zur internen Ausgleichsfläche Kirchheim 2030

Sehr geehrter Herr Hermann,

nach Rücksprache mit der unteren Naturschutzbehörde am Landratsamt München können wir Ihnen folgende Auskunft geben:

Die betroffene Ausgleichsfläche wurde im September 2020 angelegt. Gemäß Umweltbericht zum B-Plan Nr. 100, Kapitel 2.4.4 ist die Herstellung und Pflege der internen Ausgleichsfläche an den Habitatansprüchen des Idas-Bläulings auszurichten. Mit den Baumaßnahmen darf erst begonnen werden, wenn die Herstellung der Ersatzhabitate abgeschlossen ist.

In dem vorliegenden Einzelfall vertreten wir die Auffassung, dass die Ausgleichsfläche als hergestellt i. S. d. Umweltberichts zum B-Plan Nr. 100 gilt, wenn die Fläche hergerichtet und zudem für den Idas-Bläuling als Habitat geeignet ist. Hintergrund ist, dass mit der Maßnahme auch ein funktioneller Ausgleich für die Art beabsichtigt war. Bereits in den Jahren 2021 und 2022 konnten Individuen der Art auf der Ausgleichsfläche nachgewiesen werden. Im Jahr 2023 konnten auf der Ausgleichsfläche nur noch 3 Individuen (Männchen) und 2024 kein Individuum der Art mehr festgestellt werden. Anhaltspunkte, dass dieser Einbruch auf einer mangelhaften Pflege der Fläche beruhte, sind nicht ersichtlich. Vielmehr kann man aus naturschutzfachlicher Sicht von einem bayernweiten witterungsbedingten Rückgang der Art ausgehen. Da momentan weiterhin von einer Stabilisierungsphase bzgl. der Ansiedelung des Idas-Bläulings auf besagter Fläche ausgegangen werden kann, ist nicht auszuschließen, dass sich das Vorkommen der Art in den kommenden Jahren auf der Ausgleichsfläche wieder erholt.

Aufgrund der Jahreszeit konnten bei einer Ortsbesichtigung am 13.03.2024 keine Individuen des Idas-Bläulings oder der mit ihnen in Symbiose lebenden Ameisenarten nachgewiesen werden. Die Voraussetzungen der Fläche um eine grundsätzliche Habitateignung für den Idas-Bläuling (und damit einhergehend auch für die Ameisen) bestätigen zu können, waren allerdings gegeben, sodass die Wirksamkeit der Ausgleichsfläche durch die untere Naturschutzbehörde am Landratsamt München bestätigt werden konnte. Im Oktober dieses Jahres konnten auf der Ausgleichsfläche zumindest wieder Ameisen nachgewiesen werden.

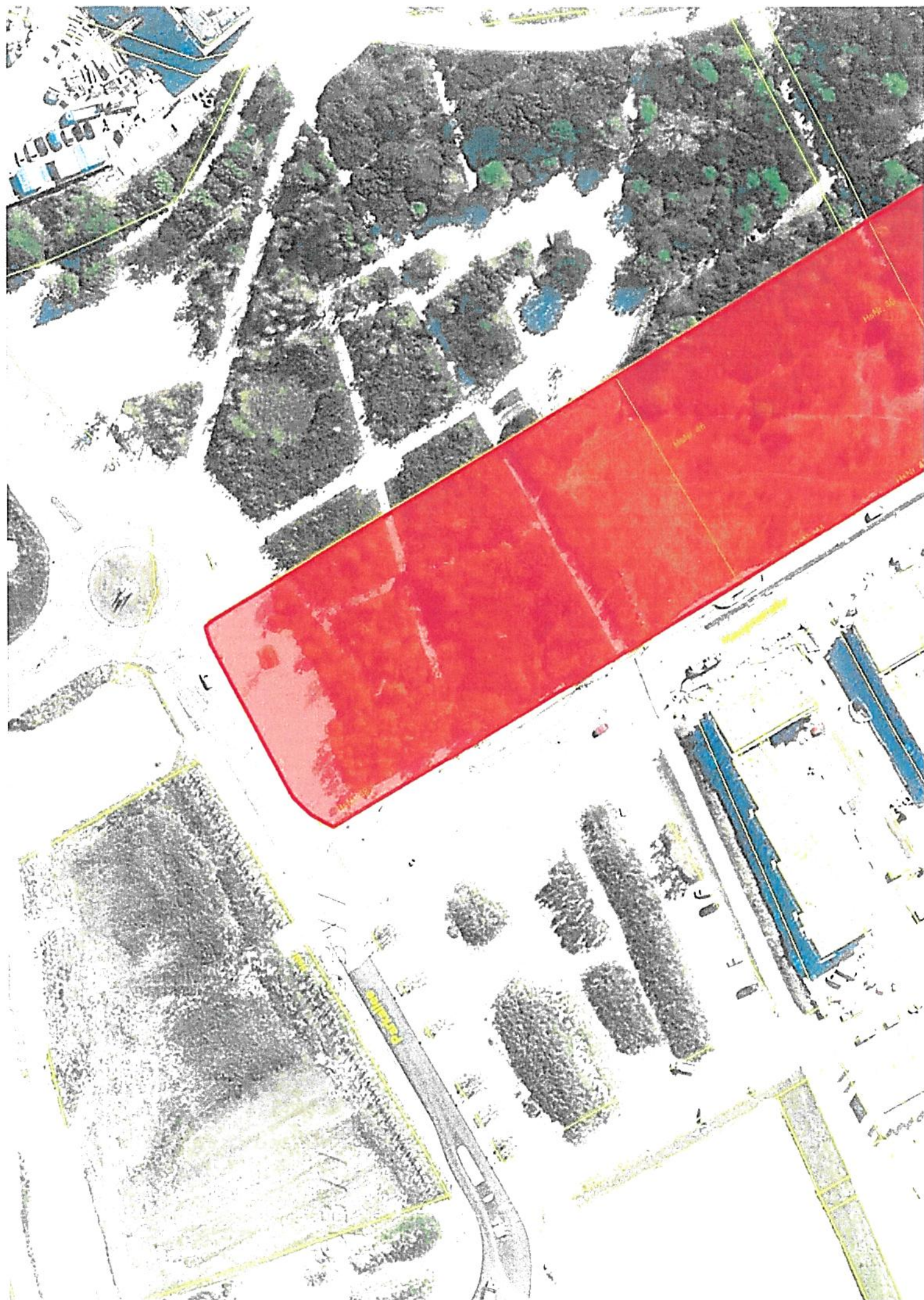
Da die Habitateignung grundsätzlich nach wie vor gegeben ist und auch bereits Nachweise über das Vorkommen der Art in 2021 und 2022 bestehen, teilen wir die Auffassung der unteren Naturschutzbehörde und sehen die Ausgleichsfläche als hergestellt an.

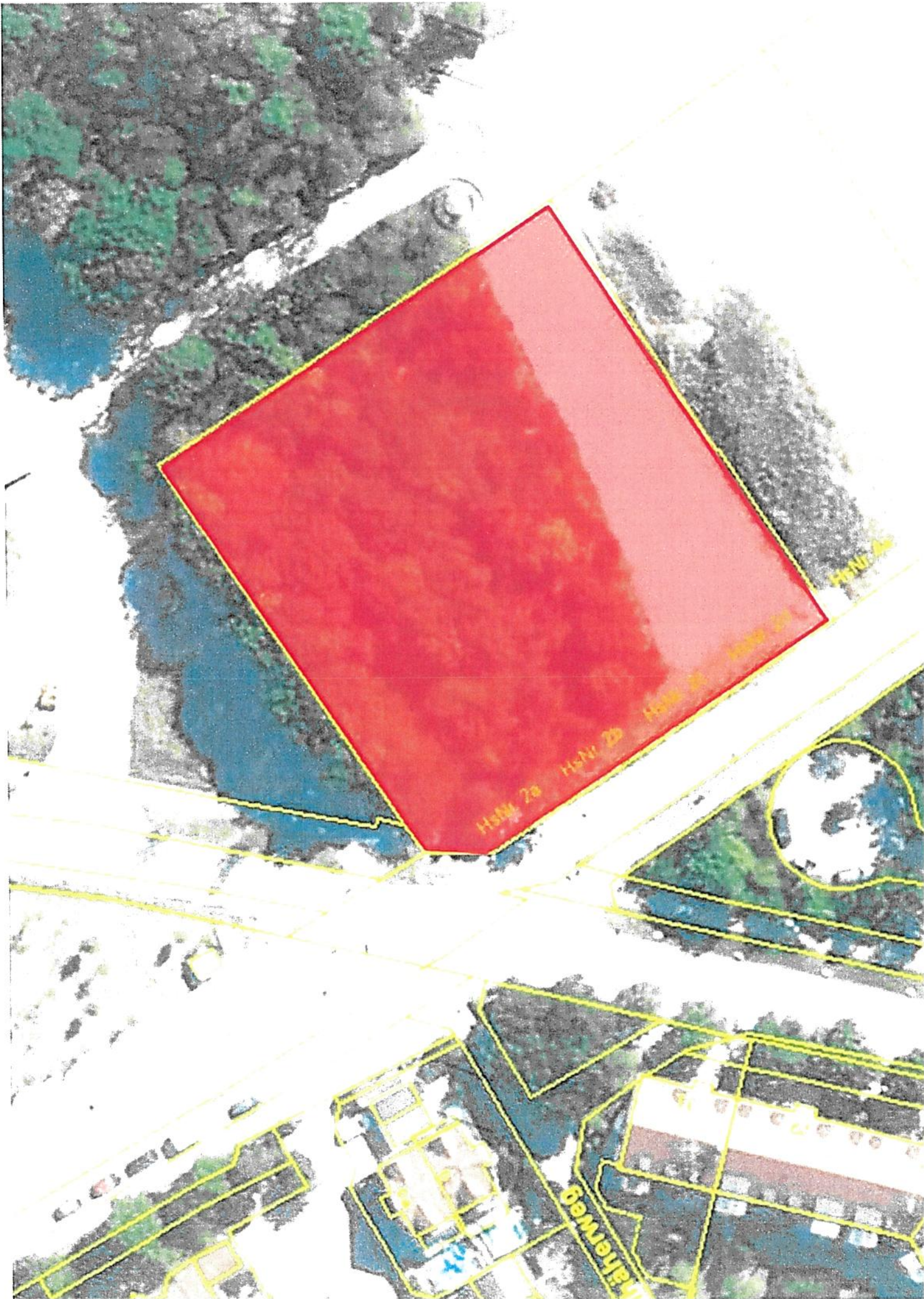
Für eine weitergehende Auslegung des Herstellungsbegriffs, dass die Fläche auch nachweisbar dauerhaft durch die Art besiedelt bleiben muss, liegen unseres Erachtens im vorliegenden Fall keine Anhaltspunkte vor.

Mit freundlichen Grüßen
Marlene Zwicknagel
Sachgebiet 55.1 - Rechtsfragen Umwelt

Regierung von Oberbayern
Maximilianstraße 39
80538 München

Telefon: +49 89 2176-2451
Fax: +49 89 2176-402451
E-Mail: marlene.zwicknagel@reg-ob.bayern.de
Internet: <https://www.regierung.oberbayern.bayern.de>





Eingangsstempel

Gemeinde Kirchheim b. München
Münchner Straße 6
85551 Kirchheim b. München

☐ Antrag auf Baumveränderung

☐ Antrag auf Baumfällung

☐ Grundstückseigentümer(in)

Name, Vorname, Firma	
Straße, Haus-Nr.	
PLZ, Ort	
Telefon (mit Vorwahl)	Telefax (mit Vorwahl)
E-Mail	

☐ Bevollmächtigte(r) / Verwalter(in)



Folgender Baum / folgende Bäume auf dem Grundstück

Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort		
Hauptstraße 47 / Hausene Holzweg 2a - 2d		
Gemarkung	Flur-Nr.	Flurstück
Kirchheim	1416/1413/1411/1348	

soll / sollen gefällt werden.

Geben Sie bitte die Baumart und den Stammumfang in cm an. Messen Sie den **Stammumfang in 1 Meter Höhe** über der Erdboden.

Baumart	Stammumfang in cm

Der Baum / die Bäume befinden sich im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes und / oder im Geltungsbereich eines Freiflächengestaltungsplanes. Ja ☐ Nein ☒

Informationen über eventuelle Festsetzungen in Bebauungsplänen bzw. Freiflächengestaltungsplänen erhalten Sie im Umweltamt: umweltamt@kirchheim-heimstetten.de

Informationen zu Freiflächengestaltungsplänen erhalten Sie im Bauamt.

Die Maßnahmen sind aus folgenden Gründen erforderlich

Aufgrund anderer Rechtsvorschriften (städteseitiger Vertrag) ein Anspruch auf Genehmigung eines Vorhabens besteht, dessen Verwirklichung ohne eine Entfernung oder Veränderung von Bäumen nicht möglich ist.

Folgende Unterlagen füge ich dem Antrag bei:

☐ Lageplan mit Eintragung der auf dem Grundstück vorhandenen geschützten Bäume, ihrem Standort und der Angabe des Stammumfanges

☒ Foto(s)

Für den gefälltten Baum / die gefälltten Bäume kann die erforderliche Ersatzpflanzung

vorgenommen werden:

auf dem o. g. Grundstück

☐ auf folgendem Grundstück:

Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort

Gemarkung

Flur-Nr.

Flurstück

☒ nicht vorgenommen werden:

Begründung: Städteseitiger Vertrag Kirchheim 2030 vom 20.11.2019

☐ Ich bitte um einen gemeinsamen Besichtigungstermin

Mir ist bekannt, daß die Maßnahmen erst begonnen werden dürfen, wenn der diesbezügliche, in der Regel gebührenpflichtige Bescheid der Gemeinde Kirchheim vorliegt.

Der Antrag wird um eine Stellungnahme des Umweltamtes ergänzt und anschließend in der Sitzung des Bauausschusses behandelt. Anträge sind deshalb rechtzeitig zu stellen. In der Regel tagt der Bauausschuss 1x im Monat.

Ort, Datum

Kirchheim, 06.08.2024

Projekt: Kirchheim 2030

☐ Protokoll ☒ Aktennotiz, Aktenzeichen, laufende Nummer: 63

☒ Ortstermine ☐ Besprechung ☐ Telefonat/Telefonkonferenz

Datum: Uhrzeit:

Ort: Kirchheim-Heimstetten, innere Ausgleichsfläche

Witterung:

Teilnehmer:

Herr Albert Lang			
------------------	--	--	--

Verteiler:

Per E-Mail am 01.10.24 an Herrn Josef Hermann (Gemeinde Kirchheim), Projektgruppe Kirchheim 2030 (Firma Bayerngrund).

Mit der Bitte an Herrn Josef Hermann (Gemeinde Kirchheim) zur Weiterleitung des Protokolls an Frau Melanie Miller (untere Naturschutzbehörde München Landkreis).

Monitoring des Idas-Bläulings auf der inneren Ausgleichsfläche. Das Protokoll baut auf die Protokoll-Nrn. 20, 50 und 58 im Projekt auf.

Auf der Grundlage des Umweltberichts des B-Plans 100 sowie in Abstimmung mit Herrn Josef Hermann (Gemeinde Kirchheim) erfolgt eine Zusammenfassung zur Entwicklung der inneren Ausgleichsfläche im Projekt Kirchheim 2030 (s. Abb. 1) auf Teilen der Flurstücke 8683/142/0 und 8683/142/4 (jetzt 8683/1374/0, 8683/1375/0 und 8683/1376/0), das Monitoring zum Idas-Bläuling (*Plebeius idas*) sowie das Maßnahmenkonzept bis September 2024.

Grundlagen:

Auszug aus dem Umweltbericht des B-Plan 100, S. 59: „Für die innerhalb des zentralen Biotopkomplexes vorkommenden seltenen Tagfalter- und Heuschreckenarten werden im engen räumlichen Zusammenhang entsprechende Ersatz-Habitate geschaffen. Das Ausgleichskonzept für die interne Ausgleichsfläche zwischen dem WR 14 und der Staatsstraße sieht den Erhalt vorhandener Ruderalfluren und die Neuschaffung von Magerrasen und mageren, lichten Saumbereichen mit Rohbodenstandorten vor. Die Herstellung und Pflege der internen Ausgleichsfläche ist an den Habitatansprüchen des Idas-Bläulings auszurichten.“

Auszug aus dem Umweltbericht des B-Plan 100, S. 64: „Die Durchführung der erforderlichen Vermeidungs-, CEF- und Ausgleichsmaßnahmen ist durch ein entsprechendes Monitoring-Programm zu überwachen.“

Das Ziel der internen Ausgleichsfläche ist die Herstellung eines Ersatzbiotops für den Schmetterling Idas-Bläuling (*Plebeius idas*), der mit einem guten Bestand im Planungsbereich „Wildnis“ der Landesgartenschau vorkommt. Der Falter ist in Bayern stark gefährdet (Rote Liste 2) und hat auf trocken-magerem Grünland im Umfeld Münchens einen Schwerpunkt seiner Verbreitung. Die Raupen fressen an Schmetterlingsblütlern und leben dann mit bestimmten Ameisen (*Lasius niger*, *Formica cinerea* u.a.) zusammen. Die Gehölze zur Straßenseite sollen mit ihrem kommenden Beeren-Reichtum Vögeln, vor allem der Klappergrasmücke, ein attraktiver Lebensraum sein.



Abb. 1: Ausschnitt des mit der unteren Naturschutzbehörde München Landkreis abgestimmten Pflanzplans zur Inneren Ausgleichsfläche. Die roten Rechtecke markieren die erfolgten Boden-Soden-Übertragungen.

Bisherige Maßnahmen

In enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde Landkreis München wurde die Detailplanung der internen Ausgleichsfläche angepasst, um rasch die Wirksamkeit für den Idas-Bläuling zu erreichen. Vom Westrand des Ursprungsbiotops in der „Wildnis“, im Bereich der Fortsetzung der Ludwigstraße, wurden am 17.09.20 vier mal vier ca. 1qm große Boden-Soden-Stücke auf die Ausgleichsfläche übertragen. Die Übertragung inklusive der Falter / Raupen ist geglückt: Nachweis 2021 von 13 Tieren. Zweifache Einsaat heimischer Gräser und Kräuter für einen Magerrasen und Saum. Zäunung.

Entwicklungsstand im Juli 2021 und Maßnahmenplanung:

Die Gehölzpflanzung auf der Wallkrone und der Straßenseite hat sich wegen des regenreichen Frühjahrs gut entwickelt, es gibt keinen erkennbaren Ausfall. Monitoring in 2022 fortsetzen.

Auf der Kies-Ebene lückiges, aber stetes Keimen der gewünschten Artengarnitur. Monitoring in 2022 fortsetzen.

Auf der Südböschung des Walls wachsen vor allem Klatsch-Mohn und Kornblume, vermutlich aus der Samenbank der eingebrachten Rotlage. Die Arten der Magerrasen- / Saum-Einsaat sind bislang nur vereinzelt zu sehen. Daher wird 2021 auf dem Wall die Einsaat wiederholt. Wegen des höheren Keimerfolgs ist ab Mitte August eine Mahdgutübertragung von geeigneten Spenderflächen in zwei Schritten geplant.

Entwicklung und Endzustand in 2022:

03.06.22: Nochmalige Einsaat am Wall zeigt Erfolg. Monitoring des Idas-Bläulings.

23.06.22: Monitoring des Idas-Bläulings. Bei einem Ortstermin der ÖBB mit Herrn Stephan Schwarz (uNB München Landkreis) gemeinsame Feststellung des guten Entwicklungsstands der Fläche in Bezug auf die Ziel-Gesellschaften und im Speziellen auf den Anteil der Nahrungspflanzen für den Idas-Bläuling. Abstimmung mit und Einverständnis durch die uNB München.

09.08.22: Heuschrecken-Kartierung durch Dipl.-Biol. Peter Kunze.

27.08.22: Monitoring des Idas-Bläulings.

24.11.22: Einweisung von Herrn Cramp (Firma May) zur Festlegung der abschnittswisen Mahd, am Wall und den Übertragungsflächen mit leichtem Gerät. Vor der Mahd Ausziehen / Ausstechen von *Erigeron annuus*. Abrechen und Abfuhr des Mahdguts. Keine Mahd auf Ruderalflächen am W- und O-Ende des Walls und Teilen der Übertragungsflächen, zur Schonung der Ameisen-Nester. Durchführung der Maßnahme.

05.12.22: Ortstermin zur Abnahme mit den oben genannten Teilnehmern. Besprechung der Entwicklungspflege bis Dezember 2024: Fortführung abschnittsweiser Mahd, der Zäunung und des Monitorings.

Entwicklung und Zustand im Juli 2023

Die Gehölzpflanzung auf der Wallkrone und der Straßenseite hat sich gut entwickelt, es gibt keinen erkennbaren Ausfall. Aufkommen von wenigen Neophyten, die entfernt werden sollen. Auf der Südböschung des Walls in Abschnitten Herden von Acker-Kratzdistel. Reichlich Müll.

20.06.23: Kein Nachweis. Grund ist vielleicht der Witterungsverlauf: kühles, nasses Frühjahr und darauffolgende anhaltende Trockenheit. 25.07.23: 3 Männchen Idas-Bläulinge. Nochmaliger Begang für Ende August geplant.

Entwicklung und Zustand im September 2024

Die Gehölzpflanzung auf dem Wall ist etabliert und benötigt keine weitere Pflege. Wüchsige Vegetation auf dem Wall und an seinen Enden mit Schmetterlingsblütlern (*Lotus corniculatus*, *Securigera varia*, *Medicago falcata* etc.). Auf der ebenen Fläche reichlich Wundklee (*Anthyllis vulneraria* s.l.) und Rispen-Flockenblume (*Centaurea stoebe*). Die 2020 übertragenen Boden-Soden-Flächen sind gut etabliert.

Bei drei Begängen kein Nachweis des Idas-Bläulings. Im Vergleich dazu ist im Altbiotop 7836-0019-001 am 26.06.24 der Nachweis zahlreicher Weibchen und Männchen geglückt. Innerhalb der Altbiotop-Fläche flogen auch andere Bläulings-Arten, wie etwa der Kurzschwänzige, der Gemeine und der Himmelblaue Bläuling. Sie wurden auch auf der Ausgleichsfläche in beiden Geschlechtern angetroffen.

Auch nach Räumungen immer wieder Müll in der Ausgleichsfläche (s. Abb. 9).

Tab. 1: Monitoring des Idas-Bläulings (*Plebeius idas*) für die Jahre 2021-24.

Ü-Fläche = Übertragungsflächen wie in der Abb. 1. m = Männchen, w = Weibchen.

Datum	Ruderalflur	Saum Wall	O-Ende Wall	Ü-Fläche 1	Ü-Fläche 2	Ü-Fläche 3	Ü-Fläche 4
06.06.21						2m	
25.06.21				1m		2m	6m, 4w
03.06.22	3m				2m		
23.06.22	1m, 4w	4m, 2w	1w				1w
27.08.22	2m	2m	4m	3m	3m	3m	
20.06.23							
25.07.23	1m	2m					
26.06.24							
23.07.24							
28.08.24							

Die Erfassungen fanden jeweils bei sonniger Witterung statt und dauerten jeweils mindestens eine halbe Stunde. Sicht-Nachweise und Kescherung. Die Nachweise des Idas-Bläulings im Jahr 2021 sind durch die Boden-Soden-Übertragungen befördert worden. Im Jahr 2022 zeigt sich eine Verstetigung der Nachweise. Vermutlich spielten die Witterungsverhältnisse eine ausschlaggebende Rolle, dass die Nachweise für den Idas-Bläuling in den Jahren 2023 und 2024 zurückgingen bzw. ausfielen. Der für viele Tagfalter-Arten ungünstige Witterungsverlauf war bayernweit zu beobachten: „Sehr auffallend war auch die Seltenheit vieler Bläulingsarten im Jahr 2023“ (Dumke, M., 14.01.2024, <https://www.tagfalterbayern.de/blog>, Arbeitsgemeinschaft Bayerische Entomologen e.V.). Auf die grundsätzliche Habitat-Eignung für Bläulings-Arten verweisen die Nachweise von Kurzschwänzigem, Himmelblauen, Gemeinen und Vogelwicken-Bläuling.

Bis 2023 fanden sich jeweils in den Übertragungsflächen und an den Wall-Enden (Ruderalflur am W-Ende, O-Ende Wall) Ameisen-Nester. Im Jahr 2024 sind auch auf der südexponierten Längsseite des Walls Ameisen-Boden-Nester von *Lasius niger* feststellbar. Eine Art, die für den Idas-Bläuling als Wirtsameise nachgewiesen ist.

Weitere Tagfalter-Nachweise im Jahr 2022:

Aglais urticae (Kleiner Fuchs),
Aphantopus hyperantus (Schornsteinfeger),
Colias hyale / alfacariensis (Weißklee- oder Hufeisen-Gelbling),
Lysandra bellargus (Himmelblauer Bläuling),
Melanargia galathea (Schachbrett),
Pieris brassicae (Großer Kohlweißling),
Polyommatus icarus (Gemeiner Bläuling),
Vanessa cardui (Distelfalter).

Weitere Tagfalter-Nachweise im Jahr 2024:

Aglais urticae (Kleiner Fuchs),
Aphantopus hyperantus (Schornsteinfeger),
Autographa gamma (Gamma-Eule),
Cupido argiades (Kurzschwänziger Bläuling), s. Abb. 6
Lysandra bellargus (Himmelblauer Bläuling), RLBay 3 gefährdet,
Melanargia galathea (Schachbrett),
Pieris brassicae (Großer Kohlweißling),
Pieris rapae (Kleiner Kohlweißling),
Polyommatus amandus (Vogelwicken-Bläuling),
Polyommatus icarus (Gemeiner Bläuling), s. Abb. 7
Vanessa cardui (Distelfalter).

Libellen-Nachweise im Jahr 2022:

Enallagma cyathigerum (Gemeine Becherjungfer),
Sympetrum flaveolum (Gefleckte Heidelibelle), RLBay 2 stark gefährdet.

Heuschrecken-Erfassung am 09.08.22 durch Dipl.-Biol. Peter Kunze:

Sphingonotus caeruleus (Blaufügelige Sandschrecke), nachträgliche Vermutung und Korrektur am 03.09.24 zu *Oedipoda caerulea* (Blaufügelige Ödlandschrecke): 12 Exemplare, RLBay 3 gefährdet,
Chortippus biguttulus (Nachtigall-Grashüpfer): zahlreich,
Chortippus brunneus (Brauner Grashüpfer): zahlreich.

Heuschrecken-Erfassung am 03.09.24 durch Dipl.-Biol. Peter Kunze:

Oedipoda caerulea (Blaufügelige Ödlandschrecke): 20m, 5w, RLBay 3 gefährdet,
Chortippus biguttulus (Nachtigall-Grashüpfer): 3m, 2w,
Chortippus brunneus (Brauner Grashüpfer): 3m, 3w.

Maßnahmenkonzept für die Entwicklungspflege bis Dezember 2024 (Stand 13.12.22):

1. Feldgehölze am Wall: Jährlich 2mal Ausmähen und Ausjäten zwischen der Pflanzung.
2. Ruderalflächen am West- und Ost-Ende des Walls: Jährliche Mahd ab 1. September abwechselnd auf jeweils ca. 50% der Fläche, Mahdgutabfuhr.
3. Übertragungsflächen: Jährliche Mahd ab 1. September abwechselnd auf jeweils ca. 50% der Fläche, Mahdgutabfuhr bzw. Nutzung zur Samen-Übertragung. Optional, z.B. bei Verfilzung, abschnittsweise Mahd vor dem 1. Mai mit Mahdgutabfuhr.
4. Saum-Gesellschaft am Wall: Jährliche Mahd ab 1. September abwechselnd auf jeweils ca. 75% der Fläche, Mahdgutabfuhr. Optional, z.B. bei Verfilzung, abschnittsweise Mahd vor dem 1. Mai mit Mahdgutabfuhr.
5. Schotterfläche: Jährliche Mahd ab 1. September, Mahdgutabfuhr.
6. Fortführung und ggf. Ausbesserung der Zäunung.

Mahd mit leichtem Gerät. Schnitthöhe auf Ameisen-Nester einstellen. Genereller Verzicht auf Dünger und Spritzmittel. Bekämpfung von Neophyten und unerwünschter Verbuschung. Regelmäßige Säuberung von Müll. Festlegung der Unterhaltungspflege ab Januar 2025 im Jahr 2024.

Maßnahmen für Ende Juli 2023 auf der Grundlage des Maßnahmenkonzepts aus Protokoll 50

1. Säuberung von Müll: Absammeln und Abtransport aus der Fläche.
2. Entfernung der Neophyten: Einjähriges Berufskraut (z.T. durch Autor erfolgt), Japan-Knöterich und Riesen-Chinaschilf inklusive Wurzeln entnehmen und in den Restmüll entsorgen.
3. Mahd der Bereiche mit Acker-Kratzdistel und das O-Ende des Walls mit leichtem Gerät. Abrechen und Abfuhr des Mahdguts. Keine Mahd auf Ruderalflächen am W-Ende des Walls und den Übertragungsflächen, zur Schonung der Ameisen-Nester.

Erfolgte Maßnahmen von Januar bis September 2024

1. Säuberung von Müll: Absammeln und Abtransport aus der Fläche.
2. Entfernung der Neophyten: Einjähriges Berufskraut (z.T. durch Autor erfolgt, s. Abb. 10), Japan-Knöterich und Goldrute inklusive Wurzeln entnehmen und in den Restmüll entsorgen.
3. Mahd: Aussetzung bis zur Klärung des weiteren Vorgehens.
4. Anregung einer zweiten Boden-Soden-Übertragung aus dem Altbiotop, in dem 2024 der Idas-Bläuling nachgewiesen wurde. Zustimmung der beteiligten Bauträger und der Gemeinde.



Abb. 3: Übertragungsflächen in die Ausgleichsfläche am 17.09.20. Blick nach Osten.¹



Abb. 4: Entwicklungsstand der Vegetation auf der Ausgleichsfläche am 03.06.22. Blick nach Westen.



Abb. 5: Entwicklungsstand der Vegetation auf der Ausgleichsfläche am 26.06.24. Blick nach Westen.



Abb. 6: Kurzschwänziger Bläuling (*Cupido argiades*, Männchen) am 28.08.24 auf der Ausgleichsfläche.



Abb. 7: Gemeiner Bläuling (*Polyommatus icarus*, Männchen) am 23.07.24 auf der Ausgleichsfläche.



Abb. 8: Bodennest der Schwarzen Wegameise (*Lasius niger*) am südexponierten Wall, 23.07.24.

¹ Alle Fotos vom Verfasser.

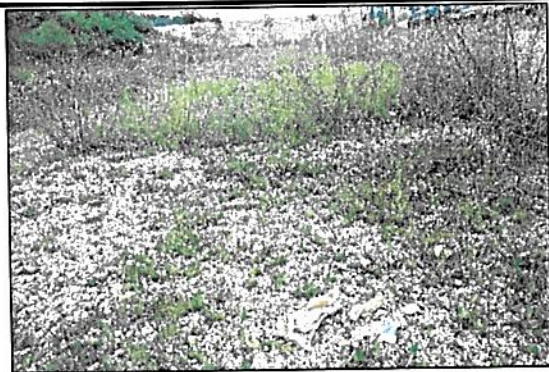


Abb. 9: Müll in der Ausgleichsfläche, 23.07.24.

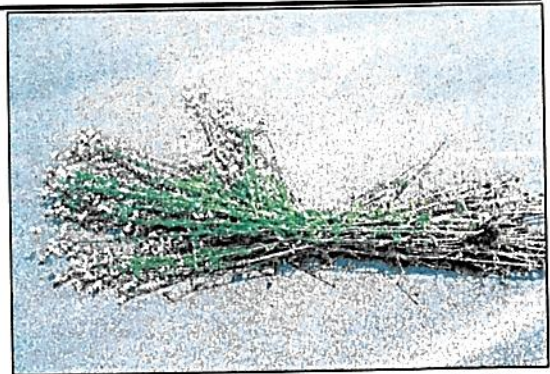


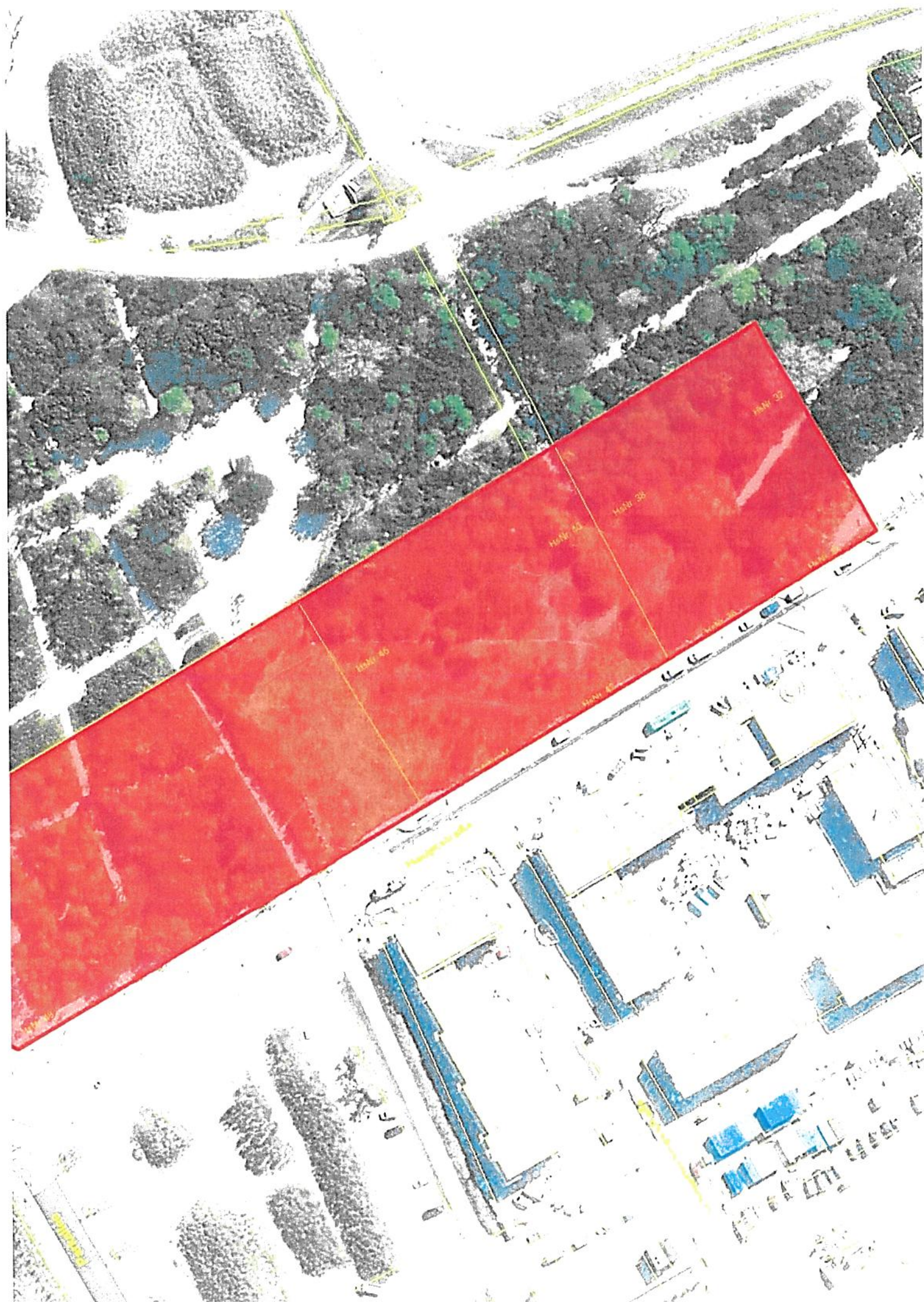
Abb. 10: Vom Autor von der Ausgleichsfläche entnommene Berufkräuter (*Erigeron annuus*), 26.06.24.

Zur Gewährleistung der Abstimmung und eines verlässlichen Ablaufs bitte etwaige Änderungswünsche zum Protokoll / zur Aktennotiz spätestens 7 Tage nach Versand schriftlich (E-Mail, Fax) an den Unterzeichner senden. Nach dieser Frist gilt das Protokoll / die Aktennotiz von den Personen des Verteilers als akzeptiert. Vielen Dank!

München, den 01.10.2024

gez.

Dipl.-Biol. Albert Lang,
Naturschutz und Mediation





Maßstab 1:2500

Erstellt von: Gemeinde Kirchheim

16.09.2024



This is a detailed site plan map of a residential development. The map shows various lots, some of which are shaded in green, yellow, and orange. A large green area is labeled 'B' and 'C'. A road is labeled 'B. P. W. St'. The map includes a north arrow in the top right corner.

**Kirchheim 2030 - Ortsentwicklung
Florbittische Bestandserfassung
BESTAND**

Gemeinde Kirchheim
Münchner Straße 6
85531 Kirchheim b. München
Tel. 089 89 99080

priglasenosti št. 142/1995
R. registrirane 7. 84163 Mark
tel 08132-2763, fax -8396

17.11.2017
1.2500

Projekt: Kirchheim 2030

☒ Protokoll ☐ Aktennotiz, Aktenzeichen, laufende Nummer: 67

☒ Ortstermine ☐ Besprechung ☐ Telefonat/Telefonkonferenz

Datum: 25.10.24 Uhrzeit: 09.00 – 09.30, 12.00 – 13.00

Ort: Kirchheim-Heimstetten, Altbiotop und innere Ausgleichsfläche

Witterung: zunächst neblig, dann sonnig.

Teilnehmer (* = zeitweise):

Dr. Constanze Friemert*	Verein IG Wall
Herr Roland Mühlberger*	Firma May

Herr Albert Lang	

Verteiler:

Per E-Mail am 27.10.24 an Herrn Stephan Keck, Herrn Josef Hermann (Gemeinde Kirchheim), Projektgruppe Kirchheim 2030 (Firma Bayerngrund), Herrn Christoph May (Firma May), Vorstand Verein IG Wall, Herrn Dieter Weinbrenner (Büro Weinbrenner), Frau Anja Drechsler (LGS Kirchheim 2024), Frau Melanie Miller (uNB München Land), Frau Marlene Zwicknagel (Regierung von Oberbayern).

Zweite Mahdgut-Übertragung vom Altbiotop 7836-0019-001 auf die innere Ausgleichsfläche, um Idas-Bläuling-Vorkommen vor der Baufeldräumung umzusiedeln. Die innere Ausgleichsfläche im Projekt Kirchheim 2030 liegt auf Teilen der Flurstücke 8683/142/0 und 8683/142/4 (jetzt 8683/1374/0, 8683/1375/0 und 8683/1376/0).

Das Protokoll baut auf die Protokoll-Nrn. 20, 50, 58 bis 63 und 65 bis 66 im Projekt auf.



Abb. 1: Ausschnitt des mit der unteren Naturschutzbehörde München Landkreis abgestimmten Pflanzplans zur inneren Ausgleichsfläche. Die roten Rechtecke markieren die erfolgten Boden-Soden-Übertragungen aus dem September 2020. Die blauen Kreuze markieren die Standorte der zusätzlichen Übertragungen am 16.10.24. Dort erfolgte auch die Ablage des Mahdputs aus dem Altbiotop am 25.10.24. Auf den rechten Standort wurde ein Ameisennest übertragen.

Projekt: Kirchheim 2030

Protokoll/Aktennotiz Nr. 67 vom 27.10.24

Zusammenfassung:

Die in Protokoll 65 festgelegte Anforderung der Mahdgut-Übertragung wurde am 16.10.24 umgesetzt. In Abstimmung mit Frau Dr. Friemert (Verein IG Wall) wurde am 25.10.24 eine zweite umfangreichere Mahdgut-Übertragung angeschlossen. Dazu wurden einvernehmlich die Übertragungsflächen festgelegt und das Mahdgut von der ÖBB mittels Heckenschneider und Schubkarren auf die Ausgleichsfläche transportiert. Es wurde darauf geachtet, keine Neophyten oder Störzeiger-Pflanzen mitzunehmen. Damit hat sich die Wahrscheinlichkeit erhöht, an Pflanzen haftende Bläulings-Eier auf die Ausgleichsfläche übertragen zu haben.

Zur Optimierung der Habitat-Eigenschaften der Ausgleichsfläche für Ameisen wurden zwei Bodenplatten aus dem Altbiotop in die Ausgleichsfläche gebracht.

Die Flächen des Altbiotops dürfen nun mit schwerem Gerät befahren werden.

Die Bekämpfung der Neophyten auf der Ausgleichsfläche ist eine fortlaufende Pflegeaufgabe.



Abb. 2: Am SW-Rand des Altbiotops 7836-0019-001 erfolgt am Rand der bereits umgesetzten Boden-Soden-Übertragung die vorsichtige Mahd mit Heckenschneider und der Abtransport des Mahdguts mit Schubkarren in die Ausgleichsfläche.¹



Abb. 3: Mahd entlang des Weges, wo weitere Ei-Ablagen beobachtet wurden.



Abb. 4: Eine weitere Mahdgut-Übertragungsfläche im Altbiotop.



Abb. 5: Ablage des Mahdguts im Bereich der neuen Boden-Soden-Übertragungen der Ausgleichsfläche.

¹ alle Fotos vom Verfasser vom 25.10.24, wenn nicht anders angegeben.

Projekt: Kirchheim 2030

Protokoll/Aktennotiz Nr. 67 vom 27.10.24

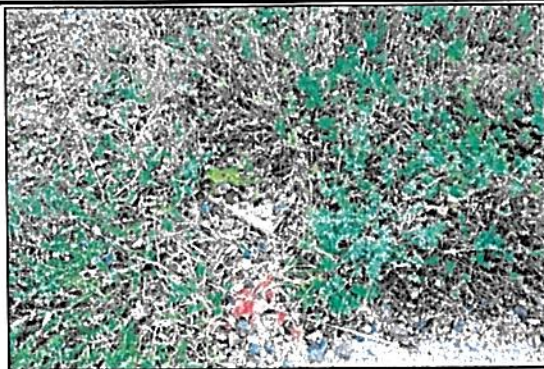


Abb. 6: Eingewachsene Bodenplatte im Altbiotop, unter der ein Ameisennest zu erkennen war.



Abb. 6: Am unteren Bildrand ist der Einbau der Platten aus dem Altbiotop in die östlichste Boden-Soden-Übertragung der Ausgleichsfläche zu sehen, mit der am 16.10.24 ein Ameisennest umgezogen wurde.

Zur Gewährleistung der Abstimmung und eines verlässlichen Ablaufs bitte etwaige Änderungswünsche zum Protokoll / zur Aktennotiz spätestens 7 Tage nach Versand schriftlich (E-Mail, Fax) an den Unterzeichner senden. Nach dieser Frist gilt das Protokoll / die Aktennotiz von den Personen des Verteilers als akzeptiert. Vielen Dank!

München, den 27.10.2024,
gez. Dipl.-Biol. Albert Lang,
Naturschutz und Mediation

7. EU-Ausschreibung Sammlung und Transport von Papier, Pappe und Kartonagen (PPK): Erteilung des Zuschlags

Sachverhalt:

Der Vertrag über die Sammlung und den Transport von Papier, Pappe und Kartonagen (PPK) aus der Gemeinde Kirchheim zu den Verwertungseinrichtungen endet zum 31.01.2025. Die Leistung wurde europaweit im offenen Verfahren für einen dreijährigen Zeitraum mit Option auf Verlängerung ausgeschrieben. Dabei wurde die Leistungsbeschreibung um die 14-tägige Leerung der 120 l und 240 l Papiertonnen ergänzt. Bisher fand die Leerung der 120 l und 240 l Papiertonnen nur monatlich statt.

Am 14.08.2024 wurde die Bekanntmachung der Ausschreibung auf der Vergabeplattform veröffentlicht. Bis zum Submissionstermin am 23.09.2024 gingen insgesamt vier Angebote ein. Nach Prüfung durch die Fa. ia GmbH ergibt sich ein Bestbieter. Da es sich um ein noch laufendes Vergabeverfahren handelt, dürfen in der öffentlichen Sitzung keine Angaben zu Bewerbern und deren Angebotsinhalten gemacht werden. Den Vergabevorschlag finden Sie in den nichtöffentlichen Sitzungsunterlagen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den Auftrag für die Sammlung und den Transport von Papier, Pappe und Kartonagen (PPK) aus der Gemeinde Kirchheim b. München an den wirtschaftlichsten Bieter zu vergeben. Der Vergabevorschlag aus den nichtöffentlichen Sitzungsunterlagen wird Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmung:

Anwesende: 21 Ja: 21 Nein: 0

Anmerkung:

GRM Dr. Hausladen und Proffert nehmen nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

8. Abfallgebühren: Erlass einer neuen Gebührensatzung für die öffentliche Abfallentsorgung

Sachverhalt:

Zuletzt wurden die Abfallgebühren mit Wirkung zum 01.01.2022 angepasst. Der Kalkulationszeitraum belief sich dabei auf die Jahre 2021-2024. Dies entspricht der vorgegebenen Höchstdauer nach Art. 8 Abs. 6 Satz 1 Kommunalabgabengesetz (KAG). Für die Erhebung von Abfallgebühren ab dem Jahr 2025 ist eine Neukalkulation notwendig. Anfang des Jahres wurde deshalb der Bayerische Kommunale Prüfungsverband (BKPV) mit der Neukalkulation der Abfallgebühren für den Kalkulationszeitraum 2025-2028 beauftragt. Auf das Gutachten sowie die Anlagen zum Gutachten wird verwiesen. Diese finden sich in der Anlage.

Nach Art. 8 Abs. 2 Satz 2 KAG soll das Gebührenaufkommen grundsätzlich die ansatzfähigen Kosten decken (Kostendeckungsgebot). Ebenso sollen Kostenüberdeckungen bzw. Kostenunterdeckungen des vorangegangenen Kalkulationszeitraums im nächsten Kalkulationszeitraum ausgeglichen werden. Bei der Nachkalkulation des vorangegangenen Kalkulationszeitraums 2021-2024 hat sich herausgestellt, dass die im Zeitraum 2022 – 2024 erhobenen Gebühren nicht kostendeckend waren. Die entstandene Unterdeckung in Höhe von 926.728,53 € ist daher im nachfolgenden Kalkulationszeitraum auszugleichen.

Ausschlaggebende Gründe für die notwendige Erhöhung der Gebühren:

- Starker Anstieg der Entsorgungsgebühr für Bioabfälle (+ 112%)
- Diverse Preissteigerungen (z.B. Transport von Restmüll, Biomüll)
- Kostensteigerungen externer Betrieb Wertstoffhof (unvorhergesehener Betreiberwechsel)
- Ab 2025 deutlich steigende Kosten bei der Verbrennung der Abfälle zur Beseitigung (CO₂-Abgabe)

Im Rahmen der Kalkulation wurde außerdem geprüft, inwiefern sich die Erhebung von Kleingebühren am Wertstoffhof auf die jährlichen Abfallgebühren auswirkt. Es hat sich herausgestellt, dass ein Verzicht auf die Erhebung von Kleingebühren am Wertstoffhof nur einen sehr geringfügigen Einfluss (~ 0,5 %) auf die Jahresgebühr hat. Aus Gründen des geringeren Verwaltungsaufwands empfiehlt die Verwaltung, künftig keine Kleingebühren mehr am Wertstoffhof zu erheben. Damit wäre die Gemeinde Kirchheim auch nicht die einzige Gemeinde im Landkreis München. Unter anderem erheben die Gemeinden Aschheim, Ismaning und Unterföhring ebenfalls keine Gebühren für die Anlieferung am gemeindlichen Wertstoffhof. Dadurch ist zumindest nicht damit zu rechnen, dass Anwohner der Nachbargemeinde eine kostenlose Entsorgung am Wertstoffhof der Gemeinde Kirchheim bevorzugen. Die Ausweiskontrolle soll trotzdem entsprechend verschärft werden. Bei einem Wegfall der Gebühr erhofft sich die Verwaltung außerdem Kosteneinsparungen bei der Beseitigung von unzulässig abgelagerten Abfällen im Gemeindegebiet. Durch die Festsetzung von Freimengen je Anliefertag soll ein überproportionaler Anstieg der Anliefermengen vermieden werden. Die Freimengen wurden in Absprache mit dem Wertstoffhofpersonal festgelegt. Der Betreiber des Wertstoffhofs gewährt der Gemeinde bei einem Wegfall der Gebühren am Wertstoffhof zudem einen Nachlass von 1,6 %. Dies ist bereits in der Kalkulation berücksichtigt.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Jahresgebühr der verschiedenen Behälterklassen der beiden Kalkulationszeiträume:

Behälterklasse	Volumen	Leerungen	Gebühr pro Jahr	
			2021-2024	2025-2028
RM 60 Liter, 14-tägige Leerung	60	26	99,00 €	149,16 €
RM 80 Liter, 14-tägige Leerung	80	26	132,00 €	198,84 €
RM 120 Liter, 14-tägige Leerung	120	26	198,00 €	298,20 €
RM 240 Liter, 14-tägige Leerung	240	26	396,00 €	596,40 €
RM 80 Liter, 7-tägige Leerung	80	52	264,00 €	397,68 €
RM 120 Liter, 7-tägige Leerung	120	52	369,00 €	596,40 €
RM 240 Liter, 7-tägige Leerung	240	52	791,00 €	1.192,92 €
RM 1.100 Liter, 7-tägige Leerung	1.100	52	3.626,00 €	5.467,56 €
Restmüllsack, 120 Liter, einmalig	120	1	6,50 €	9,70 €
Windelsack, 70 Liter, einmalig	70	1	3,50 €	5,40 €

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt den vorliegenden Entwurf der Gebührensatzung für die öffentliche Abfallentsorgung in der Gemeinde Kirchheim b. München in der Fassung vom 25.10.2024 als neue Satzung. Der Satzungsentwurf, der der Sitzungsniederschrift beigelegt wird, wird Bestandteil dieses Beschlusses.

Die Verwaltung wird beauftragt, den vorgelegten Entwurf auszufertigen und ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmung:

Anwesende: 22

Ja:

22

Nein:

0

Anmerkung:

GRM Dr. Hausladen nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Gutachten

über die Ermittlung der Gebührensätze 2025 bis 2028
für die Benutzung der Abfallwirtschaftseinrichtung der

Gemeinde Kirchheim b.München
(Landkreis München)

Bayerischer Kommunaler
Prüfungsverband

BKPV

Bayerischer Kommunaler Prüfungsverband
Renatastraße 73, 80639 München
Telefon: (089) 1272-0, Telefax: (089) 1272 883
E-Mail: poststelle@bkpv.de

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Auftrag	3
2. Rechtliche Grundlagen	4
3. Ermittlung des Gebührenbedarfs	6
3.1 Allgemeines	6
3.2 Über-/Unterdeckungen aus vorherigem Bemessungszeitraum.....	6
3.2.1 Allgemeines	6
3.2.2 Betriebsergebnisse des vorangegangenen Kalkulationszeitraums	7
3.3 Kalkulationszeitraum	9
3.4 Kostenvorschau und Erläuterung wesentlicher Kostenarten	9
3.4.1 Kalkulatorische Kosten	9
3.4.2 Personal- und Sachkosten	10
4. Ermittlung der Gebührensätze für die Benutzung der Abfallentsorgungseinrichtung	11
4.1 Allgemein.....	11
4.2 Gebühren für weitere Abfallarten, die nicht kostendeckend festgesetzt werden.....	12
4.3 Gebührensätze	12
4.4 Verprobung	13
5. Abschließende Bemerkung	14

Anlagen

- 1 Ergebnisse der Nachkalkulationen und Ergebnisausgleich
- 2 Erlöse, Kosten und Gebührenbedarf im Bemessungszeitraum
- 3 Ermittlung der Behälterzahlen und Leerungsvolumina
- 4 Ermittlung der Hausmüllgebühren

1. Auftrag

Die Gemeinde Kirchheim b.München beauftragte uns mit der Erstellung einer Gebührenkalkulation für die Benutzung ihrer öffentlichen Abfallentsorgungseinrichtung für den Zeitraum 2025 bis 2028 (Vorkalkulation). Unsere Berechnungen beruhen weitgehend auf Zahlenmaterial sowie Auskünften der Verwaltung.

Mit der Ausarbeitung des Gutachtens war unser Prüfer Eder beauftragt. Die Arbeiten hierzu wurden in der Zeit vom 08.03.2024 bis 29.08.2024 erbracht.

Die für die Erfüllung des Auftrags notwendigen Berechnungen, die der Verwaltung überlassen wurden und die diesem Bericht beigegebenen Anlagen 1 bis 4 wurden mit Hilfe von MS-Excel erstellt; mögliche programmbedingte, geringe Rundungsdifferenzen in den Anlagen haben wir nicht bereinigt.

Unser Prüfer hat am 29.08.2024 das Ergebnis unserer Beratung - nach dem Entwurf des Gutachtens - dem Leiter des Sachgebiets Umwelt, Energie und Abfallwirtschaft, Herrn Josef Hermann, erläutert.

2. Rechtliche Grundlagen

Der Landkreis München hat als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger i.S. von Art. 3 Abs. 1 BayAbfG mit Verordnung¹ nach Art. 5 Abs. 1 Satz 1 BayAbfG die Aufgaben des Einsammelns und Beförderns von Abfällen auf seine kreisangehörigen Gemeinden übertragen. Die Gemeinden haben das Recht, für die ihnen übertragenen Aufgaben Satzungen zu erlassen und Gebühren zu erheben (§ 4 Abs. 1 ÜVO). Nach § 4 Abs. 2 ÜVO enthalten die Gebühren auch die Verwaltungs- und Entsorgungskosten des Landkreises, die von den Gemeinden zu erstatten sind.²

Die kommunale Abfallwirtschaft ist in der Satzung über die Vermeidung, Verwertung und das Einsammeln und das Befördern von Abfällen in der Gemeinde Kirchheim b. München (AbfS) vom 15.04.1998 geregelt.

Die Abfallgebühren ergeben sich aus der Gebührensatzung für die öffentliche Abfallentsorgung in der Gemeinde Kirchheim b. München (AbfGS vom 09.11.2021).

Die Abfallentsorgungsgebühr für die Hausmüllentsorgung bemisst sich nach der Größe der zur Leerung bereitgestellten Restmüllgefäße. Die Gebührensätze betragen derzeit nach § 5 Abs. 1 AbfGS jährlich:

a) bei 14-tägiger Leerung

1. einer Müllnormtonne mit 60 Liter	99,00 €
2. einer Müllnormtonne mit 80 Liter	132,00 €
3. einer Müllnormtonne mit 120 Liter	198,00 €
4. einer Müllnormtonne mit 240 Liter	396,00 €

b) bei wöchentlicher Leerung

1. einer Müllnormtonne mit 80 Liter	264,00 €
2. einer Müllnormtonne mit 120 Liter	396,00 €
3. einer Müllnormtonne mit 240 Liter	791,00 €
4. einer Müllnormtonne mit 1.100 Liter	3.626,00 €

¹ Rechtsverordnung des Landkreises München zur Übertragung der Aufgabe „Einsammeln und Befördern von Abfällen“ auf die Städte Garching b.München und Unterschleißheim, die Gemeinden des Landkreises München und den Zweckverband München-Südost (Übertragungsverordnung - ÜVO) vom 16.06.1994 (Amtsblatt des Landkreises München Nr. 18 vom 27.06.1994), geändert durch Verordnung vom 14.05.2010 (Amtsblatt des Landkreises München Nr. 11 vom 26.05.2010).

² vgl. Art. 7 Abs. 3 BayAbfG

Nach § 5 Abs. 2 bis 8 AbfGS erhebt die Gemeinde weitere Gebühren, z.B. für Windsäcke mit 70 Liter Volumen 3,50 €, für zusätzliche Restmüllsäcke mit 120 Liter Volumen 6,50 €, für die Anlieferung verschiedener Abfallarten am Wertstoffhof oder die Sperrmüllabholung.

3. Ermittlung des Gebührenbedarfs

3.1 Allgemeines

Nach Art. 7 Abs. 5 BayAbfG gelten für die Abgabenerhebung die Bestimmungen des Art. 2 Abs. 1 und 2, Art. 5, 8 und 12 bis 17 KAG nach Maßgabe der Bestimmungen in Art. 7 Abs. 5 Nrn. 1 bis 6 BayAbfG entsprechend.

Nach Art. 8 Abs. 2 Satz 1 KAG soll das Gebührenaufkommen die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten decken. Da für die Abfallentsorgung Benutzungszwang besteht, soll das Gebührenaufkommen die ansatzfähigen Kosten nicht übersteigen (Art. 8 Abs. 2 Satz 2 KAG).

Zu den ansatzfähigen Kosten gehören insbesondere die Betriebskosten im engeren Sinn (Personal- und Sachkosten), die Kosten der Verwaltung und Unterhaltung, die Kosten, die dem Landkreis München als weiterem Träger der Abfallwirtschaft entstehen (vgl. Art. 7 Abs. 2 Satz 3 BayAbfG i.V. mit § 4 Abs. 2 ÜVO), sowie angemessene Abschreibungen und die kalkulatorischen Zinsen für das Anlagekapital (vgl. Art. 8 Abs. 3 Satz 1 KAG). Im Rahmen unserer Untersuchungen haben wir die von der Verwaltung vorgelegten Zahlen und sonstigen Angaben auf ihre Plausibilität geprüft. Aus Zeitgründen haben wir nur stichprobenartig untersucht, ob die Kosten und Erlöse im Einzelfall richtig und vollständig ermittelt wurden, sowie ob der Grundsatz der sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung (Art. 61 Abs. 2 GO) beachtet wurde. Soweit aufgrund unserer stichprobenartigen Prüfungshandlungen Korrekturen erforderlich erschienen, wurden diese von der Verwaltung umgesetzt.

Das Kostendeckungsprinzip ist primär kein Abrechnungsgrundsatz, sondern eine bloße Veranschlagungsmaxime. Sein Sinn ist es also regelmäßig nicht, nachträglich Gebührenaufkommen und Kosten rechnerisch genau gegenüberzustellen, um dann festzustellen, inwieweit eine Differenz als Über- oder Unterdeckung eine Verletzung des Kostendeckungsgrundsatzes darstellt. Vielmehr handelt es sich dabei um einen „Vorkalkulationsgrundsatz“, nach dem das voraussichtliche Gesamtgebührenaufkommen die voraussichtlichen Kosten, jeweils einem bestimmten Zeitabschnitt periodengerecht zugeordnet, nicht überschreiten darf.

3.2 Über-/Unterdeckungen aus vorherigem Bemessungszeitraum

3.2.1 Allgemeines

Nach Art. 8 Abs. 6 Satz 2 KAG sind Kostenüberdeckungen, die sich am Ende des Bemessungszeitraums für eine Gebührenkalkulation ergeben, innerhalb des folgenden

Kalkulationszeitraums auszugleichen; Kostenunterdeckungen sollen in diesem Zeitraum ausgeglichen werden.

Um die Über- oder Unterdeckungen des Vorkalkulationszeitraums feststellen zu können, ist es notwendig, eine sog. Nachkalkulation durchzuführen, in welcher die Betriebsergebnisse für diesen Zeitraum ermittelt werden.

Als Nachkalkulationszeitraum kann grundsätzlich der Zeitraum angesehen werden, der zwischen dem Beginn des Kalkulationszeitraums der letzten Kalkulation der Gebührensätze und dem Beginn des neuen Kalkulationszeitraums (01.01.2025) liegt. Auskunftsgemäß erließ der Gemeinderat die Gebührensatzung abweichend vom Kalkulationszeitraum erst zum 01.01.2022, weil das offizielle Kalkulationsgutachten nicht rechtzeitig bei der Gemeinde einging. Für 2021 wurden daher die Gebührensätze beibehalten, die offenbar nicht kostendeckend waren. Solche bewusst in Kauf genommenen Gebührenunterdeckungen können nicht in den Ausgleich nach Art. 8 Abs. 6 KAG einbezogen werden.³

Dieser Zeitraum (2022 bis 2024 = drei Jahre) entspricht der in Art. 8 Abs. 6 Satz 1 KAG vorgegebenen Höchstdauer, nach der der für die Gebührenbemessung gewählte mehrjährige Zeitraum vier Jahre nicht überschreiten soll.

3.2.2 Betriebsergebnisse des vorangegangenen Kalkulationszeitraums

Wir ermittelten zusammen mit der Verwaltung aus der Jahresrechnung 2022 das Betriebsergebnis. Für die Jahre 2023 und 2024 ermittelten wir aus den vorhandenen Buchungsdaten vorläufige Betriebsergebnisse, die im Zuge der nächsten Kalkulation durch die tatsächlichen Erlöse und Kosten ersetzt werden sollten.

Insbesondere die starke Erhöhung der Verwertungsentgelte für Bioabfälle durch den Landkreis München zum 01.01.2023 führten zu erheblichen Abweichungen von der Vorkalkulation.

Dabei nahmen wir gegenüber den Jahresrechnungen im Wesentlichen folgende Änderungen vor:

³ vgl. FSt 156/1993

- Entsprechend der Rechtsprechung⁴ gliederten wir deshalb sowohl die Erlöse als auch die Kosten der gewerblichen Tätigkeit aus der Zusammenarbeit der Gemeinde mit den Systemen zur Verpackungsentsorgung aus.
- Die Beseitigung unerlaubter Abfallablagerungen (Art. 7 Abs. 5 Nr. 4 BayAbfG) im Rahmen der Aktion „Ramadama“ sowie die Mieteinnahmen für Textilcontainer waren in einem anderen Haushaltsabschnitt gebucht; wir gliederten die Kosten hierfür in den Gebührenbedarf ein.
- Die jährlichen Beiträge zum Unterstützungsfonds nach Art. 13 a BayBodSchG sind nicht gebührenfähig. Diese können nicht über Abfallgebühren gedeckt werden. Nach Art. 13 a Abs. 1 BayBodSchG tragen der Freistaat Bayern und die kreisangehörigen Gemeinden die Erkundungs- und Sanierungskosten für gemeindliche Hausmülldeponien, in die überwiegend Abfälle aus privaten Haushaltungen eingebracht wurden und die von kreisangehörigen Gemeinden betrieben wurden, sofern nicht Landkreise oder kreisfreie Gemeinden als entsorgungspflichtige Körperschaften i.S. des Art. 3 Abs. 1 Bayerisches Abfallwirtschaftsgesetz die Inhaberstellung übernommen haben. Zur Erkundung und Sanierung der ehemaligen gemeindlichen Hausmülldeponien waren die kreisangehörigen Gemeinden bereits vor der Einführung des Unterstützungsfonds verpflichtet. Mit der Einführung des Fonds wurde die - bis dahin ausschließlich von den Gemeinden zu gewährleistende - Finanzierung dieser Maßnahmen und die Beteiligung des Freistaates Bayern hieran neu geregelt.
- Ausgaben des Vermögenshaushaltes, die als geringwertige Wirtschaftsgüter nicht aktiviert werden müssen (vgl. 2.21 AllZVKommGrPl i.V.m. § 6 Abs. 2 Satz 1 EStG), gliederten wir in die laufenden Kosten ein.

Wir nahmen die notwendigen Änderungen in den Betriebsabrechnungen vor und ermittelten unter Berücksichtigung der für die Jahre 2023 und 2024 voraussichtlich zu erwartenden Ergebnisse Gesamtunterdeckungen von rd. 927 T€ (einschließlich Verzinsung)⁵. Über- oder Unterdeckungen aus dem Zeitraum vor 2021 wurden von der Gemeinde nicht ermittelt und sind deshalb in diesem Vortrag nicht enthalten.⁶

Die festgestellten Unterdeckungen stellten wir in den neuen Kalkulationszeitraum ein, verzinsten sie bis zu dessen Ende weiter und glichen sie rechnerisch aus (vgl. Anlage 1 und 2).

⁴ vgl. BayVGh, Urteil vom 08.05.1996, Az. 4 N 94.2754, GK 6/1997 Ziff. 4, Urteil vom 20.10.1997, Az. 4 N 95.3631, FSt 232/1998 Ziff. 4, Urteil vom 02.03.2000, Az. 4 N 99.68, GK 164/2000

⁵ vgl. BayVGh, Urteil vom 20.10.1997, Nr. 4 N 95.3631, FSt 232/1998; BKPv, Geschäftsbericht 1997, S. 31

⁶ vgl. BVerwG, Urteil vom 27.11.2019 - 9 CN 1.18

3.3 Kalkulationszeitraum

Nach Art. 8 Abs. 6 Satz 1 KAG können bei der Gebührenbemessung die Kosten für einen mehrjährigen Zeitraum berücksichtigt werden, der jedoch höchstens vier Jahre umfassen soll. Die Verwaltung beabsichtigt, den Gebührenbedarf für den Zeitraum 2025 bis 2028 im Voraus zu ermitteln. Der gewählte Kalkulationszeitraum liegt in dem in Art. 8 Abs. 6 Satz 1 KAG vorgegebenen Rahmen und ist grundsätzlich beizubehalten. Eine vorzeitige Neukalkulation dürfte nur bei wesentlichen Änderungen der Kalkulationsgrundlagen zulässig sein.⁷

3.4 Kostenvorschau und Erläuterung wesentlicher Kostenarten

Bei einer sachgerechten Kalkulation der Gebührensätze sind alle ansatzfähigen Kosten ordnungsgemäß zu ermitteln und durch die Summe der Maßstabseinheiten zu teilen.

Die Ermittlung künftiger in einer Vorkalkulation ansatzfähiger Kosten schließt eine Reihe von Schätzungen, Prognosen, Wertungen, Überlegungen und Entscheidungen mit ein. Dabei ist neben der örtlich festzustellenden gesonderten Kostenentwicklung (z.B. Auswirkungen der Veränderung des Anlagevermögens auf die kalkulatorischen Kosten oder Auswirkungen des Personalstands auf die Personalkosten), insbesondere bei einer mehrjährigen Kalkulation der Gebührensätze, auch die allgemeine Kostensteigerung zu berücksichtigen.

Wir haben die von der Verwaltung in den einzelnen Jahren des Kalkulationszeitraums erwarteten Erlöse und Kosten auf Plausibilität geprüft und soweit notwendig angepasst. Sie sind in der Anlage 2 dargestellt.

3.4.1 Kalkulatorische Kosten

Zu den nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen in der Gebührenkalkulation ansatzfähigen Kosten gehört neben angemessenen Abschreibungen auch eine angemessene Verzinsung des Anlagekapitals (Art. 8 Abs. 3 Satz 1 KAG). Von der Möglichkeit, die Abschreibungen nach dem Wiederbeschaffungszeitwert zu berechnen (Art. 8 Abs. 3 Satz 2 Alternative 2 KAG), machten wir keinen Gebrauch. Staatliche Zuwendungen (Art. 8 Abs. 3 Satz 2, 2. Halbsatz KAG) wurden der Gemeinde für die Abfallwirtschaft nicht gewährt.

⁷ vgl. FSt 156/1993 und BayVGh, Urteil vom 20.10.1997, Nr. 4 N 95.3631, a.a.O.

Die kalkulatorischen Zinsen wurden nach der sog. Halbwertmethode ermittelt. Dabei sind wir im Einvernehmen mit der Verwaltung von einem Zinssatz von 3,0 % ausgegangen, der nach den örtlichen Verhältnissen angemessen sein dürfte.⁸

3.4.2 Personal- und Sachkosten

Wir setzen jährlich geringfügig steigende Personal- und Sachkosten an, soweit sich nicht eine andere Entwicklung, z.B. durch Tarifabschlüsse oder Vertragsänderungen, abzeichnete.

Insbesondere durch die sog. CO₂-Abgabe (§ 2 Abs. 2a i.V. mit § 10 BEHG⁹) erwartet die Gemeinde 2025 deutlich steigende Kosten bei der Verbrennung der Abfälle zur Beseitigung.

Die Ergebnisse der zum Zeitpunkt unserer Beratung laufenden Ausschreibung für die Papierentsorgung konnten wir in unseren Planungen nicht mehr berücksichtigen. Die Kosteneffekte durch die Umstellung auf eine 14-tägige Leerung der Papiertonnen haben wir hingegen eingeplant.

Die seit dem ersten Halbjahr 2022 verstärkten Preissteigerungen für Energie und Erzeugerpreise erschweren eine zuverlässige Kostenvorschau erheblich. Sollten sich während des Kalkulationszeitraums erhebliche Abweichungen zu unserer Prognose einstellen, sollte die Verwaltung eine vorzeitige Unterbrechung des Kalkulationszeitraums prüfen.

⁸ vgl. Geschäftsbericht BKPV 2003, S. 18 ff.

⁹ Gesetz über einen nationalen Zertifikatehandel für Brennstoffemissionen (Brennstoffemissionshandelsgesetz - BEHG) vom 12.12.2019

4. Ermittlung der Gebührensätze für die Benutzung der Abfallentsorgungseinrichtung

4.1 Allgemein

Bei der Festsetzung der Abfallentsorgungsgebühren ist die Anwendung eines Wirklichkeitsmaßstabs praktisch kaum durchführbar. Daher werden in der Praxis sog. Wahrscheinlichkeitsmaßstäbe der Gebührenermittlung zugrunde gelegt.

Es ist dem Ermessen des Satzungsgebers überlassen, welchen Wahrscheinlichkeitsmaßstab er unter den zulässigen auswählt; er muss sich dabei nicht für den zweckmäßigsten, vernünftigsten, gerechtesten oder wahrscheinlichsten Maßstab entscheiden. Bei seiner Auswahl darf er sich auch von Praktikabilitätsabwägungen leiten lassen, wobei gewisse Ungenauigkeiten hinzunehmen sind. Nur im Falle der Überschreitung der äußersten Grenzen dieses Ermessens, was erst dann vorliegt, wenn für die getroffene Regelung jeder sachlich einleuchtende Grund fehlt, ist der Gleichheitssatz verletzt.¹⁰

Diese Kalkulation sieht vor, die entstehenden Kosten linear auf die Größe und Anzahl der verwendeten Restmüllgefäße sowie nach der maximal möglichen Häufigkeit ihrer Leerungen zu verteilen. Dieser sog. Gefäßmaßstab ist von der Rechtsprechung als geeigneter Wahrscheinlichkeitsmaßstab für die Abfallgebühr anerkannt.¹¹

Bei den grundsätzlich auch nach dem Restmüllvolumen berechneten Abfall- und Windsäcken führten wir einen Gewichtungsfaktor ein, der dem geringeren Füllgrad und -dichte der Abfälle Rechnung tragen soll.

Zu einer sozialen Staffelung der Abfallgebühren, z.B. anhand von verringerten Gebührensätzen für die Entsorgung von Einwegwindeln, gibt es, soweit uns bekannt, bislang noch keine Rechtsprechung. In der Literatur zum Gebührenrecht wird eine soziale Staffelung von Nutzungsgebühren überwiegend abgelehnt (vgl. Schieder/Happ, Bayerisches Kommunalabgabengesetz, RdNr. 8.2 [2] zu Art. 8 KAG). Zudem widerspricht eine derartige Staffelung der Forderung nach verursachergerechten Gebühren und dem Ziel der Abfallvermeidung.

Wir raten daher von einer weiteren Reduzierung der Gebührensätze für die Windsäcke, sofern diese auf die anderen Gebührenzahler umgelegt würde, ab.

¹⁰ vgl. BayVGh vom 23.12.1988, Az. 23 B 88.02258

¹¹ vgl. z.B. BayVGh, Urteil vom 22.10.1962, BayVBl 1963, 119, und Urteil vom 30.11.1983, FSt 79/1984

4.2 Gebühren für weitere Abfallarten, die nicht kostendeckend festgesetzt werden

Nach der Rechtsprechung¹² ist es zulässig, die Kosten anderer Abfallfraktionen vollständig über die Restmüllgebühr zu finanzieren. Somit ist es auch möglich, für bestimmte Abfallarten nicht kostendeckende Gebühren festzulegen und nur einen Teil der Kosten über die Restmüllgebühr zu finanzieren.

Die Gemeinde möchte, auch um die Abfalltrennung und eine möglichst hochwertige stoffliche Verwertung attraktiv zu gestalten, von dieser Möglichkeit für die Einzelgebühren im Bringsystem und für Sperrmüll im Holsystem Gebrauch machen und die bisherigen Gebührensätze abschaffen bzw. beibehalten. Soweit hierdurch die spezifischen Kosten nicht gedeckt werden können, rechneten wir sie dem Gebührenbedarf der Hausmüllgebühren zu (vgl. Anlage 2).

4.3 Gebührensätze

Aufgrund der für den Kalkulationszeitraum ermittelten Kosten und des in diesem Zeitraum erwarteten Gesamtleerungsvolumens bzw. der Anzahl der gewichteten Gefäße ergeben sich für die häufigsten Gebührentatbestände die folgenden monatlichen Gebührensätze (vgl. Anlage 4):

	Gebühr/ Monat	Gebühr/ Jahr
	€	
RM 60 Liter, 14-tägige Leerung	12,43	149,16
RM 80 Liter, 14-tägige Leerung	16,57	198,84
RM 120 Liter, 14-tägige Leerung	24,85	298,20
RM 240 Liter, 14-tägige Leerung	49,70	596,40
RM 80 Liter, 7-tägige Leerung	33,14	397,68
RM 120 Liter, 7-tägige Leerung	49,70	596,40
RM 240 Liter, 7-tägige Leerung	99,41	1.192,92
RM 1.100 Liter, 7-tägige Leerung	455,63	5.467,56
Restmüllsack, 120 Liter, einmalig		9,70
Windelsack, 70 Liter, einmalig		5,40

¹² vgl. BayVGh, Urteil vom 15.02.2001 - Az. 4 B 97.3599, GK 3/2002, BayVGh, Urteil vom 29.03.1995 - Az. 4 N 93.3641, GK 29/1996

4.4 Verprobung

Eine von uns durchgeführte und der Verwaltung überlassene Gesamtverprobung führt weder zu Über- noch zu Unterdeckungen des angenommenen Gebührenbedarfs und bestätigt - bei einer geringen Rundungsdifferenz - rechnerisch die von uns ermittelten Ergebnisse. Eine von vornherein bewusst in Kauf genommene Über- oder Unterdeckung kann nach dem vorgelegten Zahlenmaterial und den dazu ergangenen Auskünften Verwaltung nicht angenommen werden.

5. Abschließende Bemerkung

Auftragsgemäß ermittelten wir unter Berücksichtigung der Kostenunterdeckungen aus Vorjahren und der aktuellen Entwicklungen, insbesondere bei den prognostizierten steigenden Personal- und Unterhaltskosten, den Gebührenbedarf für die Abfallwirtschaftseinrichtung für einen vierjährigen Kalkulationszeitraum (01.01.2025 bis 31.12.2028).

Unsere Berechnungen beruhen auf Zahlenmaterial sowie Auskünften der Verwaltung. Hierbei geben wir zu bedenken, dass die Prognosen über die Entwicklung der Sach- und Personalkosten sowie der kalkulatorischen Kosten nicht unerhebliche Unwägbarkeiten bergen.

Wir empfehlen der Gemeinde, die Gebührensatzung vollständig neu zu erlassen. Wir empfehlen, unser Gutachten - einschließlich der Anlagen - der Beschlussfassung über die Festsetzung des Abgabensatzes beizufügen.

Vor Ablauf des Kalkulationszeitraums zum 31.12.2028 sollte eine neue Gebührenbedarfsberechnung erstellt werden.

München, 18.09.2024
Bayerischer Kommunaler
Prüfungsverband

gez.
Mühlfeld

Bestätigt:
Digital
unterschrieben
von Schäfer
Monika
Datum:
2024.09.24
07:27:42 +02'00'
Schäfer

Ergebnisse der Nachkalkulationen und Ergebnisausgleich

	Jahr	Ergebnis lfd.		Verzinsung		Stand zum 31.12.
		Stand zum 01.01.	Jahr	Zinssatz	der Über-/ Unter- deckung	
		€		%		€
Nachkalkulationszeitraum	2021	0,00		0,50%	0,00	0,00
	2022	0,00	-98.458,91	0,50%	-246,15	-98.705,06
	2023	-98.705,06	-264.515,02	0,50%	-1.154,81	-364.374,89
	2024	-364.374,89	-559.133,93	0,50%	-3.219,71	-926.728,53
	2025	-926.728,53	234.000,38	0,50%	-4.048,64	-696.776,79
Kalkulationszeitraum	2026	-696.776,79	234.000,38	0,50%	-2.898,88	-465.675,30
	2027	-465.675,30	234.000,38	0,50%	-1.743,38	-233.418,29
	2028	-233.418,29	234.000,38	0,50%	-582,09	0,00

Ermittlung der Behälterzahlen und Leerungsvolumina

Behälterklasse	Gewich-		Anzahl					gewichtetes	
	Volumen	Leerungen	2025	2026	2027	2028	Gesamt	Leerungs-	
	Liter	pro Jahr						tung	volumen
Liter									
RM 60 Liter, 14-tägige Leerung	60	26	1	1.246	1.308	1.373	1.442	5.369	8.375.640
RM 80 Liter, 14-tägige Leerung	80	26	1	1.530	1.607	1.687	1.771	6.595	13.717.600
RM 120 Liter, 14-tägige Leerung	120	26	1	1.133	1.190	1.250	1.313	4.886	15.244.320
RM 240 Liter, 14-tägige Leerung	240	26	1	155	163	171	180	669	4.174.560
RM 80 Liter, 7-tägige Leerung	80	52	1	49	51	54	57	211	877.760
RM 120 Liter, 7-tägige Leerung	120	52	1	98	103	108	113	422	2.633.280
RM 240 Liter, 7-tägige Leerung	240	52	1	80	84	88	92	344	4.293.120
RM 1.100 Liter, 7-tägige Leerung	1100	52	1	150	158	166	174	648	37.065.600
Restmüllsack, 120 Liter	120	1	0,85	303	306	309	312	1.230	125.460
Windelsack, 70 Liter	70	1	0,8	253	256	259	262	1.030	57.680
gewichtetes Leerungsvolumen im Bemessungszeitraum									86.565.020

Ermittlung der Hausmüllgebühren

Gebührenbedarf (Anlage 2)	8.290.348,01 €
abzgl. Erwartete Einnahmen Sperrmüllabholung über Hausmüllgebühr zu decken:	-15.900,00 €
	8.274.448,01 €
Gewichtetes Behältervolumen (Anlage 3)	86.565.020 Liter
Gebührenbedarf je Leerungsliter	0,095587 €/Liter

Behälterklasse	Volumen		Gewich- tung	Gebühr/Monat		Gebühr/Jahr
	Liter	Leerungen pro Jahr		€		
RM 60 Liter, 14-tägige Leerung	60	26	1	12,43		149,16
RM 80 Liter, 14-tägige Leerung	80	26	1	16,57		198,84
RM 120 Liter, 14-tägige Leerung	120	26	1	24,85		298,20
RM 240 Liter, 14-tägige Leerung	240	26	1	49,70		596,40
RM 80 Liter, 7-tägige Leerung	80	52	1	33,14		397,68
RM 120 Liter, 7-tägige Leerung	120	52	1	49,70		596,40
RM 240 Liter, 7-tägige Leerung	240	52	1	99,41		1.192,92
RM 1.100 Liter, 7-tägige Leerung	1.100	52	1	455,63		5.467,56
Restmüllsack, 120 Liter, einmalig	120	1	0,85		9,70	
Windelsack, 70 Liter, einmalig	70	1	0,8		5,40	



Gemeinde Kirchheim b. München

Gebührensatzung für die öffentliche Abfallentsorgung in der Gemeinde Kirchheim b. München

Die Gemeinde Kirchheim b. München erlässt aufgrund des Art. 7 Abs. 2 und 5, Art. 5 Abs. 1 und 2 des Gesetzes zur Vermeidung, Verwertung und sonstigen Bewirtschaftung von Abfällen in Bayern (Bayerisches Abfallwirtschaftsgesetz - BayAbfG), des Art. 1 und 8 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) sowie aufgrund der Rechtsverordnung des Landkreises München zur Übertragung der Aufgabe „Einsammeln und Befördern von Abfällen“ auf die Stadt Garching b. München, die Gemeinden des Landkreises München und den Zweckverband München-Südost vom 14.05.2010 folgende

Gebührensatzung

In der Fassung vom 25.10.2024

§ 1

Gebührenerhebung

Die Gemeinde Kirchheim b. München erhebt für die Benutzung der öffentlichen Abfallentsorgungseinrichtungen in ihrem Gebiet Gebühren nach Maßgabe dieser Satzung.

§ 2

Gebührensschuldner

- 1) Gebührensschuldner ist, wer die Abfallentsorgungseinrichtungen der Gemeinde Kirchheim b. München und des Landkreises München benutzt.
- 2) Bei der Abfallentsorgung im Bring- und im Holsystem gilt der Eigentümer oder der dinglich zur Nutzung Berechtigte der an die Abfallentsorgung der Gemeinde Kirchheim b. München angeschlossenen Grundstücke als Benutzer. Bei der Verwendung von Grüngut-, Windel- oder Restmüllsäcken ist der Erwerber, bei der Selbstanlieferung von Abfällen ist der Anlieferer Benutzer. Die Abfallentsorgung der Gemeinde benutzt auch derjenige, dessen unzulässig behandelten, gelagerten oder abgelagerten Abfälle die Gemeinde entsorgt (§ 3 Abs. 2 KrWG, § 15 KrWG).
- 3) Mehrere Benutzer sind Gesamtschuldner. Dies gilt insbesondere für Wohnungs- oder Teileigentümer im Sinne des Wohnungseigentumsgesetzes. Der Gebührenbescheid über die gesamte Gebührenforderung kann an den Wohnungseigentumsverwalter gerichtet werden.
- 4) Bei gemeinschaftlich genutzten Tonnen im Sinne des § 13a Abs. 1 der Satzung über die Vermeidung, Verwertung und das Einsammeln und das Befördern von Abfällen in der Gemeinde Kirchheim b. München ist der Antragsteller Gebührensschuldner.



Gemeinde Kirchheim b. München

- 5) Tritt ein Wechsel in der Person des Gebührenschuldners ein, so hat der bisherige Gebührenschuldner die Gebühr bis zum Ende des laufenden Monats zu entrichten.

§ 3

Gebührentatbestand

Die Gebühr wird für jede Benutzung der Abfallentsorgung der Gemeinde Kirchheim b. München und des Landkreises München erhoben.

§ 4

Gebührenmaßstab

- 1) Die Gebühr für die Benutzung der Abfallentsorgung bestimmt sich nach der Zahl und dem Fassungsvermögen der Restmüllbehälter und der Zahl der Abfahrten bzw. nach der Zahl der erworbenen Restmüll-, Grüngut- oder Windsäcke. Die Gebühr nach Satz 1 schließt die Gebühr für die Bioabfallentsorgung, die Benutzung des Wertstoffhofes und sämtliche Abfallarten ein, sofern in dieser Satzung nicht anderweitig festgelegt.
- 2) Bei der Beseitigung unzulässig behandelter, gelagerter und abgelagerter Abfälle (§ 2 Abs. 2 Satz 3) bestimmt sich die Gebühr nach der Abfallart, dem Gewicht der Abfälle, der Zahl der angefahrenen Transportkilometer und der angefahrenen Arbeitsstunden pro Arbeiter.

§ 5

Gebührensatz

- 1) Die Gebühr für die Abfallentsorgung unter Verwendung folgender Restmüllbehälter beträgt pro Jahr
- a) bei 14-tägiger Leerung
- | | | |
|----------------------------|-----------|----------|
| 1. einer Müllnormtonne mit | 60 Liter | € 149,16 |
| 2. einer Müllnormtonne mit | 80 Liter | € 198,84 |
| 3. einer Müllnormtonne mit | 120 Liter | € 298,20 |
| 4. einer Müllnormtonne mit | 240 Liter | € 596,40 |
- b) bei wöchentlicher Leerung
- | | | |
|----------------------------|-------------|------------|
| 1. einer Müllnormtonne mit | 80 Liter | € 397,68 |
| 2. einer Müllnormtonne mit | 120 Liter | € 596,40 |
| 3. einer Müllnormtonne mit | 240 Liter | € 1.192,92 |
| 4. einer Müllnormtonne mit | 1.100 Liter | € 5.467,56 |
- 2) Die Gebühr für einen 120 Liter Restmüllsack beträgt je Abholung € 9,70
Die Gebühr für einen 70 Liter Windsack beträgt je Abholung € 5,40
Die Gebühr für einen 120 Liter Papiersack (Grüngut) beträgt je Stück € 0,80



Gemeinde Kirchheim b. München

Bei Direktanlieferung an der Kompostieranlage Stocker ist vorab ein Anlieferschein zu je € 5,00 zu erwerben (je Anlieferschein bis zu drei m³ Grüngut)

Bei der Selbstanlieferung am gemeindlichen Wertstoffhof gelten für bestimmte Fraktionen nachfolgende Freimengen:

1. Sperrmüll:	2 m ³
2. Altholz:	2 m ³
3. Grüngut:	4 m ³
4. Bauschutt:	100 Liter
5. Asbest:	100 Liter
6. Altreifen:	4 Stück
7. Kehricht:	20 Liter
8. HBCD-haltige Dämmstoffe (z.B. Bauschäume aus Polystyrol):	2 m ²
9. Solarmodule:	2 Stück

Die in den Buchstaben 1 bis 9 definierten Freimengen gelten jeweils nur einmal je Anliefertag.

- 3) Für die Beseitigung unzulässig behandelter, gelagerter oder abgelagerter Abfälle (§ 2 Absatz 2 Satz 3) werden je angefangener Arbeitsstunde und Arbeiter € 40,00 und je angefangenem Transportkilometer € 1,50 zuzüglich der notwendigen Entsorgungskosten erhoben.
- 4) Für die Abholung von Sperrmüll an der Grundstücksgrenze per Anmeldeformular wird eine Gebühr von € 35,00 je zwei m³ Sperrmüll erhoben. Die Mindestmenge bei der Abholung von Sperrmüll beträgt 2 m³. Ab 2 m³ beträgt die Gebühr für jeden weiteren m³ € 17,50.

§ 6

Entstehen der Gebührenschuld

- 1) Die Gebührenschuld beginnt mit Beginn eines Kalenderjahres, für später hinzukommende Schuldner erstmals mit Beginn des Kalendermonats, in dem der Gebührentatbestand eintritt. Beginnt oder endet der Gebührentatbestand während des Kalenderjahres, beträgt die Gebühr für jeden Kalendermonat 1/12 der jährlichen Gebührenschuld; angefangene Kalendermonate gelten als volle Kalendermonate. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend, wenn sich die Tonnengröße gem. § 5 Abs. 1 ändert.
- 2) Bei der Abfallentsorgung unter Verwendung von Restmüll-, Grüngut- oder Windsäcken entsteht die Gebührenschuld mit der Abgabe des Sackes an den Benutzer.
- 3) Bei der Sperrmüllsammlung im Holsystem entsteht die Gebührenschuld mit der Anmeldung des Sperrmülls.



Gemeinde Kirchheim b. München

- 4) Bei der Entsorgung unzulässig behandelter, gelagerter oder abgelagerter Abfälle entsteht die Gebührenschuld mit dem Abtransport der Abfälle durch die Gemeinde oder deren Dienstleister.

§ 7

Fälligkeit der Gebührenschuld

- 1) Bei der Abfallentsorgung im Bring- und Holsystem wird die Gebühr erstmals einen Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig. Bis zur Bekanntgabe eines neuen Gebührenbescheides ist die Gebühr jeweils zum 1.7. eines jeden Jahres fällig und ohne Aufforderung zu entrichten. Auf Antrag des Gebührenschuldners kann die Gebühr für die Abfallbeseitigung bei Verwendung einer Müllnormtonne mit 1.100 Litern vier Raten, jeweils am 15.2., 15.5., 15.8. und 15.11. entrichtet werden. Der Antrag muss spätestens zum 30. September des vorangegangenen Kalenderjahres gestellt werden. Die beantragte Zahlungsweise bleibt solange maßgebend, bis ihre Änderung beantragt wird; die Änderung muss spätestens bis zum 30. September des vorangegangenen Kalenderjahres beantragt werden.

§ 8

Inkrafttreten

- 1) Diese Satzung tritt am 01. Januar 2025 in Kraft.
- 2) Gleichzeitig tritt die Gebührensatzung für die öffentliche Abfallentsorgung in der Gemeinde Kirchheim b. München in der Fassung vom 09.11.2021 außer Kraft.

Kirchheim, den 06.11.2024

Stephan Keck
Erster Bürgermeister

9. Verlängerung der Verfahrensgrundsätze zur sozialgerechten Bodennutzung (SoBoN); "Kirchheimer Modell"

Sachverhalt:

Gemäß der 2021 beschlossenen Verfahrensgrundsätze zur sozialen Bodennutzung (SoBoN) „Kirchheimer Modell“ müssen diese alle drei Jahre durch die Gemeinde evaluiert und durch den Gemeinderat beschlossen werden. Die Verwaltung empfiehlt leichte Anpassungen vorzunehmen, diese sind nachfolgend erörtert.

Gegenüberstellung	
Version 07/2021	Version 11/2024
2. Anwendungsbereich und Adressaten	
Die neuen Verfahrensgrundsätze (Stand: 07/2021) zur Sozialgerechten Bodennutzung im „Kirchheimer Modell“ [...] nach § 31 Abs. 2 BauGB Mehrbaurechte genehmigt werden. Sie werden auf Bebauungsplanverfahren angewandt, die ab dem 01.08.2021 durch Aufstellungsbeschluss eingeleitet werden. [...]	Die neuen Verfahrensgrundsätze (Stand: 07/2021 mit Verlängerung 11/2024) zur Sozialgerechten Bodennutzung im „Kirchheimer Modell“ [...] § 31 Abs. 2 und Abs. 3 BauGB Mehrbaurechte genehmigt werden. Sie werden auf Bebauungsplanverfahren angewandt, die ab dem 05.11.2024 durch Aufstellungsbeschluss eingeleitet werden. [...]
3.3 B Kostenrelevante Bindungen	
[...] Kategorie 1: 35% entfallen auf Wohnungen, deren Miete die Obergrenze der zumutbaren Miete gem. Ziff. 15 der WFB 2012 (in der zum Zeitpunkt der Bezugsfertigkeit gültigen Fassung) für Haushalte der Einkommensstufe I um 66,66% (2/3) überschreiten darf. [...] Für Mieterhöhungen gilt Ziff. 14.2 der WFB 2012 in der zum Zeitpunkt der Bezugsfertigkeit gültigen Fassung. [...]	[...] Kategorie 1: 35% entfallen auf Wohnungen, deren Miete die Obergrenze der zumutbaren Miete gem. Ziff. 15 der WFB 2023 (in der zum Zeitpunkt der Bezugsfertigkeit gültigen Fassung) für Haushalte der Einkommensstufe I um 66,66% (2/3) überschreiten darf. [...] Für Mieterhöhungen gilt Ziff. 14.2 der WFB 2023 in der zum Zeitpunkt der Bezugsfertigkeit gültigen Fassung. [...]
4. Erfasste Vorhaben	
Das Verfahren der sozialgerechten Bodennutzung wird bei städtebaulichen Maßnahmen im Rahmen von Bauleitplanungen und städtebaulichen Satzungen, die planungsbedingt Lasten bei der Gemeinde auslösen [...]	Das Verfahren der sozialgerechten Bodennutzung wird bei städtebaulichen Maßnahmen im Rahmen von Bauanträgen, Bauleitplanungen und städtebaulichen Satzungen, die planungsbedingt Lasten bei der Gemeinde auslösen [...]

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Verlängerung der Verfahrensgrundsätze SoBoN „Kirchheimer Modell“, in der Fassung 11/2024, gemäß Anlage. Die Anlage wird Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmung:

Anwesende: 22 Ja: 13 Nein: 9

Anmerkung:

GRM Dr. Hausladen nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Verfahrensgrundsätze zur Sozialgerechten Bodennutzung
„Kirchheimer Modell“
-Fassung 11/2024-

1. Ausgangssituation

Die Weiterentwicklung der Gemeinde Kirchheim b. München bedarf der städtebaulichen Planung. Diese soll die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringen und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung gewährleisten. Die Gemeinde verfolgt dabei insbesondere das Ziel, der wachsenden Nachfrage nach erschwinglichem Wohnraum zu begegnen und es der eigenen Bevölkerung zu ermöglichen, am Ort bleiben zu können sowie kontinuierlich in sensiblem Umfang weiter zu wachsen. Dabei sollen Quartiere mit einer gemischten Bevölkerungszusammensetzung entstehen und Verdrängungseffekte vermieden werden. Die Sozialgerechte Bodennutzung soll dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln sowie den Klimaschutz und die Klimaanpassung zu fördern sowie die städtebauliche Gestalt und das Orts- und Landschaftsbild baukulturell zu erhalten und zu entwickeln. Hierzu bedarf die Gemeinde Kirchheim b. München der Mitwirkung der planungsbegünstigten Personen. Die städtebaulichen Planungen bringen in der Regel große wirtschaftliche Belastungen für die Gemeinde mit sich, die aufgrund der angespannten Haushaltslage nicht aus allgemeinen Haushaltsmitteln zu finanzieren sind. Damit droht auch in der Gemeinde Kirchheim b. München ein gravierendes Planungshindernis, das im Sinne der gesetzgeberischen Vorgaben in § 1 Abs. 5 Baugesetzbuch (BauGB) im Zusammenwirken mit den Planungsbegünstigten bewältigt werden soll. Die Verfahrensgrundsätze zur Sozialgerechten Bodennutzung nach dem „Kirchheimer Modell“ (SOBON) verfolgen das Ziel, zusammen mit den Grundstückseigentümern und/oder den Planungsbegünstigten mit dem Grund und Boden im Gemeindegebiet verantwortlich umzugehen und den mit der Bauleitplanung verbundenen Vorteil auch für die Gemeinschaft zu nutzen. Sie sollen in transparenter Weise die Grundlage für städtebauliche Verträge mit den Planungsbegünstigten bilden.

2. Anwendungsbereich und Adressaten

Die neuen Verfahrensgrundsätze (Stand: 07/2021 mit Verlängerung 11/2024) zur Sozialgerechten Bodennutzung im „Kirchheimer Modell“ finden immer dann Anwendung, wenn die Gemeinde durch Aufstellung oder Änderung eines Bebauungsplans neues oder zusätzliches Baurecht schafft oder wenn die Gemeinde ihr Einvernehmen zu Baugenehmigungen erteilt, in denen durch Befreiungen nach § 31 Abs. 2 und Abs. 3 BauGB Mehrbaurechte genehmigt werden. Sie werden auf Bebauungsplanverfahren angewandt, die ab dem 05.11.2024 durch Aufstellungsbeschluss eingeleitet werden. Für Bebauungspläne, die sich zum Zeitpunkt des Beschlusses des Gemeinderats bereits in Aufstellung befinden, entscheidet der Gemeinderat nach Vorberatung in der Arbeitsgruppe „Kirchheimer Modell“ im Einzelfall, inwieweit die Grundsätze Anwendung finden.

Bei jeder Bauleitplanung werden grundsätzlich mit den Eigentümern/Eigentümerinnen der zu überplanenden Flächen städtebauliche Verträge abgeschlossen, in denen diese zur Förderung und Sicherung der mit der Bauleitplanung verfolgten Ziele Bindungen eingehen und Kosten übernehmen, die der Gemeinde durch die Planung entstehen (§ 11 BauGB). Diese Leistungen kommen der Allgemeinheit zugute und werden nachfolgend näher beschrieben.

Je nach Sachlage und Wunsch der Beteiligten können an Stelle der Eigentümer/innen auch Erwerber/Erwerberinnen der betreffenden Grundstücke verpflichtet werden, die ebenso wie die Eigentümer/Eigentümerinnen als „Planungsbegünstigte“ bezeichnet werden. Die Gemeinde Kirchheim b. München steht bei eigenem Grundbesitz den übrigen Beteiligten gleich, wird also

ebenso wie diese entsprechende Leistungen erbringen.

3. Verpflichtungen

Die Planungsbegünstigten sollen unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Angemessenheit (siehe § 11 Abs. 2 Satz 1 BauGB) Verpflichtungen übernehmen, die im Zusammenhang mit der angestrebten Planung stehen und sich aus dem durch die Planung der Gemeinde ergebenden Bodenwertzuwachs finanzieren. Erwartet wird, dass das zu schaffende Baurecht in einem angemessenen Zeitraum realisiert wird.

3.1. Für die Feststellung, ob die zu erbringenden Leistungen „angemessen“ im Sinne von § 11 BauGB sind, ist insbesondere der Bodenwertzuwachs von Bedeutung. Der Bodenwertzuwachs (sog. Bruttowertzuwachs) wird aus der Differenz des Bodenwerts der Grundstücke vor Einleitung der Planung (sog. Anfangswert) und nach Abschluss der Maßnahme/Überplanung (Endwert) errechnet; auszugehen ist von objektiven, für jedermann geltenden Werten.

- Beim Anfangswert wird der Bodenwert der Grundstücke im Bebauungsplanumgriff vor der Einleitung der Planung ermittelt. Flächen mit Baurecht werden dabei unter Berücksichtigung dieses Baurechts, jedoch ohne Ansatz von Entwicklungschancen, bewertet. Bei Nichtbaulandflächen wird die Bewertung jeweils aufgrund von Erfahrungswerten für landwirtschaftliche Flächen, höherwertiges Agrarland und/oder für entwicklungsunbeeinflusstes Bauerwartungsland vorgenommen. Maßgebend sind die Preisverhältnisse vor Einleitung der städtebaulichen Planung.
- Der Endwert richtet sich - bei Bauland - nach dem Bodenwert für erschließungsbeitrags-freies Nettobauland entsprechend den baurechtlichen Daten nach dem vorgesehenen Bebauungsplan. Öffentliche Verkehrs-, Grün- und Gemeinbedarfsflächen werden mit dem Anfangswert angesetzt. Bei der Bewertung ist von den Preisverhältnissen zum Zeitpunkt des Abschlusses der städtebaulichen Vereinbarung mit dem Planungsbegünstigten auszugehen. Eine Berücksichtigung nachträglich eintretender Wertänderungen erfolgt nicht; andererseits wird auch die Höhe der zu übernehmenden Lasten nicht angepasst. Damit soll die Kalkulierbarkeit von Bauvorhaben gesichert werden.
- Der Anfangswert wird vom Endwert abgezogen; die Differenz bildet den sog. Wertzuwachs.
- Ist eine einvernehmliche Festlegung nicht möglich, sind die Anfangs- bzw. Endwerte durch den Gutachterausschuss des Landkreises München feststellen zu lassen.

3.2. Im Regelfall wird davon ausgegangen, dass dem Grundsatz der Angemessenheit Rechnung getragen ist, wenn dem Planungsbegünstigten mindestens ein Drittel des planungsbedingten Wertzuwachses seines Grundstücks als Investitionsanreiz und zur Deckung seiner individuellen Kosten einschließlich eines angemessenen Ansatzes für Wagnis und Gewinn verbleibt. Liegen die Verpflichtungen unter der Obergrenze von zwei Drittel des planungsbedingten Wertzuwachses, verbleibt dem Planungsbegünstigten die Differenz zur Obergrenze. Im Einzelfall kann es auch zulässig sein, dass die Verpflichtungen über die Quote von zwei Drittel des planungsbedingten Wertzuwachses hinausgehen. Den Planungsbegünstigten obliegt es, ihre wirtschaftliche Gesamtbelastung darzulegen und ggf. nachzuweisen, damit im Einzelfall die Angemessenheit geprüft werden kann. Dies gilt auch dann, wenn nach den Berechnungen der Gemeinde Kirchheim b. München der Drittelanteil den Planungsbegünstigten verbleibt. Soll von diesen Grundsätzen abgewichen werden, wird dies in der vom Gemeinderat eingesetzten Arbeitsgruppe „Kirchheimer Modell“ behandelt und hierzu eine Entscheidung des Gemeinderats Kirchheim herbeigeführt.

- 3.3. Die Planungsbegünstigten übernehmen - ggf. anteilig - die ursächlichen Kosten und die sonstigen Aufwendungen des Planungsvorhabens sowie kostenrelevante Bindungen zur Förderung und Sicherung bestimmter städtebaulicher Ziele. Dabei kann es sich um folgende Kostenarten und Bindungen handeln:

A. Kosten, die Voraussetzung und Folge der geplanten Vorhaben sind;

hierzu gehören:

- Unentgeltliche und kostenfreie Flächenabtretungen für im Planungsgebiet vorgesehene Erschließungsanlagen (Öffentliche Grün- und Verkehrsflächen, Immissionsschutzanlagen etc.), für Gemeinbedarfseinrichtungen und für den naturschutzrechtlich gebotenen Ausgleich, soweit diese Flächen nicht bei den Planungsbegünstigten verbleiben sollen. Soweit Erwerbsaufwand bei der Kommune entsteht, ist dieser zu erstatten. Der gemeindliche Anteil bezahlter Grunderwerbssteuern wird zurückerstattet.
- Herstellungskosten der notwendigen Erschließungsanlagen (inkl. Der öffentlichen Grün- und Freiflächen) und der natur- bzw. artenschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen, ggf. auch außerhalb des Plangebiets
- Herstellungskosten der ursächlichen sozialen Infrastruktur (Ablösemöglichkeit durch Zahlung eines Finanzierungsbeitrags in Höhe von derzeit € 240,47 pro m² Geschoßfläche Wohnen möglich; die Höhe wird in spätestens 3 Jahren an Hand der Entwicklung der tatsächlichen Kosten neu festgelegt – maßgeblich ist der Stand bei Abschluss des Städtebaulichen Vertrages)
- Interne Kosten der Gemeinde, soweit diese nicht durch Maßnahmen ausgelöst werden, die hoheitlicher Natur sind.
- Planungskosten (Honorare nach HOAI bei Vergabe von Leistungen an Dritte), ggf. Kosten eines städtebaulichen und/oder Realisierungswettbewerbs, Kosten für zusätzliche Öffentlichkeitsarbeit, Kosten für Fachgutachten, ggf. Umlegungskosten, Rechtsanwaltskosten der Gemeinde, ggf. externe Berater.
- Sonstige Projektabwicklungskosten (z.B. Projektsteuerung)
- Kosten des Straßenunterhalts und Winterdiensts, soweit gesetzlich zulässig
- Verzicht auf Ansprüche (z.B. wegen Eingriffs in den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb)

Aus Vereinfachungsgründen sollen die internen Kosten nach folgenden Pauschalen abgerechnet werden:

bis 5 ha	€ 600 pro angefangenen Hektar pro Monat
Über 5-15 ha	€ 6.200 pro Monat
Über 15-30 ha	€ 9.300 pro Monat
Über 30 ha	€ 12.400 pro Monat

Soweit die Gemeinde Kirchheim b. München Kosten in Satzungen festgelegt hat, sind diese festgelegten Sätze zu übernehmen und zu vollziehen.

Maßgeblich ist der Bebauungsplanumgriff im Zeitpunkt des Aufstellungsbeschlusses ohne Berücksichtigung von Flächen im Eigentum der Gemeinde. Flächen der Gemeinde werden nur dann berücksichtigt, wenn diese planungsrechtlich aufgewertet werden oder auf ihnen erhebliche Erschließungsmaßnahmen erforderlich werden. Ändert sich der Umgriff im Laufe des

Verfahrens, sodass eine neue Einstufung erforderlich wird, erfolgt diese ausschließlich für das weitere Verfahren. Die Kostenerstattung soll mit dem Aufstellungsbeschluss beginnen und regelmäßig 12 Monate nach Inkrafttreten des Bebauungsplans enden.

Sollte die Vereinbarung der Pauschalsätze im Einzelfall unverhältnismäßig sein, können mit Zustimmung der Arbeitsgruppe „Kirchheimer-Modell“ des Gemeinderats auch abweichende Sätze vereinbart werden.

B. Kostenrelevante Bindungen;

a) preisgebundener Wohnungsbau

Der Anteil des gebundenen Wohnungsbaus (Förderquote) beträgt 50% des neu geschaffenen Baurechts, soweit es für den Wohnungsbau vorgesehen ist. Für die Bestimmung des Maßes des Baurechts ist zunächst die Geschossfläche (BauNVO) maßgeblich, die im Bebauungsplan vorgesehen ist. Sollte der Bebauungsplan es zulassen, vermarktbar Flächen in Nicht-Vollgeschossen zu errichten unterliegen diese Flächen ebenfalls der Förderquote. Das Gleiche gilt für Flächen von Wohneinheiten, die nicht zur Geschossfläche (BauNVO) gerechnet werden (z.B. Balkone, Terrassen).

Die Förderquote verteilt sich wie folgt:

Kategorie 1: 35% entfallen auf Wohnungen, deren Miete die Obergrenze der zumutbaren Miete gem. Ziff. 15 der WFB 2023 (in der zum Zeitpunkt der Bezugsfertigkeit gültigen Fassung) für Haushalte der Einkommensstufe I um 66,66% (2/3) überschreiten darf.

Kategorie 2: 15% entfallen auf Wohnungen, deren Miete die Miete nach Kategorie 1 um 30% überschreiten darf.

Die Bindungsdauer beträgt in der jeweiligen Kategorie 40 Jahre. Während dieser Zeit hat die Gemeinde das ausschließliche Benennungsrecht für die gebundenen Wohneinheiten. Für Mieterhöhungen gilt Ziff. 14.2 der WFB 2023 in der zum Zeitpunkt der Bezugsfertigkeit gültigen Fassung.

Die Planungsbegünstigten können die Förderquote alternativ auch wie folgt erbringen:

- Verpflichtung zu kostenfreier unentgeltlicher Übertragung von 20% der neu errichteten Wohnbauflächen bezugs- und schlüsselfertig an die Gemeinde zu ansonsten marktüblichen Bauträgerkonditionen. Die Ausstattungsqualität muss der durchschnittlichen Ausstattungsqualität der übrigen vom Planungsbegünstigten oder seinem Rechtsnachfolger geplanten Wohneinheiten ohne Berücksichtigung von Sonderwünschen entsprechen.
- Ablösung der Bindungen durch Zahlung an die Gemeinde.
Die Höhe der Ablösezahlung bemisst sich nach dem Unterschied der Verkehrswerte der zu bindenden Wohnbaugrundstücke zu denen ohne Bindung. Der Wertunterschied ist im Zweifel durch eine gutachterliche Stellungnahme zu belegen.

Die Gemeinde wird die Ablösebeträge dazu verwenden, durch Bau neuer oder Erwerb bestehender Wohneinheiten in den Kirchheimer Wohnungsmarkt zu investieren, wobei sie die in Kategorie 1 und 2 geltenden Vermietungskonditionen nicht überschreiten wird.

- Verkauf der gebundenen Grundstücksflächen an die Gemeinde, wobei der Kaufpreis dem um den Wert der Bindung reduzierten Verkehrswert entspricht und der Verkauf ansonsten zu marktüblichen Konditionen erfolgt. Der reduzierte Verkehrswert ist durch eine gutachterliche Stellungnahme zu belegen.

Mit den Planungsbegünstigten kann auch eine Kombination der Varianten vereinbart werden, solange die wirtschaftliche Gesamtbelastung im gleichen Rahmen verbleibt. Wird in einem Bebauungsplan Geschossfläche Wohnen von maximal 500 qm festgesetzt, ist in der Regel die Ablösungsvariante zu vereinbaren.

Die Art der Umsetzung der Förderquoten wird im städtebaulichen Vertrag zum jeweiligen Bebauungsplan vereinbart.

- b) Vorhaben der Innenentwicklung
- Bei Vorhaben innerhalb der bereits bebauten Ortsteile kann die Gemeinde zur Förderung der Innenentwicklung und einer flächensparenden und klimaschonenden Bauweise im Einzelfall besonderen Aufwand, der den Planungsbegünstigten für eine qualitativ hochwertige Gestaltung, innovative Konzepte sowie für energetische Maßnahmen, die über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehen, entstehen, lastenmindernd berücksichtigen. Den Planungsbegünstigten obliegt der Nachweis des besonderen Aufwandes. Über die Anerkennung entscheidet der Gemeinderat nach Vorberatung durch die Arbeitsgruppe „Kirchheimer Modell“. Wird gewerbliches Baurecht neu ausgewiesen oder nach Art oder Maß der baulichen Nutzung geändert, ist im Einzelfall zu prüfen, ob den Planungsbegünstigten Bindungen zur Förderung und Sicherung städtebaulicher Ziele oder Folgelasten nach Maßgabe des § 11 BauGB auferlegt werden können und sollen.

4. Erfasste Vorhaben

Das Verfahren der sozialgerechten Bodennutzung wird bei städtebaulichen Maßnahmen im Rahmen von Bauanträgen, Bauleitplanungen und städtebaulichen Satzungen, die planungsbedingt Lasten bei der Gemeinde auslösen und die zu einer Bodenwertsteigerung in nicht unerheblichem Umfang führen, angewandt. Ausgenommen sind städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen, soweit diese nicht durch städtebauliche Maßnahmen des Allgemeinen Städtebaurechts abgewendet werden.

5. Leistungserfüllung

- 5.1. Auch Folgekosten, z.B. für soziale Infrastruktur, können ggf. in Form einer Flächenabtretung übernommen werden. Öffentliche Verkehrs-, Grün- und Gemeinbedarfsflächen müssen jedoch im Grundbuch zugunsten der Gemeinde gesichert zur Verfügung gestellt oder abgetreten werden, sofern solche im Planungsgebiet erforderlich sind. Der Anteil an gefördertem Wohnungsbau von 50 % (Förderquote) soll im Planungsgebiet insgesamt verwirklicht werden; innerhalb dieses Rahmens besteht Gestaltungsfreiheit zugunsten der Planungsbegünstigten. In Ausnahmefällen, über die der Gemeinderat nach Vorberatung in der Arbeitsgruppe „Kirchheimer Modell“ entscheidet, kann auch ein Grundstück außerhalb des Planungsgebiets übertragen werden, wenn die städtebaulichen Ziele der Gemeinde damit ebenso gut erreicht werden können.

Mit dem Billigungsbeschluss im Bauleitplanverfahren (Billigung zur Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB) muss das Vorliegen aller genannten Voraussetzungen festgestellt sein. Über Ausnahmen entscheidet der Gemeinderat auf Vorschlag der Arbeitsgruppe „Kirchheimer Modell“.

- 5.2. Bei Erschließungsanlagen und der sozialen Infrastruktur (Kindertagesstätten/Kindergärten, Grundschulen und/oder Pflegeeinrichtungen) kann auch die tatsächliche Herstellung nach den für die Gemeinde Kirchheim b. München geltenden Normen übernommen werden. Bei Erschließungsanlagen bietet sich hierfür der Abschluss eines Erschließungsvertrags an. Kindertagesstätten/Kindergärten müssen nicht in jedem Fall der Gemeinde Kirchheim b. München übereignet werden, im Einzelfall kann es genügen, eine rechtliche Sicherung dahingehend zu schaffen, dass die Einrichtungen einem Betreiber unentgeltlich als öffentliche Einrichtung zur Verfügung stehen. Vom Planungsbegünstigten vorgeleistete Planungskosten können im Umfang der Entlastung der Gemeinde auf seinen Anteil angerechnet werden, soweit es sich um von der Gemeinde Kirchheim b. München gewollte und bestimmte Entwurfsarbeiten handelt.
- 5.3. Bei der Verteilung der Lasten, einschließlich des Anteils an gefördertem Wohnungsbau, auf die einzelnen Planungsbegünstigten wird die Gemeinde Kirchheim b. München grundsätzlich deren Vorschläge aufnehmen, sofern diese nicht unangemessen sind. Können sich die Planungsbegünstigten untereinander nicht auf eine Verteilung einigen, schlägt die Gemeinde Kirchheim b. München eine Verteilung vor, die sich an umlegungsrechtlichen Grundsätzen orientiert.

6. Vollzug

- 6.1. Sobald Planungsabsichten für ein bestimmtes Gebiet bestehen, soll mit den Planungsbegünstigten eine sog. Grundsatzvereinbarung geschlossen werden, in der die Grundsätze der sozialgerechten Bodennutzung anerkannt werden. Um eine Vorleistung der Gemeinde zu vermeiden, soll zügig nach dem Aufstellungsbeschluss ein Städtebaulicher Vorvertrag geschlossen werden, in dem die Planungsbegünstigten sich verpflichten, sämtliche Planungs- und Beratungskosten entsprechend diesen Grundsätzen bis zum Inkrafttreten des Bebauungsplans zu übernehmen. Ist die Planungsabsicht so konkretisiert, dass die weiteren Lasten hinreichend genau kalkuliert werden können, folgt auf die Grundsatzvereinbarung der städtebauliche Vertrag, in dem alle Lastenübernahmen geregelt werden. Dabei kann der städtebauliche Vertrag auch auf verschiedene Quartiere aufgeteilt werden, sofern dies angemessen ist. Der städtebauliche Vertrag kann durch Folgeverträge (Erschließungsvertrag, Umlegungsvertrag etc.) ergänzt werden.
- 6.2. Flächen sollen grundsätzlich über die städtebaulichen Verträge zur Verfügung gestellt werden, sofern nicht ein freiwilliges (amtliches) Umlegungsverfahren vereinbart wird. Die Fälligkeit von Geldleistungen richtet sich nach den Verhältnissen des Einzelfalls, jedoch muss mit und in dem jeweiligen Vertrag eine geeignete Sicherheit, z.B. eine werthaltige Bankbürgschaft, in ausreichender Höhe zur Verfügung gestellt werden, um zu verhindern, dass bei Zahlungsunfähigkeit eines Planungsbegünstigten dessen Lasten auf die Gemeinde Kirchheim b. München zurückfallen.
- 6.3. Diese Verfahrensgrundsätze werden spätestens alle 3 Jahre durch die Gemeinde evaluiert. Dabei ist auch eine Neufestlegung sämtlicher festgelegten Zahlungsbeträge und Quoten zu prüfen. Über das Ergebnis ist dem Gemeinderat zu berichten, der die notwendigen Änderungen beschließt.

gez. Stephan Keck
Erster Bürgermeister
Gemeinde Kirchheim b. München

10. Beschluss über die Verlängerung einer Veränderungssperre gemäß § 14 BauGB für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 104/H - "Campus Heimstetten - Quartier A"

Sachverhalt:

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 08.11.2022 die Satzung der Gemeinde Kirchheim über eine Veränderungssperre im Gebiet des „Campus Heimstetten – Quartier A“ (Bebauungsplan Nr. 104/H) als Satzung beschlossen. Der räumliche Geltungsbereich der Veränderungssperre umfasst das Grundstück Flurnummer 179 der Gemarkung Heimstetten. Die Veränderungssperre wurde am 09.11.2022 ausgefertigt und am 10.11.2022 ortsüblich bekannt gemacht. Die Veränderungssperre trat mit Ihrer Bekanntmachung am 10.11.2022 in Kraft. Veränderungssperren treten gemäß § 17 Abs. 1 BauGB nach zwei Jahren außer Kraft. Die Gemeinde kann diese Frist um ein weiteres Jahr verlängern. Da die Gründe für die Veränderungssperre, gemäß der Beschlüsse vom 08.11.2022, weiterhin fortbestehen soll diese nun erstmalig verlängert werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt folgende

**Satzung
über die Verlängerung der
Veränderungssperre im Gebiet des Bebauungsplanes
„Campus Heimstetten – Quartier A“ (Bebauungsplan 104/H)**

Die Gemeinde Kirchheim bei München erlässt aufgrund der §§ 14, 16, 17 des Baugesetzbuches (BauGB) i. V. m. Art. 23, 24 Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (Gemeindeordnung – GO) zur Sicherung der Bauleitplanung für das Bebauungsplangebiet Nr. 104/H „Campus Heimstetten – Quartier A) die Verlängerung der Veränderungssperre als Satzung:

§ 1 Anordnung der Verlängerung der Veränderungssperre

Zur Sicherung der Planung im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 104/H „Campus Heimstetten-Quartier A“ wurde durch die vom Gemeinderat am 08.11.2022 beschlossene Satzung eine Veränderungssperre angeordnet, die mit Wirkung zum 10.11.2022 bekannt gemacht wurde. Die Geltungsdauer der Veränderungssperre wird gemäß § 17 Abs. 1 Satz 3 BauGB um ein Jahr verlängert. Der Verlängerungszeitraum beginnt am 10.11.2024, 0.00 Uhr und endet am 09.11.2025, 24.00 Uhr.“

§ 2 Räumlicher Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich der Veränderungssperre umfasst die Grundstücke der Gemarkung Heimstetten, Flurnummern 179.

Der Geltungsbereich ist in der Anlage zu dieser Satzung dargestellt.

§ 3 Inhalt

1. Im räumlichen Geltungsbereich der Veränderungssperre dürfen
 - a. Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden,
 - b. erhebliche oder wesentliche wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderungen nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden.
2. Vorhaben, die vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre baurechtlich genehmigt worden sind, Vorhaben, von denen die Gemeinde nach Maßgabe des Bauordnungsrechts Kenntnis erlangt hat und mit deren Ausführung vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre hätte begonnen werden dürfen, sowie Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden von der Veränderungssperre nicht berührt.
3. Wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegenstehen, kann von der Veränderungssperre eine Ausnahme zugelassen werden. Die Entscheidung über Ausnahmen trifft die Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Gemeinde.

§ 4 Inkrafttreten und Geltungsdauer

Diese Satzung zur Verlängerung der Veränderungssperre tritt am 10.11.2024, 0.00 Uhr, in Kraft. Sobald und soweit die Bauleitplanung rechtsverbindlich abgeschlossen ist, spätestens jedoch am 09.11.2025, 24.00 Uhr, tritt sie außer Kraft."

Abstimmung:

Anwesende: 23

Ja:

23

Nein:

0



Gemeinde Kirchheim b. München

Satzung

über die Verlängerung der Veränderungssperre im Gebiet des Bebauungsplanes „Campus Heimstetten – Quartier A“ (Bebauungsplan 104/H)

Die Gemeinde Kirchheim bei München erlässt aufgrund der §§ 14, 16, 17 des Baugesetzbuches (BauGB) i. V. m. Art. 23, 24 Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (Gemeindeordnung – GO) zur Sicherung der Bauleitplanung für das Bebauungsplangebiet Nr. 104/H „Campus Heimstetten – Quartier A“ die Verlängerung der Veränderungssperre als Satzung:

§ 1 Anordnung der Verlängerung der Veränderungssperre

Zur Sicherung der Planung im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 104/H „Campus Heimstetten-Quartier A“ wurde durch die vom Gemeinderat am 08.11.2022 beschlossene Satzung eine Veränderungssperre angeordnet, die mit Wirkung zum 10.11.2022 bekannt gemacht wurde. Die Geltungsdauer der Veränderungssperre wird gemäß § 17 Abs. 1 Satz 3 BauGB um ein Jahr verlängert. Der Verlängerungszeitraum beginnt am 10.11.2024, 0.00 Uhr und endet am 09.11.2025, 24.00 Uhr.“

§ 2 Räumlicher Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich der Veränderungssperre umfasst die Grundstücke der Gemarkung Heimstetten, Flurnummern 179.

Der Geltungsbereich ist in der Anlage zu dieser Satzung dargestellt.

§ 3 Inhalt

1. Im räumlichen Geltungsbereich der Veränderungssperre dürfen
 - a. Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden,
 - b. erhebliche oder wesentliche wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderungen nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden.
2. Vorhaben, die vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre baurechtlich genehmigt worden sind, Vorhaben, von denen die Gemeinde nach Maßgabe des Bauordnungsrechts Kenntnis erlangt hat und mit deren Ausführung vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre hätte begonnen werden dürfen, sowie Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden von der Veränderungssperre nicht berührt.



Gemeinde Kirchheim b. München

3. Wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegenstehen, kann von der Veränderungssperre eine Ausnahme zugelassen werden. Die Entscheidung über Ausnahmen trifft die Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Gemeinde.

§ 4 Inkrafttreten und Geltungsdauer

Diese Satzung zur Verlängerung der Veränderungssperre tritt am 10.11.2024, 0.00 Uhr, in Kraft. Sobald und soweit die Bauleitplanung rechtsverbindlich abgeschlossen ist, spätestens jedoch am 09.11.2025, 24.00 Uhr, tritt sie außer Kraft."



Anlage 1 – Räumlicher Geltungsbereich (grün hinterlegt)

Kirchheim b. München, 06.11.2024

Gemeinde Kirchheim b. München

(Siegel)

Stephan Keck
Erster Bürgermeister

11. Beschluss über die Verlängerung einer Veränderungssperre gemäß § 14 BauGB für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 105/H - "Campus Heimstetten - Quartier B"

Sachverhalt:

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 08.11.2022 die Satzung der Gemeinde Kirchheim über eine Veränderungssperre im Gebiet des „Campus Heimstetten – Quartier B“ (Bebauungsplan Nr. 105/H) als Satzung beschlossen. Der räumliche Geltungsbereich der Veränderungssperre umfasst die Grundstücke Flurnummern 169, 169/3, 169/4 der Gemarkung Heimstetten. Die Veränderungssperre wurde am 09.11.2022 ausgefertigt und am 10.11.2022 ortsüblich bekannt gemacht. Die Veränderungssperre trat mit Ihrer Bekanntmachung am 10.11.2022 in Kraft. Veränderungssperren treten gemäß § 17 Abs. 1 BauGB nach zwei Jahren außer Kraft. Die Gemeinde kann diese Frist um ein weiteres Jahr verlängern.

Da die Gründe für die Veränderungssperre, gemäß der Beschlüsse vom 08.11.2022, weiterhin fortbestehen soll diese nun erstmalig verlängert werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt folgende

**Satzung
über die Verlängerung der
Veränderungssperre im Gebiet des Bebauungsplanes
„Campus Heimstetten – Quartier B“ (Bebauungsplan 105/H)**

Die Gemeinde Kirchheim bei München erlässt aufgrund der §§ 14, 16, 17 des Baugesetzbuches (BauGB) i. V. m. Art. 23, 24 Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (Gemeindeordnung – GO) zur Sicherung der Bauleitplanung für das Bebauungsplangebiet Nr. 105/H „Campus Heimstetten – Quartier B) die Verlängerung der Veränderungssperre als Satzung:

§ 1 Anordnung der Verlängerung der Veränderungssperre

Zur Sicherung der Planung im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 105/H „Campus Heimstetten-Quartier B“ wurde durch die vom Gemeinderat am 08.11.2022 beschlossene Satzung eine Veränderungssperre angeordnet, die mit Wirkung zum 10.11.2022 bekannt gemacht wurde. Die Geltungsdauer der Veränderungssperre wird gemäß § 17 Abs. 1 Satz 3 BauGB um ein Jahr verlängert. Der Verlängerungszeitraum beginnt am 10.11.2024, 0.00 Uhr und endet am 09.11.2025, 24.00 Uhr.“

§ 2 Räumlicher Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich der Veränderungssperre umfasst die Grundstücke der Gemarkung Heimstetten, Flurnummern 169, 169/3, 169/4.

Der Geltungsbereich ist in der Anlage zu dieser Satzung dargestellt.

§ 3 Inhalt

1. Im räumlichen Geltungsbereich der Veränderungssperre dürfen
 - a. Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden,
 - b. erhebliche oder wesentliche wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderungen nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden.
2. Vorhaben, die vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre baurechtlich genehmigt worden sind, Vorhaben, von denen die Gemeinde nach Maßgabe des Bauordnungsrechts Kenntnis erlangt hat und mit deren Ausführung vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre hätte begonnen werden dürfen, sowie Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden von der Veränderungssperre nicht berührt.
3. Wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegenstehen, kann von der Veränderungssperre eine Ausnahme zugelassen werden. Die Entscheidung über Ausnahmen trifft die Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Gemeinde.

§ 4 Inkrafttreten und Geltungsdauer

Diese Satzung zur Verlängerung der Veränderungssperre tritt am 10.11.2024, 0.00 Uhr, in Kraft. Sobald und soweit die Bauleitplanung rechtsverbindlich abgeschlossen ist, spätestens jedoch am 09.11.2025, 24.00 Uhr, tritt sie außer Kraft."

Abstimmung:

Anwesende: 23

Ja:

23

Nein:

0



Gemeinde Kirchheim b. München

Satzung
über die Verlängerung der
Veränderungssperre im Gebiet des Bebauungsplanes
„Campus Heimstetten – Quartier B“ (Bebauungsplan 105/H)

Die Gemeinde Kirchheim bei München erlässt aufgrund der §§ 14, 16, 17 des Baugesetzbuches (BauGB) i. V. m. Art. 23, 24 Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (Gemeindeordnung – GO) zur Sicherung der Bauleitplanung für das Bebauungsplangebiet Nr. 105/H „Campus Heimstetten – Quartier B) die Verlängerung der Veränderungssperre als Satzung:

§ 1 Anordnung der Verlängerung der Veränderungssperre

Zur Sicherung der Planung im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 105/H „Campus Heimstetten-Quartier B“ wurde durch die vom Gemeinderat am 08.11.2022 beschlossene Satzung eine Veränderungssperre angeordnet, die mit Wirkung zum 10.11.2022 bekannt gemacht wurde. Die Geltungsdauer der Veränderungssperre wird gemäß § 17 Abs. 1 Satz 3 BauGB um ein Jahr verlängert. Der Verlängerungszeitraum beginnt am 10.11.2024, 0.00 Uhr und endet am 09.11.2025, 24.00 Uhr.“

§ 2 Räumlicher Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich der Veränderungssperre umfasst die Grundstücke der Gemarkung Heimstetten, Flurnummern 169, 169/3, 169/4.

Der Geltungsbereich ist in der Anlage zu dieser Satzung dargestellt.

§ 3 Inhalt

1. Im räumlichen Geltungsbereich der Veränderungssperre dürfen
 - a. Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden,
 - b. erhebliche oder wesentliche wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderungen nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden.
2. Vorhaben, die vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre baurechtlich genehmigt worden sind, Vorhaben, von denen die Gemeinde nach Maßgabe des Bauordnungsrechts Kenntnis erlangt hat und mit deren Ausführung vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre hätte begonnen werden dürfen, sowie Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden von der Veränderungssperre nicht berührt.



Gemeinde Kirchheim b. München

3. Wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegenstehen, kann von der Veränderungssperre eine Ausnahme zugelassen werden. Die Entscheidung über Ausnahmen trifft die Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Gemeinde.

§ 4 Inkrafttreten und Geltungsdauer

Diese Satzung zur Verlängerung der Veränderungssperre tritt am 10.11.2024, 0.00 Uhr, in Kraft. Sobald und soweit die Bauleitplanung rechtsverbindlich abgeschlossen ist, spätestens jedoch am 09.11.2025, 24.00 Uhr, tritt sie außer Kraft."



Anlage 1 – Räumlicher Geltungsbereich (grün hinterlegt)

Kirchheim b. München, 06.11.2024

Gemeinde Kirchheim b. München

(Siegel)

Stephan Keck
Erster Bürgermeister

12. Beschluss über die Verlängerung einer Veränderungssperre gemäß § 14 BauGB für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 106/H - "Campus Heimstetten - Quartier C"

Sachverhalt:

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 08.11.2022 die Satzung der Gemeinde Kirchheim über eine Veränderungssperre im Gebiet des „Campus Heimstetten – Quartier C“ (Bebauungsplan Nr. 106/H) als Satzung beschlossen. Der räumliche Geltungsbereich der Veränderungssperre umfasst die Grundstücke Flurnummern 171/10, 171/2 der Gemarkung Heimstetten. Die Veränderungssperre wurde am 09.11.2022 ausgefertigt und am 10.11.2022 ortsüblich bekannt gemacht. Die Veränderungssperre trat mit Ihrer Bekanntmachung am 10.11.2022 in Kraft. Veränderungssperren treten gemäß § 17 Abs. 1 BauGB nach zwei Jahren außer Kraft. Die Gemeinde kann diese Frist um ein weiteres Jahr verlängern. Da die Gründe für die Veränderungssperre, gemäß der Beschlüsse vom 08.11.2022, weiterhin fortbestehen soll diese nun erstmalig verlängert werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt folgende

**Satzung
über die Verlängerung der
Veränderungssperre im Gebiet des Bebauungsplanes
„Campus Heimstetten – Quartier C“ (Bebauungsplan 106/H)**

Die Gemeinde Kirchheim bei München erlässt aufgrund der §§ 14, 16, 17 des Baugesetzbuches (BauGB) i. V. m. Art. 23, 24 Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (Gemeindeordnung – GO) zur Sicherung der Bauleitplanung für das Bebauungsplangebiet Nr. 106/H „Campus Heimstetten – Quartier C) die Verlängerung der Veränderungssperre als Satzung:

§ 1 Anordnung der Verlängerung der Veränderungssperre

Zur Sicherung der Planung im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 106/H „Campus Heimstetten-Quartier C“ wurde durch die vom Gemeinderat am 08.11.2022 beschlossene Satzung eine Veränderungssperre angeordnet, die mit Wirkung zum 10.11.2022 bekannt gemacht wurde. Die Geltungsdauer der Veränderungssperre wird gemäß § 17 Abs. 1 Satz 3 BauGB um ein Jahr verlängert. Der Verlängerungszeitraum beginnt am 10.11.2024, 0.00 Uhr und endet am 09.11.2025, 24.00 Uhr.“

§ 2 Räumlicher Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich der Veränderungssperre umfasst die Grundstücke der Gemarkung Heimstetten, Flurnummern 171/10, 171/2.

Der Geltungsbereich ist in der Anlage zu dieser Satzung dargestellt.

§ 3 Inhalt

1. Im räumlichen Geltungsbereich der Veränderungssperre dürfen
 - a. Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden,
 - b. erhebliche oder wesentliche wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderungen nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden.
2. Vorhaben, die vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre baurechtlich genehmigt worden sind, Vorhaben, von denen die Gemeinde nach Maßgabe des Bauordnungsrechts Kenntnis erlangt hat und mit deren Ausführung vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre hätte begonnen werden dürfen, sowie Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden von der Veränderungssperre nicht berührt.
3. Wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegenstehen, kann von der Veränderungssperre eine Ausnahme zugelassen werden. Die Entscheidung über Ausnahmen trifft die Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Gemeinde.

§ 4 Inkrafttreten und Geltungsdauer

Diese Satzung zur Verlängerung der Veränderungssperre tritt am 10.11.2024, 0.00 Uhr, in Kraft. Sobald und soweit die Bauleitplanung rechtsverbindlich abgeschlossen ist, spätestens jedoch am 09.11.2025, 24.00 Uhr, tritt sie außer Kraft.

Abstimmung:

Anwesende: 23

Ja:

23

Nein:

0



Gemeinde Kirchheim b. München

Satzung

über die Verlängerung der

Veränderungssperre im Gebiet des Bebauungsplanes

„Campus Heimstetten – Quartier C“ (Bebauungsplan 106/H)

Die Gemeinde Kirchheim bei München erlässt aufgrund der §§ 14, 16, 17 des Baugesetzbuches (BauGB) i. V. m. Art. 23, 24 Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (Gemeindeordnung – GO) zur Sicherung der Bauleitplanung für das Bebauungsplangebiet Nr. 106/H „Campus Heimstetten – Quartier C) die Verlängerung der Veränderungssperre als Satzung:

§ 1 Anordnung der Verlängerung der Veränderungssperre

Zur Sicherung der Planung im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 106/H „Campus Heimstetten-Quartier C“ wurde durch die vom Gemeinderat am 08.11.2022 beschlossene Satzung eine Veränderungssperre angeordnet, die mit Wirkung zum 10.11.2022 bekannt gemacht wurde. Die Geltungsdauer der Veränderungssperre wird gemäß § 17 Abs. 1 Satz 3 BauGB um ein Jahr verlängert. Der Verlängerungszeitraum beginnt am 10.11.2024, 0.00 Uhr und endet am 09.11.2025, 24.00 Uhr.“

§ 2 Räumlicher Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich der Veränderungssperre umfasst die Grundstücke der Gemarkung Heimstetten, Flurnummern 171/10, 171/2.

Der Geltungsbereich ist in der Anlage zu dieser Satzung dargestellt.

§ 3 Inhalt

1. Im räumlichen Geltungsbereich der Veränderungssperre dürfen
 - a. Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden,
 - b. erhebliche oder wesentliche wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderungen nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden.
2. Vorhaben, die vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre baurechtlich genehmigt worden sind, Vorhaben, von denen die Gemeinde nach Maßgabe des Bauordnungsrechts Kenntnis erlangt hat und mit deren Ausführung vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre hätte begonnen werden dürfen, sowie Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden von der Veränderungssperre nicht berührt.



Gemeinde Kirchheim b. München

3. Wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegenstehen, kann von der Veränderungssperre eine Ausnahme zugelassen werden. Die Entscheidung über Ausnahmen trifft die Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Gemeinde.

§ 4 Inkrafttreten und Geltungsdauer

Diese Satzung zur Verlängerung der Veränderungssperre tritt am 10.11.2024, 0.00 Uhr, in Kraft. Sobald und soweit die Bauleitplanung rechtsverbindlich abgeschlossen ist, spätestens jedoch am 09.11.2025, 24.00 Uhr, tritt sie außer Kraft.



Anlage 1 – Räumlicher Geltungsbereich (grün hinterlegt)

Kirchheim b. München, 06.11.2024

Gemeinde Kirchheim b. München

(Siegel)

Stephan Keck
Erster Bürgermeister

13. Mitteilungen aus der Verwaltung

Sachverhalt:

1. Kastanienwiese Flurnummer: 1338 Gemarkung Heimstetten – Übergabe der Fläche an den Eigentümer.
2. Großbaumverpflanzung von bis zu acht Kastanien in den Biergartenbereich des SV Heimstetten.
Ein Angebot mit drei Varianten wird, um ein Meinungsbild zu ermitteln, unterbreitet.
Der Gemeinderat hat einstimmig Variante 1 zugestimmt.



FI-Nr. 1338 Gemarkung Heimstetten („Kastanienwiese“) – Information zur Übergabe der Fläche an den Eigentümer

Laut städtebaulichem Vertrag Kirchheim 2030 ist die Gemeinde verpflichtet, Übergangsflächen zu räumen. Dazu zählt die Freimachung der Flächen von Baum- und Strauchbewuchs einschließlich Wurzelwerk. Dies betrifft auch einen Teil der „Kastanienwiese“ auf FI-Nr. 1338 der Gemarkung Heimstetten. Zur Erfüllung der vertraglichen Pflichten ist die Fällung von 17 Kastanien auf genanntem Flurstück notwendig. Die Fällungen sollen bis 30.11.2024 abgeschlossen werden. Eine Großbaumverpflanzung von bis zu 8 Kastanien befindet sich derzeit in Prüfung. Information zur Baumschutzverordnung: Gemäß § 5 Abs. 1 der Baumschutzverordnung ist die Genehmigung zu erteilen, wenn aufgrund anderer Rechtsvorschriften ein Anspruch auf Genehmigung eines Vorhabens besteht, dessen Verwirklichung ohne eine Entfernung oder Veränderung von Bäumen nicht möglich ist.

Großbaumverpflanzung von bis zu acht Kastanien von der Kastanienwiese in Heimstetten in den Biergartenbereich des SV Heimstetten

Hintergrund:

Im Bereich des Biergartens und der angrenzenden Grünfläche der Sportgaststätte „Zum Kelten“ in Heimstetten wurden damals bei der Anlage 12 rotblühende Kastanien (*Aesculus carnea*) gepflanzt. Neun der Kastanien sind bereits abgestorben, der Rest befindet sich unmittelbar vor dem Absterben. Hauptgrund für deren Zustand ist eine mangelnde Standortvorbereitung bei der Pflanzung. Die Kronen der Bäume konnten sich dadurch nie arttypisch ausprägen und die gewünschte Beschattung erbringen.

Aufgrund der Verpflichtungen des städtebaulichen Vertrags zu „Kirchheim 2030“ ist die Gemeinde verpflichtet, 17 große Kastanien an der „Kastanienwiese“ in Heimstetten bis Ende November 2024 zu fällen. Aufgrund der Vielzahl an abgestorbenen Bäumen auf dem Gelände des SVH besteht Handlungsbedarf. Die Verwaltung hat in Abstimmung mit dem SV Heimstetten mehrere Angebote über eine umfassende Sanierung des Biergartenbereichs eingeholt. Bestandteil des Angebots ist unter anderem ein vollständiger Bodenaustausch und Anlage von Pflanzkanälen mit Baums substrat und Pflanzung von 12 Rosskastanien (*Aesculus hippocastanum*). Im Folgenden werden drei Varianten vorgeschlagen. Aufgrund der vertraglichen Verpflichtung, 17 große Kastanien auf der Kastanienwiese zu fällen ist eine kurzfristige Entscheidung notwendig.

Variante 1:

- Vorerst keine Neupflanzungen im Gelände des SVH, Biergartenbereich soll mit Schirmen beschattet werden, Ersatzpflanzungen aufgrund der Baumschutzverordnung müssen an anderer Stelle erfolgen.
- Möglichkeit der Großbaumverpflanzung von Kastanien besteht grundsätzlich immer noch, wenn die restlichen Kastanien für die Erweiterung der Tagespflege gefällt werden müssen.

Variante 2:

- Der gesamte Bereich wird inkl. Bodenaustausch umfassend saniert und optimal für die Neupflanzung von 12 Rosskastanien (Stammumfang 20-25 cm) vorbereitet. Es entstehen Kosten in Höhe von ca. 63.000 € brutto für die gesamte Maßnahme.

Variante 3:

- Eine Großbaumverpflanzung von 8 Kastanien auf das Gelände des SVH (direkter Sitzbereich des Biergartens) wurde geprüft. Im Vergleich zur Variante 2 wären Mehrkosten in Höhe von ca. 47.500 € brutto zu erwarten. Vor allem im Bereich des Biergartens und aufgrund der hohen Besucherfrequentierung des Sportgeländes würde die Verpflanzung der großen Kastanien sofort den gewünschten Effekt bringen. Die Bäume würden sich ideal für diesen Bereich eignen.

13.1. Eingegangene Anträge

Sachverhalt:

Antrag der SPD Fraktion zur Geothermie. Der Antrag wurde an alle drei Gemeinden wortgleich gestellt. In Abstimmung mit den anderen Gemeinden wird entschieden, ob die Besprechung bei einer ordentlichen AFK-Sitzung oder extern stattfindet. Im Zuge dessen wird die Anfrage von Herrn Proffert auch mitbehandelt.

13.2. Antworten zu Anfragen

Sachverhalt:

GRM Proffert zum Bonusmarkt:

Im Laden leuchtet nach wie vor das Kassenlicht.

Telefonische Antwort von Simona Pflanz bei dem BONUS - Berufliche Orientierung, Nachbarschaftsmärkte und Service gGmbH zuständig für Bezirksleitung / Qualitätssicherung / Revision:

Die Kassensysteme werden von einem externen Kooperationspartner aus dem Einzelhandel gesteuert und können aus technischen Gründen von der Bonus-Betreibergesellschaft nicht abgestellt werden. Ab dem 21. Oktober werden weitere Maßnahmen zur Übergabe der Räumlichkeiten veranlasst, diese befassen sich auch mit den Kassensystemen.

13.3. Sonstiges

Sachverhalt:

Zu diesem TOP liegt nichts vor.

14. Verschiedenes

Sachverhalt:

Zu diesem TOP liegt nichts vor.

15. Bekanntgabe nicht-öffentlich gefasster Beschlüsse

Sachverhalt:

Bekanntgabe aus der nö GR-Sitzung vom 01.10.24:

1. Der Gemeinderat beauftragt den Ersten Bürgermeister, ein zweckgebundenes (Kirchheimer Oval) Darlehen in Höhe von 3,0 Mio. Euro bei der LfA Förderbank Bayern zu den bei Vertragsabschluss bzw. Darlehensabruf tagesaktuellen Konditionen mit einer Gesamtlaufzeit und Zinsbindung von 10 Jahren, davon 2 Jahre tilgungsfrei, abzuschließen. Der Bürgermeister wird ermächtigt, den Abruf in einer Summe oder in zwei Teilbeträgen zu tätigen.
2. Der Gemeinderat beauftragt den Ersten Bürgermeister, ein zweckgebundenes (Neubau Rathaus) Darlehen in Höhe von 4,714 Mio. Euro bei der KfW Bankengruppe zu den bei Vertragsabschluss bzw. Darlehensabruf tagesaktuellen Konditionen mit einer Gesamtlaufzeit von 20 Jahren und Zinsbindung von 10 Jahren, davon 3 Jahre tilgungsfrei, abzuschließen.
Sollte wider Erwarten die Darlehensaufnahme nur zu den im Antrag angegebenen Konditionen (30/5/20) erfolgen können, wird der Bürgermeister auch in diesem Fall zur Darlehensaufnahme ermächtigt.
Der Bürgermeister wird ermächtigt, den Abruf in einer Summe oder in zwei Teilbeträgen zu tätigen.

16. Anfragen aus dem Gremium

Diskussionsverlauf:

GRM A. Zenner zur Fußgängerbrücke:

In der letzten Sitzung ist keine Abrechnung vorgestellt worden.

Antwort Abteilung 3 – Planungs- und Bauwesen:

Die Brücke ist zwar eröffnet, ist allerdings noch nicht fertiggestellt. Die Restleistungen müssen noch vollbracht werden. Sobald die Schlussrechnung zur Verfügung steht, wird die Kostenaufstellung im Vergleich zu Nachtrags- und Ursprungsauftrag vorgestellt.

GRM A. Zenner zur Geschwindigkeitsbegrenzung an den Kindergärten:

Die Änderung erfolgte in diesem Bereich leider etwas voreilig. Die StVO hat sich inzwischen geändert. Es bestehen mehr Möglichkeiten zur Errichtung von 30-er Zonen bei Schulen und Kindergärten. Der Abstand hat sich von 300 m auf 500 m erhöht.

Beabsichtigt die Gemeinde in diesem Bereich erneut tätig zu werden?

Antwort Erster Bürgermeister Stephan Keck:

Ja, allerdings fehlen der Gemeinde noch die rechtlichen Umsetzungen. Die Informationen stammen von der Presse. Die Aufforderungen des Landratsamtes müssen ebenfalls geachtet werden. Es wird ein gemeinsames Ziel verfolgt.

GRM A. Zenner zur Sicherung der Fahrradstraßen:

Der neuen StVO ist ebenfalls zu entnehmen, dass die Fahrradstraßen anders gesichert werden können. Die Aufstellung von Pollern wäre denkbar. Ist es möglich, die Fahrradstraße zum See in dieser Hinsicht zu überprüfen?

Antwort Erster Bürgermeister Stephan Keck:

Der Antrag, die Straße zum See für den Verkehr komplett zu sperren ist bereits eingegangen. Nach Einholung der Stellungnahmen der Nachbargemeinden wird der Sachstand überprüft. Sobald die neue StVO tatsächlich zur Verfügung steht, können entsprechende Schritte eingeleitet werden.

GRM A. Zenner zum Wasserschaden im neuen Rathaus und fälschlicherweise eingebaute Teile im neuen Gymnasium:

Es wird um Informationen zum entstandenen Wasserschaden im neuen Rathaus und zur Bauweise im neuen Gymnasium gebeten.

Antwort Erster Bürgermeister Stephan Keck:

Die Frage wird in der nicht öffentlichen Sitzung beantwortet.

GRM Proffert zum Bürgerpark im Ortspark:

Sind die Bürger bezüglich der Beete benachrichtigt worden?

Antwort Erster Bürgermeister Stephan Keck:

Die Gemeinde ist im Kontakt mit dem Verein der Gartenfreunde. Es gibt dieses Jahr noch einen Termin, der hoffentlich für alle Parteien zufriedenstellend ausgeht. Es ist bekanntgegeben worden, dass vor Frühjahrsbeginn keine Maßnahmen erfolgen. Der mit der LGS abgeschlossene Bestandsvertrag ist bis Ende März verlängert worden.

GRM Proffert zum brennenden Licht im Bürgersaal:

Finden im Bürgersaal Bauarbeiten zur Abendstunde statt oder ist das Licht nicht ausgeschaltet worden?

Antwort Erster Bürgermeister Stephan Keck:

Das Licht ist nicht ausgeschaltet. Der Appell an die dort tätigen Firmen ist bereits ausgegangen, mit der Bitte, das Licht auszuschalten.

Ende der öffentlichen Sitzung um 20:39 Uhr

A N W E S E N H E I T S L I S T E**- ANLAGE 1 -****11. Sitzung des Gemeinderates am Dienstag, den 05.11.2024,**

Ort: in der Mensa der Grund- und Mittelschule Kirchheim, Heimstettner Straße 12, 85551 Kirchheim b. München

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 22:03 Uhr

Name	Funktion	Unterschrift
Mitglieder:		
Stephan Keck	Erster Bürgermeister	<u>anwesend</u>
Michael Dirl	Gemeinderat	<u>anwesend</u>
Franz, Josef Glasl	Gemeinderat	<u>anwesend</u>
Franz Graf	Gemeinderat	<u>anwesend</u>
Andrea Haas	Gemeinderätin	<u>anwesend</u>
Dr. Michaela Harlander	Gemeinderätin	<u>anwesend</u>
Dr. Johann Hausladen	Gemeinderat	<u>anwesend</u>
Marianne Hausladen	Gemeinderätin	<u>anwesend</u>
Tanja Heidacher	Gemeinderätin	<u>anwesend</u>
Dr. Thomas Heinik	Gemeinderat	<u>anwesend</u>
Wolfgang Heinz-Fischer	Gemeinderat	<u>anwesend</u>
Luis Huber	Gemeinderat	<u>anwesend</u>
Thomas Jännert	Gemeinderat	<u>anwesend</u>
Stefanie Jürgens	Gemeinderätin	<u>anwesend</u>
Gerd Kleiber	Gemeinderat	<u>anwesend</u>

ANWESENHEITSLISTE**- ANLAGE 1 -**

Petra Mayr	Gemeinderätin	<u>entschuldigt</u>
Beate Neubauer	Gemeinderätin	<u>anwesend</u>
Marcel Proffert	Gemeinderat	<u>anwesend</u>
Marcel Prohaska	Gemeinderat	<u>anwesend</u>
Rolf Siegel	Gemeinderat	<u>anwesend</u>
Florian Sift	Gemeinderat	<u>anwesend</u>
Berit Vogel	Gemeinderätin	<u>anwesend</u>
Andreas Zenner	Gemeinderat	<u>anwesend</u>
Dr. Christian Zenner	Gemeinderat	<u>anwesend</u>
Lea Zenner	Gemeinderätin	<u>entschuldigt</u>
Johannes Pinzel		anwesend
Angela Hartinger-Hirn		anwesend
Christine Brunner-Ernst		anwesend
Josef Hermann		anwesend
Anita Immler		anwesend
Alexander Brettreich		anwesend
Stefan Kammermeier		anwesend